

- **Leben, Verzweiflung und Hoffnung**
»Fieberthermometer« Georg-Schwarz-Straße **Seiten 4 / 5**
- **Der perfekte Studierende**
Zwischen Kritik und Angepasstsein **Seite 8**
- **Kleine Chronik Leipziger Skandale**
Der spezielle LN- Jahresrückblick **Seiten 12/13**
- **Alfred Hrdlicka ist tot**
Ein in Stein gehauener »Nachschrei« **Seite 15**
- **Eingeengte Weltsicht rächt sich**
Unveröffentlichte Dokumente über Willy Brandt **Seite 16**
- **Außer Kontrolle**
Als Mathias Wedel »sein Dokument« suchte **Seite 24**

12

2009

**2,00
Euro**

17. Jahrgang
18. Dezember

www.
leipzigs-neue.de

**Nur 1,80 Euro
im Abo**

Der Leipziger Stausee:

Nur noch eine große Pfütze?



**Der »Förderverein Elsterstausee«
lud dieser Tage in die Klausur »Zum wilden Hecht«
zu einem Adventschmaus an das Nordufer.**

**Motto: »Jeder Teilnehmer rodet ein Bäumchen
aus dem ausgetrockneten Seeboden!«**

Seite 7

Foto: Eiltzer

Editorial

Mit »Liebe...« beginnt in den kommenden Tagen fast jede Ansprache, die irgendwo gehalten wird. Und auch ich spare »Liebe Leserinnen und Leser« hier nicht aus, setze aber hinzu, dass der eine oder die andere vielleicht zum ersten Mal unsere Monatszeitung im Leipziger Raum in den Briefkästen entdeckt. Wir haben sie als

»Weihnachtsbeigabe« allen Leipziger ND-Abonnenten beigelegt. Ich gebe zu, ungefragt, aber ich hoffe, dass unsere 24 Seiten Sie vielleicht interessieren werden. Seit nunmehr 17 Jahren gibt es »Leipzigs Neue« quer durch die Lande, und wir möchten wieder einmal, ohne die heute übliche Werbung, auffallen. Der Leipziger Raum mit all seinen unterschiedlichen Facetten interessiert diese Zeitung zuerst. Sie können das beim Lesen gern nachprüfen. Aber

sehr häufig schauen wir, auch das ist in dieser Dezemberausgabe nachprüfbar, in puncto Politik, Geschichte und Kultur weit über die Stadtgrenzen.

Der herausgebende Verein »Projekt Linke Zeitung« arbeitet ehrenamtlich, und er macht diesem Amt, das darf ich als »Chef« mal sagen, alle Ehre. Seit vielen Jahren mühen sich regelmäßig pro Ausgabe unsere Autoren, auf unterschiedlichste Art, um Inhalte, das schließt die Fotografen ein.

Nicht alles gelingt immer perfekt, aber wo gibt es das schon. Prüfen Sie – als »Neuleser« – unsere Seiten und vielleicht, das ist meine Hoffnung, lesen gerade Sie sich hier und da fest. Vielleicht halten Sie sich dann auch auf unserer Seite 22 ein Weilchen länger auf.

Ganz gleich, wie Sie sich entscheiden, ich schließe mich den Wünschen für alle LN-Lesern auf Seite zwei dieser Ausgabe an.

Michael Zock
Chefredakteur

Kommentiert

Alles Käse oder was?

Die Frage ist: Um wie viel schlauer die sind, die mehr aus ihren Produkten machen. Drei große EU-Länder gelten trotz ihrer Industrie auch als bedeutende landwirtschaftliche Produzenten – Deutschland, Frankreich und Italien. Dennoch gibt es bedeutende Unterschiede: Aus einem Kilogramm Milch schöpfen die an der Verarbeitung Beteiligten in Deutschland 80 Cent an Wert, in Frankreich einen Euro und in Italien sogar 1,50 Euro. Dabei werden die Landwirte in allen drei Ländern mit Brosamen abgespeist. Wenn unterm Strich mehr herauskommt, so die EU-Fachleute, liegt das an der unterschiedlichen Veredlung der Milch. Deutsche Molkereien beliefern sogar italienische Verarbeiter. Deren hochwertiger Parmesan wird dann wieder importiert und spült Geld in die Kassen der Hersteller südlich der Alpen.

Deutscher »Standardkäse« bringt im

Durchschnitt 3,09 Euro, hochwertige Sorten aus Italien dagegen 6,06 Euro. Die Experten meinen: höhere Wertschöpfung pro Liter Milch kann nur durch hochwertige Produkte gelingen. Dafür müssten politische Entscheidungen getroffen werden. Zwei Drittel der Molkereien sind genossenschaftlich und Eigentum der Milchbauern. Denen müsste das also eine Herzensangelegenheit sein. Warum sie weniger tun als italienische Hersteller, steht in den Sternen.

Sächsische Milch wird fast ausschließlich von einem einzigen bayrischen Großproduzenten verarbeitet. Eigentlich gibt es außer dessen Betrieb im ganzen Osten keinen anderen mehr. Deshalb kann er niedrige Milchpreise zahlen. Es gibt ja keine Konkurrenz. Die Wertschöpfung ist ihm dennoch egal, der schnelle Euro viel wichtiger.

• OLE BAUER

Halbzeit im »Endspiel«

Seit nunmehr einer Woche tagen in Kopenhagen die Vertreter aus 192 Ländern, um über ein neues globales Klimaabkommen zu verhandeln. Es soll das 2012 auslaufende und bis jetzt auch nur teilweise realisierte Kyoto-Protokoll weiterführen. Obwohl bereits seit mehr als zwei Jahren zahlreiche vorbereitende Tagungen dazu stattfanden, musste noch am Beginn dieser Konferenz an deren Erfolg gezweifelt werden, geht es doch hier nicht um verbale Bekenntnisse, sondern um verbindliche Zusagen sowohl zur Verminderung der Emission von Treibhausgasen als auch zur finanziellen Unterstützung vor allem der Entwicklungs- und Schwellenländer. In einer kürzlichen Einschätzung der EU zu dieser finanziellen Unterstützung, mit der nicht mehr vermeidbare Schäden durch den Klimawandel ersetzt sowie notwendige Anpassungen unterstützt werden, wird von jährlich 100 Milliarden Euro ausgegangen. Wenn sich jetzt die selben EU-Länder »großzügig« zeigen und etwa sieben Milliarden Euro, verteilt über drei Jahre, dem »Anpas-

sungsfonds« anbieten, so ist das eine beschämende Geste. Vor allem für Deutschland, das sich mit 1,26 Milliarden daran beteiligt und allein für den Afghanistan-Krieg jährlich 800 Millionen Euro ausgibt.

Der Vertreter des Inselstaates Tuvalu forderte in seinem emotional bewegenden Beitrag, dass ein Abkommen nicht nur eine politische Vereinbarung sein darf, sondern rechtlich verbindlich sein muss. Wenn der Meeresspiegel steigt, verlieren die Bewohner dieser Region als erste ihr Land; deshalb kritisieren sie auch die bisherigen Finanzierungspläne der Industrieländer.

Die Entwicklungsländer fordern von den Industriestaaten, bis 2020 die Emissionen von Treibhausgasen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Sie bestehen auf der Fortschreibung des Kyoto-Protokolls und darauf, dass die USA diesem beitreten. Das versuchen konservative USA-Kongressabgeordnete zu verhindern, die in Kopenhagen gegen die Klimaschutzpolitik Obamas auftreten wollen.

• HELMUT ULRICH



Fotos: ege

Kopenhagen Waagen – eine politische Klima-Kunst-Aktion



LN.: Am dritten Weihnachtswochenende trafen sich etwa 100 Engagierte auf dem Leipziger Burgplatz zum »Wasserwaage-Da-Sein!«

Schon jetzt sind die Menschen im globalen Süden durch extreme Wetterlagen, Dürren und Wassermangel in ihrer Existenz bedroht. Die internationale Politik muss reagieren, doch bisher sind die Maßnahmen sozial und ökologisch fragwürdig. Gerechtigkeit im Klimawandel muss jetzt in Kopenhagen festgeschrieben werden. Doch wir alle sind aufgefordert, ein Zeichen zu setzen.

Einige taten es mit dieser politische Kunstaktion. Die Wasserwaage, ein vertrauter Gebrauchsgegenstand, symbolisiert das Gleichgewicht, das diesem Planeten fehlt.

Doch eine Wasserwaage allein ist nicht die Botschaft. Wenn allerdings 100 Wasserwaagen ins Gleichgewicht und auf eine Höhe gebracht werden, so ergibt sich daraus ein neues, ungewohntes Zeichen, das erst durch aktive Beteiligung zustande kommt.

Zudem symbolisiert das Wasser der Waage eine knappe Ressource, um welche der jetzigen und kommenden Generation ein Kampf bevorsteht, der unser Verständnis von Gerechtigkeit nachhaltig aus dem Gleichgewicht bringen wird. Wenn wir es wagen wollen, so ist dies ein deutliches Signal an Kopenhagen ebenfalls mehr Gleichgewicht zu wagen.

Es war eine Aktion von Hermann Josef Hack, und vielen Unterstützern quer durch Deutschland.

Bürgerradios nicht Willkür unterwerfen

Die sächsische linke Europaabgeordnete Cornelia Ernst gehört zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes zur Rettung der Freien Radios in Sachsen, Radio blau Leipzig, ColoRadio Dresden und Radio T Chemnitz. Die Zukunft der nichtkommerziellen Lokalradios (NKL) ist bedroht, weil der privat-kommerzielle Mantelanbieter Apollo, auf dessen Frequenzen die drei sächsischen NKL seit 2004 wöchentlich senden, den Kooperationsvertrag gekündigt hat. Für die ehrenamtlich betriebenen Sender würde dies das Aus bedeuten, da sie die Sende- und Leitungskosten für die Programmveranstaltung über UKW nicht selbst aufbringen könnten.

In einem kürzlich stattgefundenen Gespräch machte die Sächsische Gemeinschaftsprogramm GmbH & Co KG, die Betreibergesellschaft von Apollo Radio, unmissverständlich klar, dass es ihrerseits keine Unterstützung der drei nichtkommerziellen Lokalradios nach dem 31.12.2009 geben wird.

Dazu erklärt Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlamentes u.a.:

»Erst im vergangenen Jahr hat das Europäische Parlament die Bedeutung von Community Media für eine pluralistische Medienlandschaft und für kulturelle Vielfalt anerkannt und sich für deren Unterstützung ausgesprochen.

Das Land Sachsen hat hier einiges nachzuholen. Die Freien Radios in Sachsen müssen kurz- und langfristig gesichert werden. Sie dürfen nicht der Willkür von privat-kommerziellen Rundfunkanbietern unterworfen werden. Im entsprechenden Bericht des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments wird von den EU-Mitgliedsstaaten explizit die technische (Zuordnung von Frequenzen), rechtliche (legale Anerkennung und Verankerung) und wirtschaftliche Unterstützung eingefordert. Ich erwarte von den politisch Verantwortlichen in Sachsen, dass sie diese Wegweisung der europäischen Ebene in die Tat umsetzen.«



Collage: Petra Radtke

Muttis Rasselbande lärmte übermütig durch die Gänge des Schlosses Bellevue: »So jung kommen wir nie wieder zusammen«, nachdem ihnen der Herr Horst artig die Bestattungsnachweise überreicht hatte. Es herrschte eine Bombenstimmung. Und recht hatten sie. Schon bald musste der vormalige Kriegsminister Franz Josef die Batschkapp an den Nagel hängen und sich in die Tiefen der hessischen Ebene hinter den Kasseler Bergen zurückziehen. Und zwar wegen Dummheit vor dem Feind. Denn da ist doch was durchgetröpfelt, was eigentlich auf immer und ewig im Bodensatz der trüben Geheimhaltungsbrühe verborgen bleiben sollte. Und nun stellt sich die Frage: wer wußte wann wieviel? Und den ganzen Schlamassel hat er nun mal zu verantworten, der glücklose Winzergesell, und deshalb musste er (wieder mal) gehen. Gell Fränzi, bist nicht traurig.

Auslöffeln allerdings muss das verwürzte Süppchen nun der flotte Baron (nee, nicht Münchhausen, Guttenberg ist angesagt) und der weiß nicht so recht ob und wann er welche Berichte gelesen hat, vor oder nach seinen Stellungnahmen? War er angemessen oder war er's nicht, der Militärschlag (alles Gute kommt von oben), der neben zwei geklauten Tanklastzügen auch gleich eine erkleckliche Anzahl von Zivilisten ansorgte? Da muss erst das Schmutzblatt mit den großen Buchstaben im Titel das Erinnerungsvermögen aufmöbeln. Und so ganz nebenbei stellt sich heraus, es war nicht der Oberst mit dem alles verzeihenden Namen Klein alleine, der da die Attacke ritt, nein es waren noch einige Offiziere und Unteroffiziere des Kommandos Spezialkräfte (KSK) involviert, die ihn nach allen Regeln der Kriegskunst beraten haben. Na so was aber auch.

Dieser Umstand nun wirft allerdings zwei neue Fragen auf, an denen sich der Baron und wer weiß noch alles die Beißerchen ausbrechen können.

Zum einen: Wenn schon die Elitelandsknechte des KSK eingebunden waren, liegt die Vermutung nahe, auch höhere Dienststellen bis hinein ins Berliner Kriegsministerium könnten informiert gewesen sein. Au backe, da



Notizen aus der Hauptstadt der BRD

Tanz in allen Sälen

Von Gerhard Schumacher



wackelt wieder einmal die These vom tumben verwirrten Einzeltäter.

Zum anderen aber darf man sich verwundert die Äuglein reiben. Was in Beelzebubs Namen macht eigentlich das KSK bei den friedlichen Bauhelfern der Bundeswehrmacht in Kundus? Schulen streichen, Brücken bauen, Straßen asphaltieren?

Oder ist alles ganz anders? Kurt Tucholsky fällt mir ein, Weltbühne Nr. 31 vom 4. August 1931: »Sagte ich Mord? Natürlich Mord. Soldaten sind Mörder.«

Entschuldigt zwar nichts, erklärt aber angemessen. Oder wie?

Klug ist, wer politischen Bestimmern, etwa Ministerpräsidenten, qua Amt misstraut, doch sollte auch bei Letztgenannten immer berücksichtigt werden: nicht alle sind über einen Läusekamm zu scheren, es gibt Abstufungen, jawohl, die gibt es. Ein Exemplar der übleren Sorte ist z.B. der Herr Koch in Wiesbaden. Der hatte seine Fingerchen schon mal in schwarzen Parteikassen, riskierte mit schamlosen Unwahrheiten seine dicke Lippe und hat sich mit einer veritablen Ausländerhetze über die Stammtische ins Amt gefackelzugt. In dieser Dreistigkeit selbst für die christlich sich nennende Partei ein gewisser Höhepunkt. Nun hat Dirty Ronald wieder zugeschlagen, indem er den ZDF Chefredakteur Brender gegen allen Widerstand des Intendanten Markus Schächter (auch CDU, aber mit Rückgrat) und einhelliger Expertenmeinung, unter Beihilfe der

übrigen CDU-Schranzen im Verwaltungsrat, in die Wüste schickte. Nicht wenige Staatsrechtler sehen darin einen kriminellen Verfassungsbruch, aber in zwielichtigen Gefilden kennt sich Herr Koch ja bestens aus. Bemerkenswert, wenn auch nicht sonderlich überraschend: die Ministerpräsidenten Beck und Wowerit, beide SPD (ja, ja, die gibt's noch), die kraft ihrer Ämter Klage dagegen erheben könnten, verzichten in alter sozialdemokratischer Manier darauf. Denn Sie wissen genau, was sie tun.

Doch nicht vergessen, hinter all diesen Machenschaften, steckt der Kriegsminister, Rücktritt hin, Bauernopfer her, genauso wie Dirty Roland.

Unsere liebe Frau vom Kanzleramt zieht ihre Fäden. Ich werde deshalb künftig die verniedlichende Bezeichnung »Mutti« nicht mehr verwenden, versprochen. Diese Frau ist nicht harmlos und schon gar nicht niedlich, sondern gefährlich für dieses Land.

Ansonsten empfehle ich zum Jahresabschluß die üblichen Höhepunkte. So da wären die Weihnachtsansprache vom Präsi (Ich soll Sie schön... na, Sie wissen schon) und eine Woche später Ähnliches zum Neuen Jahr von der Schwarzen Dame.

Es war in der Tat ein bombiges Jahr, das nun fast vergangene. Überwinden Sie den Brechreiz, denken Sie einfach an etwas Schönes, z.B. an eine Gedichtzeile:

»In Kundus fällt der Schnee gar schwer
aufs Weihnachtscamp der Bundeswehr.«

Na dann.

Warten auf Diplomweihnachtsengel

oder: Wie Landfremde alles besser (?) machen...

ES WAR EINMAL – so beginnen die meisten Märchen, auch wenn sie so wenig nett enden wie das nachfolgende. Nicht alles haben die Brüder Grimm entdeckt. Grimig war beispielsweise ein Land mit großer Tradition – ökonomisch, kulturell und auch politisch – dran, als es 1990 von lauter Landfremden wiedergeboren wurde. Das Volk verfiel in eine Art Zwangsstarre und wartete: Was machen **die** jetzt mit uns?

Zuerst waren **die** ein gewisser Kurt Biedenkopf. Den putschte Georg Milbradt weg. Beide trugen Professorentitel. Denen traute das Volk: Westprofessoren, die werden schon wissen, wo es langgeht. Inzwischen spielt eine neue Generation an den Schalthebeln der Macht in Dresden.

Beispielsweise Georg Unland, geboren im Essener Bochohl. Dafür kann er ebenso wenig als dafür, dass nach 1994 ein ganzer Klügel von Spitzbuben aus Essen Schrottimmobilien in Ostdeutschland verkauften – auch an Westdeutsche. Die Hereingelegten zahlen noch auf Jahre hinaus und vergessen nie, woher ihre Nasenführer kamen. Herr Unland jedenfalls kümmerte sich beizeiten um einen lukrativen Job in Sachsen, wurde Professor und später Rektor an der Freiburger Uni, bis man in Dresden einen Finanzminister brauchte. Der studierte Maschinenbauer konnte das sofort.

Wie der aus Duisburg stammende Roland Wöllner, Chef des Leitungsbüros im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, bald Professor für Volkswirtschaftslehre/Umweltökonomie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden (FH), plötzlich

Umwelt- und Landwirtschaftsminister und schließlich Hutmann für Kultus.

Neuerlich wurde auch die Dame mit dem langen Namen Prof. Dr. jur. habil. Dr. rer. pol. habil. Sabine Irene Freifrau von Schorlemer Ministerin. Die Münchnerin wurde zuständig für Wissenschaft und Kunst in Sachsen. Neben ihr amtiert der aus Emsdeten gebürtige Johannes Beermann, der in München, Speyer und Münster studierte, als Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Jüngst ermöglichten die Wahlergebnisse auch Freidemokraten den Einzug in die sächsische Regierung – natürlich wurden beide importiert. Sven Morlok erblickte das Licht der Welt in Stuttgart, half der Treuhandanstalt Dresden Osteigentum zu entwerfen, hat seine Finger als Jurist in vielen Geschäften und ist nun auch noch als Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie stellvertretender Ministerpräsident tätig. Jürgen Martens, geborener Münchner, natürlich auch Jurist, ist Minister für Justiz und für Europaangelegenheiten geworden. Was den Ministern recht, ist ihren Staatssekretären billig, sind sie doch oft die eigentlichen Strippenzieher. Die Staatssekretärin für Soziales, Andrea Fischer, wurde in Essen geboren und studierte Jura in Bayreuth, wie auch der heutige Staatssekretär für Wissenschaft und Kunst, Hans-Jörg König, geboren in Stuttgart.

Aus Witten an der Ruhr stammt der Staatssekretär für Kultus, Dr. Jürgen Staupe. Natürlich studierte er ebenfalls Jura, wenn

auch in Münster. Sein Amtsbruder im Finanzbereich, Dr. Wolfgang Voß, stammt aus Zierenberg bei Kassel und studierte zur Abwechslung mal Volkswirtschaftslehre. Der Staatssekretär und Amtschef im Innenministerium, Dr. Michael Wilhelm, wurde in Würzburg geboren und lernte Banker. Der Staatssekretär und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund sowie Leiter der Landesvertretungen des Freistaates Sachsen in Berlin und des Sachsen-Verbindungsbüros in Brüssel, Erhard Weimann, wurde ebenfalls in Würzburg geboren und studierte öffentliche Verwaltung in Kehl am Rhein. Seit 1990 berät er die CDU-Fraktion des Landtages. Auch hier bringen die Freidemokraten ihr eigenes Profil mit: Der neue Justizstaatssekretär Wilfried Bernhardt kommt aus Lübeck. Der neue Wirtschaftsstaatssekretär Roland Werner stammt aus München und studierte in Augsburg. Schließlich hat die Regierung des einheimischen Sorben Stanislaw Tillich seit November den neuen Regierungssprecher Johann-Adolf Cohausz, geboren in Paderborn und studierter Jurist. Natürlich weiß er nicht nur, wie die Sachsen ticken, sondern auch, wie man das nach außen kommuniziert. Nun fehlt als Krönung und Abschluss des Märchens eigentlich nur, dass zum bevorstehenden Weihnachtsfest ein leibhaftiger Engel auf dem Dresdner Thron landet – natürlich einer aus dem Westen mit Engelsdiplom einer Universität. Oder sogar mit Professorentitel.

• ST. NIKOLAUS



Die Medien sind mal wieder ins Gerede gekommen, durch die Politik und durch sich selbst. Das beginnt beim »Leitmedium ZDF« und endet bescheidener – auch finanziell – bei der Tageszeitung. BILD interessiert ARGUS jetzt nicht und den – nun einstigen – Fernsehchef mit dem weihnachtlichen Vornamen Nikolaus, lassen wir auch im Abseits stehen. Nein, ein anderer diesmal russischer Name, Sergej, kam bei Redakteuren und Lesern nicht nur der »Thüringer Allgemeinen« ins Gerede. Warum einer der bekanntesten und in der »Wende« gewählten Chefredakteure namens Lochthofen über Nacht abberufen wird (von Leuten, die übrigens keinen Thüringer Dialekt sprechen) war vielen Medien mehr als eine Schlagzeile wert.

Da fallen harsche Worte von Lochthofen, wie »Sippenhaft«, da man auch seiner Frau kündigte. Warum allerdings die Frau eines Chefredakteurs, stellvertretende Chefredakteurin beim gleichen Blatt sein muss, das ist sicher hinterfragenswert, aber für seine Abberufung nicht relevant. Die Kündigung steht, lt. Herausgeber, für »neue Zeit(ungen)«.

Übrigens: Gar nicht stehen die Leipziger Leser der LVZ auf eine errichtete neue »geistige Nord-Süd-Mauer« im Lokalteil. Man verbaut ihnen seit November – je nach Wohnadresse – die gewohnte Berichterstattung aus dem Umland. Dafür noch mehr Werbung und »Event- und Küsschenbilder«. Viele Leser finden es doof, die lesenden Chefs offenbar nicht. • ARGUS



Typische Straßenansicht: »Alt« und »Neu« – dazwischen grünt Hoffnung.

Georg Schwarz

geboren 27.3.1896 Zwenkau
hingerichtet 12.1.1945 Dresden

Er lernte den Beruf eines Bäckers und zog danach als Kriegsfreiwilliger in den Ersten Weltkrieg. Wurde an der Westfront zum erbitterten Kriegsgegner. 1919 Mitglied der SPD, später USPD und 1920 Eintritt in die KPD. Betriebsrat in der Eisengießerei Jahn (Heutige Georg-Schwarz-Str.181). 1929/30 Abgeordneter des Sächsischen Landtags. Bis 1933 politischer Sekretär der KPD in Leipzig, Flöha und Zwenkau. Nach Hitlers Machtergreifung Schutzhaft und Zwangsarbeit im Straßenbau. Später zur Wehrmacht eingezogen. Gehörte in Leipzig zur illegalen Gruppe Georg Schumanns. Am 18. Juli 1944 verhaftet und am 23. November zum Tode verurteilt. Seine Urne wurde im Ehrenhain auf dem Südfriedhof beigesetzt; sein Name stand auf der 1999 abgebrochenen Ehrenwand. Im August 1945 bekam die Gundorfer Straße seinen Namen.

»Fieberthermometer« Georg-Schwarz-Straße

Zweieinhalb Kilometer Leben, Verzweiflung und Hoffnung in Lindenau und Leutzsch

Haben Sie einen Grund durch die Georg-Schwarz-Straße zu schlendern? Die Frage verbietet sich und ist regelrecht daneben. Auf dem einstigen »Broadway von Leipzig« – so sprachen Leipziger über diese Meile tatsächlich mal schwärmerisch – haben die Zeiten tiefe Narben und Spuren hinterlassen. Kein Mensch sucht mehr die beiden großen ehemaligen Kinos auf, niemand leiht sich im leeren Gebäude der einstigen Stadtbezirksbibliothek Bücher und Platten aus. Frühere Firmen und deren Arbeitsplätze existieren oft nicht mehr. Die Georg-Schwarz-Straße ist aber nach wie vor Schulweg für Mädchen und Jungen. Auch Einfahrtschneise für die Bewohner in den meist sanierten Nebenstraßen. Durch die enge Hauptstraße rattert die jetzige – nach wie vor sehr gut frequentierte – Linie 7 zur Endhaltestelle in Böhlitz-Ehrenberg und stört polternd manch morsche Häuserwand beim Dornröschenschlaf. Trotzdem gehe ich aufmerksam langsam und bin nicht etwa mit dem Auto schnell durch. Wollte so zu Fuß etwas vom Leben und Sterben, der Hoffnung und den Bewohnern erfahren.

Peking-Suppe im Hinterzimmer

Jede Wanderung wird durch Nahrung unterbrochen. Man muss sich im Viertel gar nicht auskennen und stößt sofort auf Döner, Backshops und nochmal Döner. Schmeckt ja auch, aber mich lockte die schmucklose, bescheidene Speisekarte einer Mini-Gaststätte, die Reis und Peking-suppe zu sehr moderaten Preisen versprach. LN-Fotograf und LN-Schreiber waren die ersten Esser im Mittagsgeschäft der asiatischen Oase. Wir wollten nicht im Stehen speisen und wurden in ein bescheidenes, etwas runtergekommenes, sauberes Zimmer mit zwei Tischen dirigiert. Der zierliche Kochsolist dirigierte vorn seinen Herd und nach zehn Minuten servierte er schmackhafte Peking-Suppe und ein duftendes Hauptmenü. Wir blieben beim Essen unter uns, denn der zweite Tisch wurde nicht besetzt, da niemand kam. Vorn sagte ab und an Laufkundschaft dem Koch »Tschüss«. Auch wir zahlten bald. Reich ist der Besitzer an diesem Tag bestimmt nicht mehr geworden, jedoch, er sah nicht unglücklich aus. Unglücklich sahen die Männer – einige Meter entfernt – auch nicht aus, eher etwas angetütet. Sie saßen offenbar auf ihrem Stammplatz, nur wenige Schritte von der Alkoholquelle, einem Minimarkt, auf dem kalten Vorsprung eines Schaufensters. Man kannte sich untereinander und diskutierte das Leben mal durch. Zu laut aber nicht aggressiv und für sie am gewohnten Ort. Man musterte uns beim Vorbeigehen. Wir fotografierten nicht und fragten auch nicht, denn ich hörte, es ging um fehlendes Geld und irgendwelche »beschissenen« Ämter. Lebenserfahrung hatte das Quartett unübersehbar schon hinter sich.

Neues Leben neben altem Kino

Das sieht merkwürdig aus, ein Tisch und zwei Stühle mitten in einem Schaufenster. Sollten die vom letzten Besitzer übrig geblieben sein? Unerwartet geht in der Georg-Schwarz-Straße Nr. 7 die Tür auf, und ein freundlicher junger Mann, Carlos Leon-Xjimenez, redet mit uns über Speisen und lädt uns zum Kochen ein. Na, klar! Wir stehen ja auch vor der »Neuen Leipziger Küche«. Eine Einrichtung junger Leute aus aller Herren Länder, die sich nicht nur für Kochrezepte sondern auch für Nachbarn interessieren und einfach »Hunger auf Leben und Freundlichkeit« haben. Derzeit bereiten sie hier einen »Kochworkshop für junge Mütter« vor, war zu erfahren. Nicht ganz passend für mich, aber die Idee »Essen und Leben« hat etwas sehr Menschliches. Schaut man sich vor Ort um, entdeckt man daneben die schon lange geschlossenen »Central-Lichtspiele«. Für das noch immer existierende Saalgebäude und die beiden Vorderhäuser interessieren sich die jungen Leute. Einmal hier leben und die Häuser vor dem Verfall retten. Hier keimt unübersehbar Hoffnung und verjüngt sich das Straßensbild auch sehr real. In unmittelbarer Nähe lockt ein gut sortierter kleiner Buchladen, weit entfernt vom Hugendubel-Flair. Ich gehe hinein, stöbere und kaufe etwas.

Bücher und ein Handy im Stadtteilladen

Dort wird der Vergleich vom »Fieberthermometer« geprägt. Roman Raschkes verblüffende aber treffende Bezeichnung für diese Straße. Der Stadtteilladen, den er, zwei Bürokräfte und ein Verein, mit viel ehrenamtlichem Engagement für jeden offen halten, war schon immer eine gute Adresse. Auch, als es hier in der Georg-Schwarz-Straße Nr. 138 noch eine Apotheke gab. Anno 2006 mietete sich dann der Verein im Laden ein, bis heute finanziell unterstützt von der Apotheke, die damals in die Leutzsch-Arkaden umzog. Ein Beispiel für ungewöhnliches und nachhaltiges Bürgerengagement. Zwei Tramhaltestellen der Linie 7 liegen vor dem Laden, »so werden unsere Veranstaltungsangebote und Diskussionstermine immer gelesen«, freut sich Roman Raschke. Der junge Mann lässt sein Handy an, nicht aus Unhöflichkeit uns gegenüber, aber es gibt in dieser Straße wirklich noch Wichtigeres als unseren Pressetermin. Man ruft ihn öfter an, unter anderem eine Frau mit einer Schwäche für dieses Viertel, denn sie möchte ein Haus kaufen, direkt an der Straße und eventuell ausbauen. Bevor sie mit den Ämtern verhandelt, informiert sie sich beim Bürgerverein und nutzt dessen Verbindungen. Der junge Mann lebt in diesem Gebiet, er weiß um das »Fiebrige« des Konstrukts. Er weiß, wie den Alteingesessenen ihr Kiez am Herzen liegt, wie gut die Veran-

staltungen besucht waren, wenn echte Perspektiven und keine Luftschlösser für das Territorium aufgezeigt wurden.

Wir reden auch über die ehemalige Stadtteilbibliothek. Sie ist uns in ihrer Traurigkeit ein Foto wert. Schade um die Bausubstanz! »Aus dem Gebäude könnte mal ein kultureller Treffpunkt für das Viertel werden«, träumt Roman Raschke und führt uns noch in ein Nebenglass seines Ladens. Vollgestopft mit Büchern bis an die Decke. Als die öffentliche Bibliothek, anno 1994, Hals über Kopf aufgelöst wurde, sollte alle Literatur auf die Kippe wandern. Bürger wie Hans-Georg Brandner haben das verhindert und Ernest Hemmingway und Christa Wolf, Thomas Mann und Irmtraut Morgner vor dem Müll gerettet. »Die Bücher kommen bald nach vorn und sind dann auch besser sichtbar«, so planen es die Ladeninhaber.

Die Georg-Schwarz-Straße verbindet Lindenau und Leutzsch, zwei uralte Leipziger Siedlungsgebiete. Heute sind es widersprüchliche Stadtteile. Lindenau hat offenbar weniger von der Wende »profitiert« als bestimmte Leutzscher Ecken.

Ich laufe zurück an den Anfang der Straße – in Richtung Lindenauer Markt. Die Alkoholisierten sitzen noch immer vor ihrem Schaufenster.

»Piercing« bei der Linkspartei

»Hier war mal ein Piercingstudio«, empfängt mich Pia Witte in Hausnummer 8. Das gut erhaltene Gebäude, bietet in seiner Ladenzone, seit einigen Wochen und nun für etliche Jahre, »Quartier und Schaufenster« für den Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külöw und dessen Wahlkreisbüro. Ein paar Ecken weiter hat sich die NPD hinter hohen Zäunen verschanz. Die Scheiben in Külöws Büro sind von der stärkeren Sorte und halten schon etwas aus, müssen es auch ab und an. Denn die Nacht ist für manche eben nicht allein zum Schlafen da. Die Anwohner finden's gut, »dass hier etwas gegen Neonazis getan wird«, bestätigt Stadträtin und Mitarbeiterin Pia Witte. Gleich an der Eingangstür ein Hinweis für die Sozialsprechstunde, die hier bitter nötig ist. So mancher hat im Ämter- und Paragraphendschungel längst die Orientierung verloren und ist über zuverlässige »Wegweiser« froh.

Keinen Wegweiser benötigen offenbar die beiden Freundinnen, so um die zwölf Jahre, die sich wenige Meter weiter auf den Stufen einer Apotheke wohlfühlen. Ich stolpere fast über sie. Dabei ist ihnen nicht etwa schlecht geworden, und sie warten auch nicht auf Medikamente oder ein Fieberthermometer sondern darauf, dass die abgeschickte »SMS« endlich beantwortet wird... schließlich beginnt bald ihr Nachmittagsunterricht.

Haben die beiden in der Georg-Schwarz-Straße eine Zukunft?

• TEXT: MI. ZOCK / FOTOS: G. EILTZER



LN - Straßentriptychon

»Erstes Haus«

»Lebensart«

»Letztes Haus«



Bescheidenes Marktleben am Vormittag zwischen Mäc-Geiz und Discounter.



Besucher Michael Zock (links) und Besucher Roman Raschke beim Rundgang am ehemaligen Büchertempel.



Stolperstein für Georg Schwarz vor seiner ehemaligen Wohnung.



Das »hinZundkunZ« in der Hausnummer 7 sorgt mit seiner Kürbissuppe für guten Appetit. Freiwillige zum Kochen, Reden und Essen sind im Team ausdrücklich erwünscht.

Kiez-Geflüster

... immer wieder werde ich von den Ladenbesitzern und den Gewerbetreibenden auf der Georg-Schwarz-Straße auf die offene Trinker-Szene angesprochen. Sie haben Angst, dass die sowieso nur noch recht sporadisch auftauchenden Kunden einmal vollends wegbleiben. Nun hoffen alle auf ein Modellprojekt der Stadt Leipzig. In Kürze sollen Streetworker über »aufsuchende Sozialarbeit« den nicht immer nüchternen Fußgängern Angebote unterbreiten, wie sie ihre Sucht in den Griff bekommen können. Dabei sollte man aber nicht verkennen, dass die offene Trinker-Szene nur das halbvoll Glas darstellt, denn nach dem letzten Suchtbericht der Stadt wird klar, dass in Leipzig der Alkohol die Droge Nummer eins ist, und dies nicht nur in der so genannten Unterschicht.

... neulich hatte ich ein doch recht aufschlussreiches Gespräch mit einer schon etwas betagten Dame. Voller Enthusiasmus und mit leuchtenden Augen erzählt sie mir, dass die Georg-Schwarz-Straße in ihrer Jugendzeit der Boulevard Leipzigs gewesen sei. Sie schwärmte mir von den Kinos, damals wohl noch Lichtspielhäuser genannt, den Cafés und den reichhaltig vorhandenen Fachgeschäften vor, die viele »Stadtbezirks-Westler« seinerzeit zum Flanieren eingeladen hätten. Bummelt man heute über die Magistrale ist die Erzählung nur noch schwerlich nachzuempfinden. Zu viele Wunden hat die Zeit im Straßengesicht hinterlassen. Nur gut, dass Sanierung und Stadtumbau in der Georg-Schwarz-Straße inzwischen in der Stadt eine hohe Priorität genießen.

... wer jetzt bei Dunkelheit durch Lindenau schlendert, dem könnten Fenster auffallen, in denen auf Transparentpapier gemalte Zahlen beleuchtet sind. Wer noch herumrätseln sollte, es handelt sich dabei um einen »lebenden« Adventskalender. Die schöne Idee ist, alte Bekanntschaften zu pflegen und neue Menschen kennenzulernen. Verbindendes Element spielt dabei eine eigens für diesen Anlass gestaltete Kerze, die jeden Tag sozusagen von Tür zu Tür weitergereicht wird. Auch das »Theater der jungen Welt« ist Teil dieses Kalenders und lädt an einem Abend im Advent Gäste zu Klavier- und Weihnachtsmusik. Eine schöne Idee!

• PIA WITTE

Ortskenntnis mangelhaft!

Jeder weiß einmal nicht so ganz sicher, wo er sich befindet. Meist passiert das in fremden Städten, noch dazu, wenn man im Auto ohne »Navi« unterwegs ist. Allerdings ist in jüngster Zeit auch Leipzigs Oberster Bürger Jung nicht ganz sattelfest in Städtekunde. Dass er jetzt in einer Ratsversammlung Stockholm und Kopenhagen verwechselte, sei ihm als Versprecher verziehen. Aber, es kommt noch viel regionaler! Jüngst war wieder mal jemand zu ehren, und dabei kam das Thema auf die berühmte Leipziger »Löffelfamilie«. Bekanntermaßen leuchtendes Beispiel für die Bewahrung von Stadthistorie. Wie dachte und bemerkte da der OBM: »Jeder kennt ja in der Stadt die berühmte Löffelfamilie und denkt da sofort an Plagwitz!« Soll er mal diese Suppe allein auslöffeln, aber bitte am richtigen Tisch in der »Karli«. Sie wissen nicht, wo der steht? Dann sind sie aber – bitte schön – kein Leipziger mit Ortskenntnis..

Euer Lipsius



Mediator wechselt

LN.: Steffen Jantz, Sprecher der Stadt und Leiter des Referates Medien, Kommunikation und Stadtbüro, wird die Stadtverwaltung Leipzig zum 10. Januar 2010 verlassen. Der 43-Jährige wechselt nach rund vier Jahren auf eigenen Wunsch in die Wirtschaft. Oberbürgermeister Burkhard Jung: »Steffen Jantz hat mich seit meinem Amtsantritt begleitet, in dieser Zeit kompetent und vertrauensvoll mit mir zusammengearbeitet. Unter seiner Verantwortung wurde die Kommunikation deutlich vernetzt, Amtsblatt und Internet modernisiert. Ich danke ihm für sein engagiertes Wirken und wünsche ihm für die neue Aufgabe alles Gute.« Einen Nachfolger wird der Oberbürgermeister in Kürze vorstellen.

Anzeige

Wirtschaftskrise im Juwelierladen Leipziger Arbeitsmarkt und Prozentzahlen

Kürzlich suchten MDR-Reporter die Wirtschaftskrise in einem Juwelierladen in der Innenstadt – aber fanden sie dort nicht. Das war wohl die falsche Adresse.. Die beste Anschrift für derartige Probleme ist und bleibt immer die »Unfallklinik« der Realwirtschaft – genannt Agentur für Arbeit (Anmeldung). Am 1. Dezember, dem Tag der Pressekonferenz, fiel mir z.B. ein beträchtlicher Ansturm auf, welcher jedoch erst im Januar ausgewertet wird. Dank einer leichten Herbstbelebung vor allem im Weihnachtsgeschäft, aber auch im Baubereich, ging die Bestandszahl zum Oktober gering um 473 – im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1804 zurück auf 51 773, Quote 13,1 Prozent. So zeigte man sich relativ zufrieden, dass die Weltwirtschaftskrise in Leipzig nicht »durchgeknallt« ist. Noch nicht! Eine Prognose für das nächste Halbjahr wagte niemand, aber es gibt besorgte Blicke auf die Autobranche. Sorgen macht auch die hohe Zugangszahl neuer Betroffener. Das sind rein statistisch 9915 Personen, was eine Steigerung von 11 Prozent zu 2008 bedeutet. Unter diesen kommen 4057 aus Erwerbstätigkeit und 2348 aus Ausbildung und Maßnahmen (plus 31 Prozent). Ich gestehe ein, mich als gelernter Wirtschaftler nicht daran gewöhnen zu können, dass Leute,

die ihre Arbeit taten, nun monatlich zu Hunderten auf die Straße fliegen. Darunter sind auch die Mitarbeiter von Quelle/Quimondo. Am ersten Dezember hatten den »Brief« 200 von 800. Das komplette »Aus« wird für 31. März erwartet – mit starken Einkommensverlusten. Kanzlerin Merkels »Soziale Marktwirtschaft« praktizierte auch in diesem Jahr kaschiert das »Heuern und Feuern«! Der erste Arbeitsmarkt muss weiter massiv vom zweiten Arbeitsmarkt ergänzt werden, u. a. durch Kurzarbeit. Die Arbeitsmarktzahlen der ARGE-Stadt Leipzig sind der Entwicklung gefolgt und haben den Vorjahresstand um einige Hundert unterschritten. Die ABM gingen auf 241 Personen zurück. So werden 4223 Menschen beschäftigt. In Weiterbildung stehen 1749. Über den Leipziger Tellerand geblickt, stürzte die Agentur Dresden vom ersten Platz ab und die Freistaaten Sachsen und Thüringen verloren mit jeweils über 12 000 Beschäftigten die mit Abstand meisten in Ostdeutschland zum Vorjahr. Zudem streicht Sachsen die Unterstützung für 5000 Kommunal-Kombi-Stellen wegen Geldmangels. Also echt trübe Aussichten, statt ein Jahresendwunder.

• JOACHIM SPITZNER

Ins eigene Fleisch geschnitten?



Dreimal so viele Fliesenleger-Betriebe seit dem Wegfall der Meisterpflicht

LN.: Im Bezirk der Handwerkskammer Leipzig hat sich die Zahl der selbstständigen Fliesenleger in den vergangenen Jahren drastisch erhöht. Nach dem Wegfall der Meisterpflicht vor fünf Jahren stehen heute mehr als dreimal so viele Fliesenleger im örtlichen Branchenbuch. Das hat die IG BAU Nord-West-Sachsen mitgeteilt. Damals habe die Kammer lediglich 176 Betriebe registriert. Deren Zahl sei jedoch im vergangenen Jahr bereits auf 576 angestiegen – ein Plus von rund 230 Prozent. »Das sind größtenteils Scheinselbstständige, die zu Niedriglöhnen arbeiten«, berichtet Detlef Zeiß, Bezirksverbandsvorsitzender der IG BAU Nord-West-Sachsen.

Stadtratsnotizen

● Leipzig ist interkulturell

Gegen die Stimmen der NPD-Stadträte beschlossen die anderen Fraktionen den SPD-Antrag zur »Integration von Migrantinnen und Migranten« in Leipzig, für das erste Halbjahr 2010. Das schließt auch eventuelle Arbeitsplätze in der Verwaltung ein. Schon nach kurzer Zeit zeigte beispielsweise der Einsatz von Muttersprachlern in einem Kindergarten im Leipziger Osten nachhaltigen Erfolg.

● Umweltzone mit Wirtschaftshilfe

Entgegen Wahlkampfbehauptungen, vor allem aus den Reihen der FDP, waren sich die Fraktionen einig, dass im Rahmen der Umsetzung eines 40-Punkte-Programms zur Verbesserung der Umwelt, gemäß der EU-Gesetzgebung auch in Leipzig an der Einführung der Umweltzone kein Weg vorbeiführt. Die Verwaltung wurde aufgefordert zu prüfen, wie durch Einzelförderung kein Leipziger Mittelstandsunternehmen in seiner Existenz gefährdet wird. (Siehe auch LN-Exklusiv: »Der Aufreger« mit Bürgermeister Rosenthal in LN 8/2009)

● Leipzig-Marathon autofrei

Nach kurzer Debatte und Korrekturen am Antrag von Links-Stadtrat Jens Hermann wurde mehrheitlich beschlossen zu prüfen, ob der Tag des Leipzig-Marathons ab 2011 gleichzeitig zum autofreien Sonntag erklärt werden sollte. Ab 2010 wird an der Marathonstrecke mindestens eine Schleuse in jeder Hauptrichtung für den Kfz-Individualverkehr eingerichtet werden, damit ein Herausfahren aus dem Streckenring ermöglicht wird.

● Polizeiverordnung verabschiedet

Mit großer Mehrheit beschloss der Stadtrat eine geänderte städtische Polizeiverordnung gegen illegale Graffiti an öffentlichen Flächen im Straßenbild und an Bahnanlagen. Keine Mehrheit fand hingegen der Vorschlag, dass Straßenmusikanten nach 30 Minuten ihren Spielort zu wechseln haben.

● Konzept für Kleinmesse

Die Annahme tragfähiger Ideen zur Zukunft der Kleinmesse gehört zu jenen Beschlüssen, mit denen sich der neue Stadtrat in die Verantwortung nahm. Vorgesehen sind Werbeoffensiven, eine bessere Zusammenarbeit von Marktamt, Schaustellerverein und Leipziger Tourismus- und Marketingagenturen. So wurden auf dem Gelände am Cottaweg Voraussetzungen für Gastspiele von Zirkusunternehmen oder attraktiver Großfahrgestände geschaffen, die erhöhte Anschlusswerte bei Strom und Wasser benötigen. Nicht übersehen wird, wieviel Geld auch sozial schwächeren Haushalten für diese Form der Freizeitgestaltung angesichts stagnierender Einkommen zur Verfügung steht. Es darf keine Preisexplosion geben. Stadtrat Siegfried Schlegel schlug – nach dem Wegfall der Winterkleinmesse – vor, dass durch die Schausteller im Rahmen des Weihnachtsmarktes auf dem neu gestalteten Wilhelm-Leuschner-Platz Fahrgestände betrieben werden können. Gleiches betraf beispielsweise das beliebte Zoofest.

**Die Linksfraction
im Stadtrat zu Leipzig
wünscht allen Leserinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE
ein frohes Weihnachtsfest und
einen guten Rutsch ins neue Jahr.**

**Auch 2010 werden wir für
Leipzigs Entwicklung streiten.**

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig



Der Winter hat nun auch in Leipzig nicht nur an den Ampeln »Grün«. Er wird im Übrigen durch Banken gesponsert, wie der ARD-Wetterbericht jeden Abend »enthüllt«.



Unterschriftenlisten für den Oberbürgermeister
Fotos: Eiltzer



Ein für alle Mal vorbei? Erinnerungen an wasserreiche Stausee-Zeiten.
Foto: Verein



Faktenreich im Rathaus nachgefragt: Vereinsvorsitzender Matzelt.

Auf dem Trocknen sitzenlassen?

Bürgernachfrage im Neuen Rathaus zum Erhalt des Elsterstausees

LN.: Städte und Straßen verändern über die Jahrzehnte ihr Antlitz. Wie sie das tun, und ob das Gegebene unter den Einheimischen akzeptiert wird, ist schon immer ein streitbares Thema.

Den einen oder anderen Leser hat vielleicht die »große Pfütze« unseres Titelbildes überrascht oder ein weites Stück Natur in Erinnerung gebracht, das für manchen Städter längst aus dem Gedächtnis verschwunden war – je nach Wohnlage.

Die Leipziger in Richtung Süden, deren Wohnsiedlungen mit »Knaut« beginnen, sitzen seit langem auf dem Trockenen, wenn sie per Rad oder zu Fuß den einstigen Elsterstausee umwandern. Da der aber ein Loch hat, ist in diesem Fall nicht nur der »Heinrich« eines bekannten Kinderliedes gefragt.

Vor einem Jahr, am 25. November, gründete sich im Knauthainer Schloss ein Förderverein mit dem Ziel, den Erhalt des Stausees und seine künftige naturnahe Nutzung voranzubringen.

Vereine sind meist nicht sehr groß, arbeiten ehrenamtlich und es fällt ihnen nicht immer leicht, eine starke Lobby für die angestrebten Ziele zu bilden.

Als LN kürzlich zu Gast bei einer der letzten Vereinsitzungen war, und am nicht mehr vorhandenen Strand auf das nicht mehr vorhandene Wasser schaute, wurden Größe und Widersprüchlichkeit des angestrebten Ziels augenscheinlich.

Zur Geschichte:

- Entstanden zwischen 1933 und 1936 bei Hartmannsdorf und Bösdorf, durch staatlich angeordneten Arbeitsdienst für ungefähr 900 Erwerbslose.

- Ursprünglich 1800 m lang und etwa 800 m breit sowie bis zu 2 m tief. Sorge für biologische Reinigung des Elstermühlgrabens. Dieser war, aus Richtung Profen kommend, durch zahlreiche Abwässer anliegender Orte belastet.

- Das Wasser des Elstermühlgrabens wurde durch einen »Düker« (Rohrleitung) unter der Elster hindurchgeführt und in den See geleitet.

- Ausbau als Erholungszentrum mit Dampfer und Fischzuchtgewässer ab 1950. Durch Tagebaubetrieb seit 1975 stark eingeschränkt. Neue Flutung zu Beginn der 1980er Jahre.

- Da in den späteren Jahren der Stadt Leipzig nur geringe finanzielle Mittel zur neuen Stromversorgung der Pumpen zur Verfügung standen, wurden diese abgestellt.

- Drohende Verlandung und Bedeutungsverlust durch neue Seenlandschaften in der Südregion.

- Förderverein Stausee, gegründet im November 2008.

Unübersehbar das Engagement der Anwohner und Vereinsmitglieder, mit tausenden Unterschriften im Gepäck, sich nicht entmutigen zu lassen. Stadträten der Grünen (Ingo Sasama) und der Linken (Reiner Engelmann und William Grosser) brennt seit langem die Problematik unter den Nägeln.

Für den Vereinsvorsitzenden Klaus-Werner Matzelt war kürzlich Termin während der Leipziger Ratsversammlung. In der obligaten Bürgeranfrage an den Oberbürgermeister ging es um Stadtratsbeschlüsse und entsprechende Gutachten vom Juni dieses Jahres. Vereinfacht kann man die komplizierte Sachlage so umschreiben: Künftiges Gewässer mit wirtschaftlicher Nutzung oder weitere Verlandung? Anhand der Fragen des Vereins war unschwer zu überhören, welcher Variante er den Vorzug gibt. Der Stausee soll wieder ein See werden.

Bürgermeister Rosenthal hielt in seiner umfangreichen mündlichen Antwort das Problem in der Schwebe und verwies auf das erste Quartal 2010. Unüberhörbar: Es fehlt derzeit nicht nur an Wasser sondern auch an Geld. Der Verein wird unabhängig davon, durch Workshops u.a., wirtschaftliche Perspektiven für das Gebiet aufzeigen und diskutieren. Es geht ihm dabei um die Rettung eines historischen Naherholungsgebietes. Oder sollen sich künftig nur noch Wildschweine, mit ihren Spuren, im Stauseeschlamm wohlfühlen?



Vor vier Jahren habe ich mir in New York am 24. Dezember, nach 19.00 Uhr im Rockefellerzentrum ein paar Sommerschuhe gekauft. Und zum Entsetzen meiner Tochter habe ich die Verkäuferin, eine Afroamerikanerin gefragt, ob es schlimm sei, dass sie heute arbeiten müsse. Sie antwortete lächelnd: »Ich bin Muslima – das

ist für mich ein Tag, wie jeder andere. Hier ist das so geregelt, dass jeder an seinen Feiertagen frei hat.«

So »einfach« kann man Probleme lösen. Diese Begebenheit fiel mir ein, als ich vor Kurzem auf der Suche nach mehr oder weniger neutralen Karten für Festtagsgrüße war. Keine Chance. Schade, kann man da nur sagen.

Dabei gab und gibt es viele deutsche Juden, die *Weihnukka* feiern – also einen Weihnachtsbaum aufstellen und den Chanukkaleuchter anzünden.

Chanukka ist ein Freudenfest, ein Lichterfest. Es erinnert an die Neueinweihung des Tempels. Laut Überlieferung soll Judas (165 v.u.Z.) in dem zurückeroberten Tempel nur ein einziges Kännchen Öl gefunden haben, das nicht entweiht war. Eigentlich hätte das Öl nur für einen Tag gereicht, aber es brannte – oh Wunder – acht Tage (Sie sehen, auch wir haben unsere Wunder), und man fand Zeit neues reines Öl zu besorgen.

Zur Erinnerung an dieses Wunder und die Wiedereinweihung des Tempels feiern wir Chanukka. Jeden Tag – acht Tage lang wird eine weitere Kerze angezündet. Die Kinder bekommen Geschenke, es wird gesungen, gespielt (das Kreiseln gehört dazu), gut gegessen und getrunken. Kommt Ihnen das bekannt vor?

Es gibt jedoch einen großen Unterschied zu Weihnachten: Der Termin von Chanukka wechselt. Dieses Jahr findet das Fest vom 12. bis 19. Dezember statt. Ich wünsche Ihnen schöne Feiertage und einen guten Start in ein hoffentlich für viele Menschen friedliches Jahr 2010.

Schalom
Ihre

Annette Boenheim

Informationen finden Sie auf
www.ariowitschhaus.de
Ihre Anregungen und Fragen über:
ariowitschhaus@yahoo.de

§ Die Elster als Unglücksrabe

Genau einen Tag vor ihrem 44. Geburtstag wurde Carola A. in Handschellen aus dem Strafvollzug vor die Schranken des Leipziger Amtsgerichts geführt. Wahrlich kein Glückskind: ohne Beruf, arbeitslos und vor ihrer Inhaftierung ohne festen Wohnsitz. Am 1. September wurde Carola inhaftiert, nachdem ein vorangegangenes Urteil zur Bewährung aufgehoben wurde.

Die Liste der Vergehen ist lang – 15 Mal Diebstahl, mehrfach Betrug und so genannte »Leistungserschleichung«, was umgangssprachlich »Schwarzfahren« mit der Straßenbahn bedeutet. Dies sind zwar etliche Straftaten, der dabei angerichtete Schaden war insgesamt mehr als bescheiden.

Es sind erneut genau wieder dieselben Delikte, die erst nach der Inhaftierung ans Licht gelangten, und für die sie nun wiederum angeklagt wurde.

Carola ist keineswegs – wie es zunächst scheinen mag – eine diebische Elster, eher ein Unglücksrabe. Sie scheint augenscheinlich von sehr, sehr schlechtem Gemüt, naiv und unbeholfen in den scheinbar einfachen Dingen des Lebens. Mit den üblich üblen Folgen: keine Arbeit, kein Geld. Ein Teufelskreis menschlichen Elends in einem sozialen Klima, das nicht nur in dieser Jahreszeit von winterlicher Kälte geprägt ist. Leider erfuhr man bei der nur knapp halbstündigen Verhandlung überhaupt nichts über ihre bisherige Entwicklung. Offenkundig ist jedenfalls: Zuwendung, Verständnis oder gar Liebe hat sie wohl kaum erfahren.

Die Diebstähle galten einzig Nahrungsmitteln, deren unterster Geldwert 1,69 Euro betrug, der höchste lag bei 16,45 Euro, bei ihren zwölf Schwarzfahrten standen 18,20 Euro zu Buche. Wie sagte Bertolt Brecht? »Erst kommt das Fressen, dann die Moral«. Von der so lang ersehnten Reisefreiheit hat Carola ein sehr eigenwilliges (Un)verständnis. Statt Reisen nach Hiddensee, Heringsdorf oder gar nach Hawaii, führten sie Schwarzfahrten geradewegs in die Haftanstalt.

Die sehr junge Staatsanwältin verliert monoton und völlig ungerührt die Liste der Vorwürfe, fordert 18 Monate Haft und attestiert Carola A. »keine günstige Sozialprognose«. Die ebenfalls junge RichterIn, die ich schon mehrfach als sehr kompetent erlebte, zeigt auch hier neben der notwendigen Gesetzhärte menschliches Einfühlungsvermögen und bescheidet auf 11 Monate.

Auf der Zuschauerbank sitzt neben mir ein Mann in dicker Winterjacke mit weißem Wehpelz. Nein, nicht der Weihnachtsmann, dafür ein früherer Freund von Carola, der ihr nach der Haft anbietet, bei ihm wohnen zu können. Auch wenn damit Weihnachten und Geburtstag nicht auf einen Tag zusammen fallen, vielleicht eine kleine Chance für Carola ...

• FRANZ HASE

Der perfekte Studierende oder Der Ausverkauf der Hochschulen

Wer heute studiert, ist mit den Problemen eines mehr und mehr verschul-ten Studiums, Anwesenheitspflicht und überfüllten Hörsälen konfrontiert. Die jahrelange chronische Unterfinanzierung der Hochschulen und die Ökonomisierung der Bildungs- und Hochschullandschaft haben dazu geführt, dass Bildung als Ideal, so wie es einst bspw. von Humboldt verstanden wurde, in den heutigen Universitäten nur noch selten zu finden ist.

Der perfekte Studierende von heute muss vor allem unkritisch und angepasst sein. Der perfekte Studierende muss sich darüber im Klaren sein, wie er das Wissen, welches er erwirbt, verwerten und einen ökonomischen Nutzen daraus ziehen kann. Er muss mit seinem Nächsten konkurrieren und sich gegen diesen durchzusetzen wissen – und dies auch tun. Wer das nicht kann, der macht etwas falsch und wird verlieren. Es geht darum, bereits in Schule und Hochschule die Ellenbogen zu trainieren, die man in der Welt nach der Universität dringend benötigen wird.

Für die bestimmende politische und wirtschaftliche Elite unseres Landes geht es heute vor allem darum, kritische Wissenschaft zu unterbinden. Es geht darum, in möglichst kurzer Zeit, unter geringstmöglichem finanziellem Aufwand, eine möglichst große Anzahl junger Menschen durch die Universitätsfabriken zu schleusen. Konform und genormt, sind sie dann bereit für den Übergang ins Wirtschaftsleben und können dankbar ihren Platz als Rädchen im System einnehmen. Wer hätte es auch je in Frage stellen wollen? Die Ideologie der reinen Marktwirtschaft ist längst auch in den Hochschulen angekommen und hat sich dort festgesetzt.

Kritische Geister, Menschen, die Fragen stellen, sind hier fehl am Platz und unerwünscht. Gemessen am humboldtschen Bildungsideal war das Bildungssystem noch nie so schlecht wie heute. Das Bild von Privatisierung und Entdemokratisierung, welches sich in der gesamten Gesellschaft – von Gesundheit bis Altersvorsorge – abzeichnet, spiegelt sich auch im Bereich der Bildung nur allzu deutlich wieder. In keinem anderen europäischen Land ist die soziale Selektion im Bildungsbereich so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Von der Vorstellung einer allumfassenden Bildung, die nicht der Verwertungslogik unterliegt, hat sich die Hochschule hin zur marktwirtschaftlichen Universität entwickelt. Eine Entwicklung die auf Kosten von Wissenschaft und Bildung geht.

Zu Gunsten von Steuersenkungen wurden, mit Verweis auf die dadurch entstandene Leere in den öffentlichen Kassen, seit Anfang der 90er Jahre enorme Kürzungen durchgesetzt. Durch die »Kompetenzzuweisungen« im Rahmen der Föderalismusdebatten wurde Bildung und auch Hochschulbildung weitestgehend als Ländersache ausgewiesen. Den



Schaut in diese Gesichter! Deren Gedanken werden dieses Land und diese Gesellschaft in den nächsten Jahren – nicht nur wie hier in Leipzig – beschäftigen.

Der perfekte Studierende von heute
muss vor allem unkritisch und angepasst sein.

Der perfekte Studierende muss sich darüber im
Klaren sein, wie er das Wissen, welches er erwirbt,
verwerten und einen ökonomischen Nutzen
daraus ziehen kann



Mancher hatte sich die Leipziger Universitätsfeierlichkeiten anders vorgestellt. Aber die Zeiten überholten schon immer die Jubiläen.

Fotos: Gerd Eiltzer

Ländern steht es also frei, wie sie die Hochschulbildung organisieren und strukturieren – ob sie Studiengebühren erheben oder nicht. Das hat unter anderem dazu geführt, dass im Rahmen der Umstrukturierungen nach der »Bologna-Reform« in den Bundesländern verschie-

dene Gesetzgebungen eingeführt wurden, die die Kleinstaaterei und Bürokratie im Bildungswesen verstärken. Gleichzeitig wurde diese Reform benutzt, um weitreichende Einsparungen im Hochschulbereich durchzusetzen. Das alles geht auf Kosten der Studierenden, der

Professorinnen und Professoren, der Lehre sowie von Wissenschaft und Forschung im Allgemeinen.

Der Schwarze Peter wird aber auch von den Landesregierungen weiter nach unten gereicht. Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben auch die Hochschulen in eine Lage gebracht, die sie selbst zu Mittätern ihrer eigenen Vermarktwirtschaftlichung werden lassen. Unter dem Deckmantel den Hochschulen »mehr Autonomie« zu garantieren, werden Managementstrukturen, »Neue Steuerungsmodelle« und »Globalhaushalte« eingeführt und es den Hochschulen selbst überlassen, wo sie kürzen und einsparen. Aufgrund der Unterfinanzierung avanciert die »Drittmittelbeschaffung« aus der Privatwirtschaft gleichzeitig zu einem der wichtigsten Betätigungsfelder von Hochschulprofessoren.

Diese Entwicklung führt zu Abhängigkeiten und zu einer Aufteilung der Hochschullandschaft in einige wenige sogenannte »Spitzen-Universitäten«, die über großzügige Finanzmittel der öffentlichen und privaten Hand verfügen und gleichzeitig höhere Gebühren von ihren Studierenden einfordern können. Für den großen Rest bleiben schlechter ausgestattete Massenuniversitäten, die in ihrer Konsequenz auch zu entwerteten Abschlüssen führen. Dieses System (re-)produziert zwangsläufig soziale Ungleichheiten.

Die aktuellen Positionierungen der neuen schwarz-gelben Landes- und Bundesregierungen machen deutlich, dass auch in absehbarer Zukunft keine positive Veränderung eintreten wird. Im Gegenteil: Geht es nach der CDU-FDP-Bundesregierung sollen weitere Verlagerungen der Kosten auf die privaten Haushalte erfolgen. So soll, um nur ein Beispiel anzuführen, ähnlich wie beim Modell der Riester-Rente, nun nicht mehr nur für das Alter, sondern schon für die Bildung von Kindern privat Kapital auf einem sogenannten »Zukunftskonto« gebildet werden. Hierdurch öffnet man ein weiteres lukratives Betätigungsfeld für die Finanzwirtschaft und genauso wie bei der Riester-Rente werden sich hier vor allem die besser Verdienenden an diesem Bildungssparen beteiligen können. Schon heute ist es eine Tatsache, dass die privaten Haushalte – rechnet man nur den Lebensunterhalt und die Lernmittel – etwa die Hälfte der für ein Hochschulausbildung angewandten direkten Ausgaben tragen. Weitere Privatisierungen und Verlagerungen der Bildungskosten auf die privaten Haushalte führen zwangsläufig zu einer Verschärfung der sozialen Selektion.

Es ist also absehbar, dass mit dieser Regierung Bildung weiter nur ein Thema für blumige Sonntagsreden bleiben wird. Es gibt keine bundesweit abgestimmte gemeinsame Strategie oder ein Gesamtkonzept in der Bildungspolitik. Ein solches wäre aber dringend nötig.

• MIKE NAGLER

In der zur 600-Jahr-Feier der Leipziger Universität herausgegebenen offiziellen Chronik wird dem dreimal zum Rektor gewählten **DR. CASPAR BORNER** ein hervorragender Platz eingeräumt, doch weniger wegen seiner Leistungen als Hochschullehrer für Theologie. Beginnend 1539, mit seinem ersten Rektorat, setzte er – den Ideen der Reformation folgend und nach ihrer Einführung in Leipzig durch Herzog Heinrich den Frommen von Sachsen im gleichen Jahr – überfällige Reformen an der Universität in Gang. Vorausgegangen war die Leipziger Disputation zwischen Luther und seinem Widersacher Dr. Eck im Jahre 1519. Zu dieser Zeit beharrten viele Wissenschaftler noch auf scholastischen Positionen, während sich mit Rektor Mosellanus die neuen Ideen Bahn zu brechen begannen und namentlich Studenten und jüngere Magister begeisterten. Borner erreichte mit landesherrlicher Unterstützung u. a. die Übergabe des aufgelösten Dominikanerklosters an die Universität und er schuf die Grundlagen für eine Neuordnung des Lehrbetriebs und des Lehrkörpers. Diese Schritte wurden in den folgenden Jahren und Jahrzehnten von Melancthon und Camerarius weitergeführt und gipfelten darin, dass der Landesherr das letzte Wort bei der Bestellung der Professoren hatte und die Universität nicht mehr vom jeweiligen Bischof von Merseburg als Kanzler regiert wurde. Zu Borners Verdiensten gehören auch die Erschließung neuer Räumlichkeiten für die Universität, die Erweiterung der Universitätsbibliothek und die Schaffung eines Universitätsarchivs. Wie sehr seine wissenschaftspolitischen und -organisatorischen Leistungen besonderer Würdigung für Wert befunden wurden, zeigt die Tatsache, dass nach 1989 eine Medaille mit seinem Namen gestiftet wurde.

Weitgehend unerwähnt in Jubiläumsbetrachtungen bleiben jedoch jene, die nach 1945 maßgeblich dazu beigetragen haben, viel tiefer gehende progressive Reformen des Universitätslebens auf den Weg zu bringen und zu befördern – ihre demokratische Erneuerung an Haupt und Gliedern und ihre Entwicklung zu einer sozialistischen Bildungsstätte, die ungeachtet nicht weniger Probleme, Unvollkommenheiten und Fehlentscheidungen eine neue Qualität von volksverbundener Lehre und Studium, Forschung und gesellschaftlicher Wirksamkeit hervorbrachte. Drei Persönlichkeiten seien stellvertretend für viele andere hervorgehoben.

Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftsorganisatoren

Über 13 Jahre lang, von 1950 bis 1963, stand **PROF. DR. GEORG MAYER** als Rektor an der Spitze der Universität. Er war nicht nur eine Persönlichkeit von prägender Kraft und universeller Ausstrahlung, die seine anekdotenumwobene Popularität begründeten und selbst manchem Widersacher Respekt abnötigten, sondern auch ein klar denkender Strategie, der immer die großen Entwicklungslinien der Universität im Auge hatte und neue gesellschaftliche Herausforderungen frühzeitig erkannte und in der entsprechenden Formierung der Universität, der Orientierung ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit wie auch in ihrer unmittelbaren Wirkung auf die gesellschaftliche Praxis umzusetzen verstand. Georg Mayer ging voran bei der Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs, der Einführung des des Zehn-Monate-Studiums und des marxistisch-leninistischen Grundstudiums. Er unterzeichnete den ersten Kooperationsvertrag einer Universität der DDR mit einem Industriebetrieb, dem Chemiekombinat Böhlen. Eine hohe Geltung hatte seine Stimme im gesamten Hochschulwesen der DDR. Er war ein durch und durch politischer, dem gesellschaftlichen Fortschritt voll ergebener Mensch (selbst nannte er sich »einen entlaufenen Sohn des Bürgertums«), voller Lebensweisheit und universeller Bildung, ein schlagkräftiger Polemi-

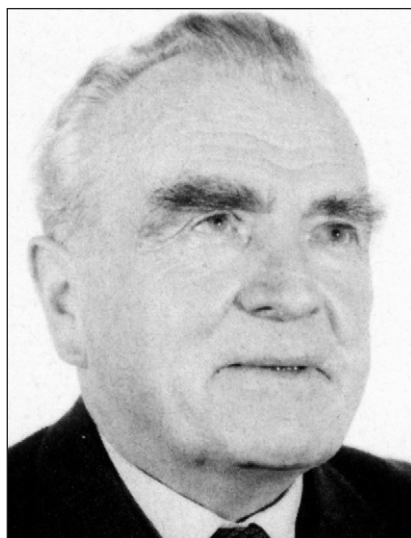
ker, stets Herr der Situation. Dabei war er frei von jeglicher Dünkelhaftigkeit und zugleich von großem Geschick im Umgang mit seinen Mitstreitern, voller Aufmerksamkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber den Menschen, die ihn umgaben. Seinen Kontrahenten begegnete er mit großer Offenheit und Umverblümtheit.

Als Ärztlicher Direktor der Medizinischen Fakultät hatte **PROF. DR. KARL GELBKE** maßgeblichen Anteil daran, dass sich das Universitätsklinikum zu einem leistungsfähigen Zentrum der medizinischen Forschung, der Ausbildung von Ärzten sowie der medizinischen Versorgung der Bevölkerung Leipzigs und des Umlandes entwickelte. Dabei konnte er zurückgreifen auf reiche Erfahrungen als Kassenarzt in Gohlis und als Leipziger Stadtrat und Leiter des Gesundheitsamtes in schwierigster Zeit (seit 1. August 1945), als nach dem Krieg die Gesundheitseinrichtungen völlig am Boden lagen und die Bekämpfung von Infektionskrankheiten dringend geboten war. Später war er auch als Landespolitiker auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätig. Als Direktor des Sozialhygieninstituts der Universität trug er maßgeblich zum Aufbau und zur Anerkennung dieses neuen Fachgebiets bei. Sein Bestreben als Ärztlicher Direktor der Medizinischen Fakultät war vor allem, die

Einheit von Prophylaxe, Diagnose, Therapie und Metaphylaxe in der ärztlichen Tätigkeit durchzusetzen.

Heute versagen Stadt und Universität dem aktiven Antifaschisten Karl Gelbke nicht nur Dank und Anerkennung, sondern im Jahre 1999 sollte jede Erinnerung an ihn getilgt werden, indem die 1968 nach ihm benannte Straße umbenannt wurde.

Als Pädagogik-Wissenschaftlerin und Erste Direktorin des 1956 gegründeten und Instituts für Ausländerstudium, der Vorstudienanstalt für ausländische Studierende, hat **PROF. KATHARINA HARIG** in hohem Maße zum weltweiten Wirken und zur guten Reputation der Universität beigetragen. Kamen zunächst vorwiegend Studenten aus den sozialistischen Ländern nach Leipzig, wuchs bald ihre Anzahl aus Ländern der Dritten Welt stark an, die an einem schweren Erbe zu tragen hatten und beim Erringen und Festigen ihrer Unabhängigkeit dringend gut ausgebildete Fachleute brauchten. Im Mittelpunkt stand die Ausbildung in deutscher Sprache. Das Institut leitete und kontrollierte auch erfolgreich den Deutschunterricht für Ausländer an anderen Hochschulen und Fachschulen. Es war auch Herausgeber des mehrbändigen Werkes »Deutsch für Ausländer« und vieler weiterer Lehrmaterialien. Unter Leitung von Katharina Harich wurde die Aufgabe gemeistert, die nach Alter, Nation, Weltanschauung und Vorbildung unterschiedlichen Menschen, nicht zuletzt auch durch eine ausgeprägte individuelle Betreuung, erfolgreich für ein Fachstudium zu rüsten. • **GÜNTER LIPPOLD**



Georg Mayer



Karl Gelbke



Katharina Harig

— Anzeigen

Auch nach der Wahl gilt: ORIGINAL SOZIAL!

Allen Leserinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE,
allen Genossinnen und Genossen
einen ganz herzlichen Dank für die vielfältige Unterstützung im
Wahlkampf 2009
und beste Wünsche sowie viel Kraft und Gesundheit
für die erfolgreiche Lösung
der vor uns stehenden Aufgaben.

Dr. Volker Külöw, MdL, Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.

Wir wünschen allen Mitgliedern und Sympathisanten ein friedliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2010.

Wir bedanken uns bei allen, die unsere Arbeit unterstützen,
die sich aktiv einreihen im Kampf gegen Neofaschismus und helfen,
Wissen zu vermitteln über die Geschichte.

Vorstand
Bund der Antifaschisten e.V.,
Sitz Leipzig

Vorstand
VVN-BdA Stadtverband
Leipzig

Zum Jahreswechsel herzlichen Dank und gute Wünsche allen Mitgliedern und Sympathisanten

für gemeinsames Bemühen für Frieden, soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander, gegen die Militarisierung in der Gesellschaft, für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und für Abrüstung.

Friedenszentrum Leipzig, Friedensweg Leipzig, IG kein Kriegsflughafen, Leipziger Komitee für Gerechtigkeit, Mitglieder der Gruppe »Gedenken an Nazi-Todesmarche 1945« im Bündnis »Leipzig gegen Krieg«



Das Super-Wahljahr bescherte Sachsen wie der Bundesrepublik eine neue Regierung: Der kleinere Koalitionspartner SPD wurde durch die im Freistaat kaum weniger kleine FDP ersetzt, die CDU kann in Land und Bund weiterregieren. DIE LINKE bleibt Opposition – und in Sachsen mit 29 Abgeordneten die deutschlandweit größte Fraktion in einem Landesparlament. Damit haben Sachsens LINKE weiterhin die Aufgabe, die Opposition zu führen, und können selbstständig Untersuchungsausschüsse einrichten. Wollen sie Gesetze vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof auf den Prüfstand stellen, bedürfen sie allerdings der Kooperation mit zumindest vier weiteren Abgeordneten – das ist Folge einer Entwicklung der Wahlergebnisse wie schon zuvor bei Kreistags- und Europawahlen.

Das Jahr begann, wie es nun endet: mit parlamentarischen Initiativen der LINKEN zum militärischen Missbrauch des Leipziger Flughafens. Standen zunächst die Truppenbewegungen der USA im Mittelpunkt, ist es nun die Bundeswehr, die den Flughafen Leipzig-Halle als Startrampe für ihren umstrittenen Afghanistan-Einsatz nutzt. Das Thema wird die Abgeordneten der LINKEN auch 2010 intensiv beschäftigen, nicht nur weil noch ein Antrag dazu im Geschäftsgang ist. Die Aktuelle Debatte vom 10. Dezember, in der der Leipziger Abgeordnete Volker Külöw vorrechnete, dass mittlerweile mehr Soldaten als Geschäftsleute den Flughafen der Messestadt passieren, hinterlässt zu viele Ungereimtheiten in den



Erklärungen von Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) und Koalitionsabgeordneten, als dass man die Kriegsfliegerei in der »Heldenstadt« der »Friedlichen (!) Revolution« einfach zu den Akten nehmen könnte.

Brennend aktuell bleiben auch die Probleme mit der sächsischen Bildungspolitik. Während Thüringen nun erste Schritte in Richtung längeres gemeinsames Lernen geht, das von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern gewünscht wird, werden die wenigen in Sachsen existierenden Gemeinschaftsschulen wieder abgewickelt. So haben es CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, wenngleich natürlich etwas schönfärberischer aufgeschrieben.

Der Kreis schließt sich auch beim Thema Naziaufmärsche. Musste DIE LINKE im Februar noch »Einsatzkonzepte und Einsatzstrategie der Polizei bei Demonstrationen von Neonazis und Gegenaktivitäten am 13./14. Februar 2009 in Dresden« zum Landtagsthema machen, nachdem die Nazis ungehindert marschieren konnten, aber Gegendemonstranten mal von der Polizei traktiert oder auf dem Heimweg ohne Polizeischutz von Nazis überfallen wurden, geht es nun anlässlich desselben Themas um etwas völlig Verrücktes: CDU und FDP haben, übrigens zeitgleich mit den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der ersten ganz großen Demonstration in Leipzig im Herbst 1989, eine spezifisch sächsisch Verschärfung des Versammlungsrechts auf den Weg gebracht. Damit sollen nicht nur Nazi-Demos in

Dresden rund um den 13. Februar und in Leipzig am Völkerschlachtdenkmal unterbunden werden, sondern auch alle anderen Manifestationen an allen möglich, geschichtspolitisch relevanten Orten, durch die sich Menschen in ihrer Erinnerungskultur gestört fühlen könnten bzw. Opfer in ihrer Ehre mutmaßlich verletzt sehen würden. Statt also aufgrund vergangener Straftaten und gegenwärtiger Gefahrenpotenziale Nazi-Demos zu verbieten, sollen gleich die Gegen-Demos mit verboten werden. DIE LINKE hat deutlich gemacht, dass sie dieses Vorhaben für verfassungswidrig hält und deshalb das Verfassungsgericht anrufen würde. Da auch die Grünen öffentlich Unterstützung signalisiert haben, wird also das Quorum für eine sogenannte Normenkontrollklage locker übererfüllt.

Das Leben im Landtag dürfte wohl für LINKE nicht leichter werden: Das Leipziger Verfassungsgericht mochte der Fraktion und ihren Besuchern keinen Schutz vor dem vom Landtagspräsidium mehrheitlich beschlossenen Umzug der NPD-Fraktion auf die von den LINKEN genutzte 4. Etage des Landtags-Altbaus gewähren, obwohl eine Gefährdungsanalyse des Landeskriminalamtes Vorfälle für »wahrscheinlich« hält. Dennoch scheiterte ein Antrag der Fraktion auf einstweilige Anordnung gegen diesen Beschluss.

Trotz allem: Auf ein friedliches neues Jahr – in nah und fern!

16. November

Dresden: Im Rahmen einer Großfahndung im Raum Dresden wurden fünf mutmaßliche Drogenhändler festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, insbesondere mit der Droge Crystal gehandelt zu haben, die sie aus Osteuropa bezogen haben. Im Zuge dieser Aktion wurden 19 Wohnungen und Firmen durchsucht.

17. November

Erlau: Im Windpark Erlau in Mittelsachsen ist eines der größten Windräder des Freistaats montiert worden. Die Anlage ist 140 Meter hoch und hat einen Rotordurchmesser von 80 Metern. Der Betreiber investierte dafür dreieinhalb Millionen Euro. Der Windpark mit insgesamt acht Rädern kann nun jährlich 26 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren – genug Energie um eine Stadt wie Mittweida zu versorgen.

18. November

Dresden: Mit blitzartigen Menschaufläufen, so genannten Flashmobs, haben rund 100 Studenten der TU Dresden gegen ihre Studienbedingungen demonstriert. Innerhalb weniger Augenblicke ließen sie sich in der Innenstadt plötzlich alle wie tot auf den Boden fallen oder tanzten Walzer im Nieselregen. Die Aktionen waren Teil bundesweiter Proteste. Die Studenten fordern unter anderem eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen und mehr Lehrpersonal.

19. Oktober

Chemnitz: Chemnitz steht im Finale des Bundes-Wettbewerbs »Stadt der Wissenschaft 2011«. Die Stadt wurde am Freitag mit Bielefeld und Mainz vom Stifterverband nominiert. Die drei Anwärter müssen nun ihre Ideenskizzen zu vollständigen Bewerbungen ausarbeiten. Die Kommune, die das überzeugendste Gesamtkonzept

SACHSEN-CHRONIK

zusammengestellt von Helmut Ulrich

einreicht, darf den Titel »Stadt der Wissenschaft« für ein Jahr tragen. Chemnitz will gemeinsam mit der Universität unter dem Motto »1+1=11!« die enge Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung zeigen.

20. November

Dresden: Im Jahresbericht 2009 hat der Sächsisch Rechnungshofs Geldverschwendung in Millionenhöhe aufgelistet. Unter anderem wird die fehlende Kontrolle bei der Vergabe von Fördermitteln für den Städtebau, die Pferdezucht im Landesgestüt und das fehlende Nutzungskonzept für das Weltkulturerbe »Fürst-Pückler-Park Bad Muskau« kritisiert.

23. November

Leipzig: Etwa 100 Studierende der Universität Leipzig haben am Montagmittag das Rektorat besetzt. Sie fordern bessere Studienbedingungen und einen Verzicht auf Studiengebühren. Anlass für die Besetzung ist die in Leipzig tagende Hochschulrektorenkonferenz. Zu einer Großdemonstration auf dem Augustusplatz werden mehrere Tausend Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. (siehe Seite 8)

26. November

Leipzig: Bei der polizeilichen Durchsuchung eines scheinbar leerstehenden Hauses in Leipzig-Schönefeld konnten 3.000 Hanfpflanzen sichergestellt werden. Drei Personen kamen in Untersuchungshaft. Die Beamten waren durch einen bereits vorher inhaftierten Vietnamesen auf die Spur der Plantage gekommen.

1. Dezember

Dresden: In 15 sächsischen Museen ist ab sofort für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre der Eintritt frei. Zu den Einrichtungen gehören unter anderem das Grüne Gewölbe, das Kupferstich-Kabinett und die Gemäldegalerie Alter Meister in Dresden. Für die städtischen Museen in Dresden bleibt es bei der Regelung, dass ab Freitag mittag der Eintritt für alle frei ist. **Ostritz:** Die Initiative »Deutschland – Land der Ideen« hat die Stadtverwaltung Ostritz für ihr Engagement im Umweltschutz ausgezeichnet. Die Kleinstadt an der Neiße ist durch zahlreiche Maßnahmen, wie eine Biomasseheizung für den gesamten Ort oder eine Pflanzenkläranlage für einen Ortsteil, Vorreiter in Sachen Energieeffizienz und Umweltschutz.

3. Dezember

Dresden: Ein Nackt-Porträt der Oberbürgermeisterin Orosz darf nicht mehr öffentlich gezeigt werden. Das entschied das Landgericht Dresden mit einer einstweiligen Verfügung. Das Bild zeigt die Politikerin unbekleidet vor der Waldschlösschenbrücke. Für die Dresdner Malerin war das Bild eine künstlerische Stellungnahme zum Verlust des Welterbetitels. Sie kündigte Berufung an.

Mittweida: Der Prozess gegen Mitglieder der inzwischen verbotenen rechtsextremen Gruppe »Sturm 34« muss teilweise neu aufgerollt werden. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hob ein Urteil

des Landgerichts Dresden auf. Die Kammer hatte Mitglieder wegen Körperverletzung verurteilt, vom Vorwurf einer kriminellen Vereinigung aber freigesprochen. Nach Auffassung der Karlsruher Richter liegt es jedoch nahe, dass »Sturm 34« eine kriminelle Vereinigung ist.

4. Dezember

Spremberg: Die Firma Kupferschiefer Lausitz hat in Spremberg den ersten Bohrkern aus der Lagerstätte Spremberg-Graustein-Schleife präsentiert. Der Kupferabbau wird fünf Jahre früher als geplant beginnen. Die Lagerstätte enthält etwa 1,5 Millionen Tonnen reines Kupfer.

8. Dezember

Görlitz: Im Kulturhistorischen Museum Görlitz wurde ein wertvoller Holzschnitt von Albrecht Dürer (1471-1528) entdeckt. Das Blatt war im Rahmen von Recherchen zu einem Buch gefunden worden. Das Dürer-Werk hat sich in der Bestandsrubrik »Unbekannte Künstler des 16. Jahrhunderts« befunden.

9. Dezember

Leipzig: Das Bundesverwaltungsgericht prüft die Steuer der Stadt Leipzig auf Spielautomaten. Der Betreiber zweier Spielotheken in der Stadt hält die Vergütungssteuer für verfassungswidrig.

11. Dezember

Leipzig: Die Stadtbibliothek »Georg Maurer« in Leipzig-Plagwitz feiert am Freitag ihren 80. Geburtstag. Das im Bauhausstil errichtete Gebäude war der erste eigenständige Bibliotheksbau in der Stadt. Außerdem gab es hier zum ersten Mal ein Kinderlesezimmer. Insgesamt standen den Lesern zur Eröffnung der Bibliothek rund 19.000 Bücher und Zeitschriften zur Verfügung. Heute sind es doppelt so viele Angebote.

Eine vertiefende Publikation



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die erste Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trug, hat seit ihrer Gründung 1991 Leben und Werk ihrer Namenspatronin größte Aufmerksamkeit und Neigung entgegengebracht. War doch die Namensgebung in schwierigen Zeiten Programm und damals nicht unumstrittenes Bekenntnis.

Eine inzwischen stattliche Reihe von Publikationen der Stiftung zeugen von der intensiven Beschäftigung.

Die Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, in der diese Arbeit erscheint, sind zu einem Ort der Präsentation und Diskussion neuer Ergebnisse der Luxemburg-Forschung geworden. Es war uns aus

unserem Selbstverständnis heraus ein Bedürfnis, in die aktuelle Diskussion um den Tod Rosa-Luxemburgs und den Verbleib ihrer sterblichen Überreste einzugreifen. Die Stiftung ist hier nicht Partei in dem Pro und Contra über den Verbleib der Leiche Rosa Luxemburgs. Sie ist Partei für Rosa Luxemburg, für einen würdevollen Umgang mit dieser großen Märtyrerin des Sozialismus. Ihre Anhänger in aller Welt haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was über ihren Tod bekannt ist. Während die Entdeckung der vermeintlich wirklichen Leiche durch Prof. Tsokos von der Charité der Humboldt-Universität um die Welt ging, blieb der Kenntnisstand über die wissenschaftlich gesicherten Fakten der historischen Forschung weithin unbeachtet.

Dem will die vorliegende Publikation abhelfen.

Die Autorin und die Autoren tragen historische Wertungen und Dokumente zusammen, die in dieser Vollständigkeit bisher noch nicht veröffentlicht wurden. Unser Wissen über die Infamie dieser Mordtat und über ihre Reichweite bis in unsere Tage vertieft sich mit dieser Publikation

Klaus Kinner

Herausgeber der Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte

Buchvorstellung und Gespräch

Wir laden ein am Freitag, dem 15. Januar, ab 18.00 Uhr
ins Leipziger Liebknecht-Haus, Braustraße 15

»Rosa Luxemburgs Tod«

Historische Tatsachen und aktuelle Erwägungen

Mit Prof. Dr. Annelies Laschitza, Berlin,
und Klaus Gietinger, Sozialwissenschaftler,
Autor und Regisseur, Frankfurt am Main

Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner

Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare.

Herausgegeben von Annelies Laschitza und Klaus Gietinger.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2010. Ca. 110 S. Preis ca. 6,00 Euro.

Erscheint im Januar 2010 (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 7)

Bestellungen erbeten an: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.,
Harkortstraße 10, 04107 Leipzig, Telefon: 0341- 9608531 oder auch unter
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Rosa Luxemburg

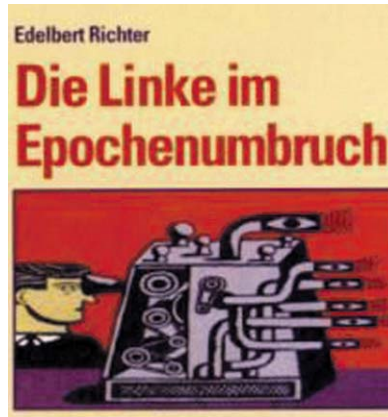
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

Der Vorstand der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
wünscht allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE
frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und
ein friedliches und solidarisches Jahr 2010.

Dr. Monika Runge, MdL
Stiftungsvorsitzende

Prof. Dr. Klaus Kinner
Geschäftsführer

Die Linke im Epochenumbruch



»... So wie 1830 im Frankreich der Restauration, keine zwei Jahrzehnte nach der Wiederherstellung der Bourbonenherrschaft, sich die Revolution wieder und sich der Frühsozialismus zu Wort meldete, ist die Linke auch in Deutschland wieder da. Das ist hart erarbeitet. Die fortgesetzte Selbstkritik an unserer Verantwortung für Entstehung und Kollaps der sozialistischen Idee gehörte dazu. Edelbert Richter, Bürgerrechtler, Theologe und Sozialist, warnte in seinem großartigen Buch »Die Linke im Epochenumbruch« zu Recht: »Die Vereinigung der bisher gespaltenen Linken in Deutschland 2007 zur Partei DIE LINKE war ein historisches Ereignis, das dazu zwingt, sich der eigenen Tradi-

tion neu zu vergewissern. Geschieht dies nicht, so bleibt es kein historisches Ereignis. Die Pragmatiker, die zu solchem Nachdenken keine Lust haben, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, das Projekt im Grunde nicht ernst zu nehmen, es als Eintagsfliege zu behandeln.« ...»

André Brie

Diskussion

»Die Linke
im Epochenumbruch«
Mit Dr. Edelbert Richter,

Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner

Dienstag, 12. Januar, 18.00 Uhr
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Aus der Biografie:

Dr. Edelbert Richter, Jg. 1943,
Theologe, Politiker; 1989 Gründungsmitglied »Demokratischer Aufbruch« von 1990 bis 2005 Mitglied der SPD, 1990 Mitglied der Volkskammer, anschließend des Bundestages. 1994 bis 2002 Mitglied des Bundestages. Seit 2007 Mitglied der Partei DIE LINKE.

DIE LINKE. ERBE UND TRADITION EINE HISTORISCH KRITISCHE STANDORTBESTIMMUNG



Es ist an der Zeit, das historische Selbstverständnis der Partei DIE LINKE zu hinterfragen. Entstanden aus dem Zusammenschluss von PDS und WASG wurzelt DIE LINKE in verschiedenen Traditionszusammenhängen und steht in einem reichen und fruchtbaren wie auch tragischen und schuldvollen Erbe. Dieses Erbe zu benennen und seinen zu tradierenden Teil herauszuarbeiten, ist für die Findung der Identität der Linkspartei unerlässlich. Das erfordert die bedingungslose Abgrenzung vom Stalinismus als System und die Kennzeichnung seiner Erscheinungsformen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Gleichzeitig ist entgegen der tief verwurzelten Entstehung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im verordneten

Geschichtsbild der SED zu befragen nach den emanzipatorischen Quellen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung jenseits der Parteigrenzen. Das betrifft die frühe deutsche Arbeiterbewegung ebenso wie die Sozialdemokratie, den Linkssozialismus sowie die demokratischen Strömungen im deutschen Kommunismus. Den Reformbewegungen innerhalb der SED, den Entwicklungen an der Basis der Partei, der Verweigerung gegenüber dem Kurs des Politbüros als einer entscheidenden Voraussetzung für den friedlichen Verlauf des Umbruchs in seiner revolutionären demokratisch sozialistischen als auch in seiner restaurativen Phase, sind als konstitutiven Elementen eines Geschichtsverständnisses der Linken hohe Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Prof. Dr. Lothar Bisky

X. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 19. und 20. Februar 2010 in Leipzig

Teilnahme BITTE BIS 15. JANUAR 2010 an:

Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10, 04107 Leipzig, Tel. 0341 9608531,
Fax 0341 2125877 oder RosaLuxemburgStiftung.Sachsen@t-online.de

TEILNAHMEGEBÜHR: 10 Euro/Studierende, Erwerbslose u. Hartz IV Empfänger
5 Euro (inkl. gastronom. Versorgung 19./20. Februar, ohne Getränke)

KLEINE CHRONIK

Leipziger Skandale 2009

Januar

Die Leipziger Stadtwerke begründen ihre drastische Erhöhung des monatlichen *Grundpreises* für Strom widersinnig mit den gestiegenen Kosten auf den internationalen Energiemärkten. Weiterhin erhöhen sie die Fernwärmepreise für Großvermieter mit der Maßgabe, die gestiegenen Kosten an die Kunden weiterzureichen.

Der Winterdienst der Stadt räumt, wie der ADAC feststellt, lediglich ein Drittel des Leipziger Straßennetzes vom Schnee, während in den Nebenstraßen chaotische Verhältnisse herrschen.

Im Streit um die Sachsensauna am Kulkwitzer See hat die Stadt Leipzig laut Urteil des Bundesgerichtshof an einen Investor 3,8 Millionen Euro Schadenersatz zu zahlen, weil sie einen Vertrag der damals selbständigen Gemeinde Lausen über den Verkauf des Baulandes bei der Eingemeindung rechtswidrig annullierte.

Die Anzahl der Einbrüche in Kleingartenanlagen ist im vergangenen Winter um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Allein im Januar wurden der Polizei 67 Fälle angezeigt.

Februar

Die Insolvenz des Architekten Erick van Egeraat und die daraus folgende Kündigung des Vertrags mit ihm verursachen erhebliche Probleme bei der Fertigstellung des Universitätsneubaus am Augustusplatz. Der Gesamtkomplex wird nunmehr erst Ende 2010 fertiggestellt sein. Zugleich erhöhen sich erneut die Baukosten spürbar. Für die Festveranstaltung der Universität zu ihrer 600-Jahr-Feier im Dezember wird das Paulinum nur als Provisorium – möglicherweise ohne Heizung – nutzbar sein.

Die Winterschäden an den Leipziger Straßen seien größer als erwartet, weil die Fahrbahnen in den vergangenen Jahren aus Kostengründen nur notdürftig geflickt wurden, teilt das Verkehrs- und Tiefbauamt mit. Die im Stadthaushalt für 2009 vorgesehenen Mittel reichen wiederum nicht für grundlegende Instandsetzungen aus. Schon die normale Instandsetzung kostet 6,5 Millionen Euro im Jahr, es stehen aber nur 1,9 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Leipziger Gutenberg-Passage ist durch Zwangsversteigerung an die Westdeutsche Immobilienbank, Tochter der West LB, gegangen. Der Erlös reichte nicht einmal für die Rückzahlung aller Kredite. Zuletzt lagen auf dem Gebäude Schulden in Höhe von 20 Millionen Euro. Den über 1000 Anlegern droht Totalausfall.

Das Sozialgericht Leipzig registriert: Die Anzahl der Klagen und Eilanträge zu Geld-, Dienst- und Sachleistungen nach Hartz - IV ist 2008 gegenüber dem Vorjahr um 28 Prozent gestiegen: von 3744 auf 4787.

Die Modekette Sinn Leffers schließt 24 ihrer 47 Filialen. Betroffen sind auch die Filialen im Leipziger Petershof und in Günthersdorf. In Leipzig wurden rund zwei Drittel der Belegschaft arbeitslos, nur ein Drittel hat eine neue Arbeitsstelle gefunden.

März

Ähnlich wie nach dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs festgestellt, weisen mehrere Häuser in der Nähe des Leipziger City-Tunnels Risse auf. Sie sind bis zu sechs Millimeter breit, an der Westseite des Hauptbahnhofs sogar bis zu vier Zentimeter. Fachleute fürchten um die Standfestigkeit der Gebäude.

Der Fußball-Regionalligist FC Sachsen

muss zum zweiten Mal nach 2001 Insolvenz anmelden. Er hat Verbindlichkeiten in Höhe von zwei Millionen Euro, darunter sind 500 000 Euro kurzfristige Forderungen an ihn.

DHL-Chef Malitzke verweigert die Teilnahme an dem vom Stadtrat beschlossenen „Forum Flughafen“, das dem Interessenausgleich von Airport, DHL und Anwohnern dienen soll.

Wegen der großen Dauerbaustelle am Brühl, die die Käuferströme in Hainstraße und Nikolaistraße kanalisiert, sehen sich mehrere Händler am Brühl gezwungen, ihre Geschäfte aufzugeben.

Die Stadtverwaltung ist nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob die zwei Berater, gegen die die sächsische Antikorruptionseinheit INES wegen Bestechungsverdachts im Zusammenhang mit Cross-Border-Geschäften ermittelt, für die städtischen Firmen Wasserwerke und LVB tätig sind. Die betreffenden Stadtfirmen schweigen dazu.

April

Finanzprüfer stellen fest, dass die Stadtholding Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft im Vorjahr einen Verlust von 22 Millionen Euro erwirtschaftet hat. Sie halten die beabsichtigte teilweise Tilgung des Darlehens der Stadt in diesem Jahr für zweifelhaft. Das schlechte Ergebnis wird besonders durch die Stadtwerke verursacht, die 13 Millionen Euro weniger Gewinn an die Stadt abführten.

Die Beräumung des durch Abriss verursachten Bauschutts am Brühl wird noch Monate auf sich warten lassen.

Die Finanzierung von zwei Schulneubauten durch die Stadt – die neue Kästner-Grundschule mit Hort an der Tarostraße und die Neruda-Grundschule – ist ungeklärt. Es geht um den Eigenanteil Leipzigs neben der Mittelbereitstellung des Landes Sachsen. Die Landesmittel aus dem Konjunkturpaket I würden bei Nichtabruf wegen fehlender Eigenmittel der Stadt verfallen.

Stadtverwaltung und Arbeitsagentur rechnen für dieses Jahr mit 33 000 erwerbslosen Empfängern von Arbeitslosengeld II (Hartz -IV). Das sind 2000 mehr als im vorigen Jahr. Ein größerer Anstieg sei aber angesichts der Unwägbarkeiten der Wirt-

schaftskrise denkbar. Dennoch stehen in diesem Jahr für sie zwei Millionen Euro weniger zur Verfügung als 2009.

Der Prozess vor dem Amtsgericht gegen Hauptakteure des Disko-Krieges von 2008 wird unter großem Applaus der Kumpel der drei Angeklagten auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, weil sich der Hauptbelastungszeuge – offenbar aus Furcht vor Rache – ins Ausland abgesetzt hat.

Mai

Die Paul Robeson-Mittelschule (UNESCO-Projektschule) in der Jungmannstraße darf als einzige Schule der Stadt keine 5. Klasse eröffnen, da die Schülerzahl für die geforderten zwei Klassen nicht ausreicht. Obwohl die Schüler aus Wahren und Lindenthal nun die weit entfernten Schulen in der Diderotstraße (Möckern) und in Wiederitzsch nutzen müssen, lehnt der Schulbürgermeister die Forderung der Eltern nach einer Ausnahmeregelung ab.

Die TMS Messen-Kongresse-Ausstellungen GmbH als Veranstalter der »Hochzeit-Feste-Feiern« und der »Baby plus...« wirbt für die Ausstellungen auf dem Leipziger Messegelände mit falschen Besucher- und Ausstellerzahlen. Das Landgericht stoppt den Betrug mit einer einstweiligen Verfügung.

Der Zweckverband Nahverkehrsraum Leipzig signalisiert, dass die Bahn AG plant, die Eisenbahnstrecke Leipzig-Connewitz-Gaschwitz nach der Fertigstellung des City-Tunnels Ende 2012 im Zeitraum bis 2014 für mehrere Monate vollständig zu sperren, um in dieser Zeit die Erneuerung des gesamten Bahndamms vorzunehmen. Erst nach massivem Druck erklärt sich die Bahn zu Kompromisslösungen bereit.

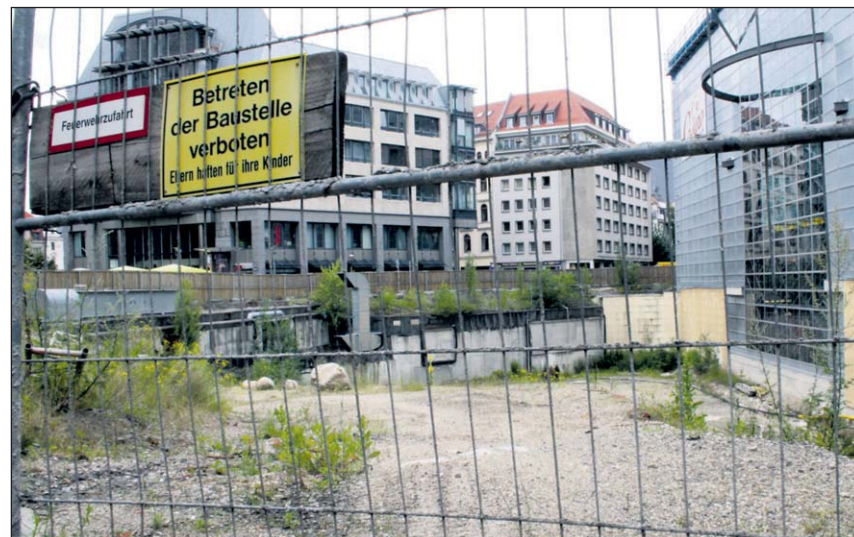
Der Chef der Leipziger Landesdirektion, Walter Christian Steinbach, weigert sich, Vertreter der Klima-Allianz Leipzig zu empfangen, die ihm den verliehenen Negativ-Preis für »seinen unermüdlichen Einsatz zur Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen in Leipzig und Umgebung« überreichen wollten.

Das Verwaltungsgericht Leipzig hat bislang die bereits im November 2007 eingereichte Klage der Böhlitz-Ehrenberger Ortsvorsteherin nicht terminisiert, in der es um die Nichteinhaltung des Eingemeindungsvertrages durch die Stadt Leipzig geht. Der Vertrag schreibt den Fortbestand aller Böhlitz-Ehrenberger Schulen fest, während die Leipziger Stadtverwaltung auf den Umzug von Mittelschülern in eine Leutzscher Schule drängt.

Juni

Der Entwurf der Stadtverwaltung für die Entwicklung des Kulkwitzer Sees führt zu Befürchtungen in der Bevölkerung, dass die Naherholungsmöglichkeiten durch eine große Anzahl privater Flächen stark eingeschränkt werden.

Die Geschäftsführung des Klinikums St. Georg beabsichtigt den Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband und damit aus dem gültigen Flächentarifvertrag, um Lohnerhöhungen zu sparen, und droht mit Stellenabbau als Alternative. Hunderte Mitarbeiter sehen sich zu öffentlichem Protest genötigt. Die Leipziger Verkehrsbetriebe können ungeachtet



Die seit Jahren offene Baugrube am Burgplatz wurde zum Symbol städtebaulichen Versagens. Mit dem Investor gibt es keinen Vertrag, und eine Lösung ist nicht in Sicht. Eventuell soll nun im wörtlichen Sinne Gras über die Sache wachsen.

Foto: Eiltzer

des jährlichen Investitionsbedarfs zwischen 40 und 50 Millionen Euro dafür nur 26,7 Millionen aufwenden. Ursache ist vor allem die Reduzierung der vertraglich vereinbarten Zuschüsse der Stadt.

Weil es der sächsische Gesetzgeber versäumt hat, das Personalvertretungsgesetz des Landes an das neue öffentliche Tarifrecht anzupassen, die Personalratswahlen deshalb annulliert und nun eine Neuwahl notwendig ist, sind die städtischen Beschäftigten zeitweise ohne Personalvertretung.

Die Gießerei Halberg, Zulieferer für die Autoindustrie, die in Leipzig ein Werk betreibt, ist wegen Auftragseinbrüchen von 30 bis 50 Prozent insolvent. Das Saarbrücker Unternehmen beschäftigt in Leipzig rund 500 Mitarbeiter. Der Standort Leipzig gehört nicht dem Arbeitgeberverband an und ist damit nicht tarifgebunden.

Die Wirtschaftskrise zeitigt erhebliche Auswirkungen auf die Gastronomie, wie der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband Leipzig feststellt. Zu verzeichnen sind noch größere Umsatzeinbrüche als im Vorjahr, als sie teilweise bei 35 Prozent lagen.

Juli

Kirchenvertreter sowie Politiker von FDP und Grünen greifen Kulturbürgermeister Faber (Linke) in unsachlicher Weise heftig an. Sein geäußelter Denkanstoß, der Thomanerchor möge öfter auch in nicht-sakralen Räumen auftreten, wird in die Absicht umgefälscht, er kämpfe für eine »Verdrängung der Kirche aus dem öffentlichen Raum«.

In fünf der 396 Leipziger Wahlbezirke muss die Kommunalwahl wegen mehrerer Formfehler wiederholt werden.

Ordnungsbürgermeister Rosenthal (Linke) sieht sich wegen seines Engagements für eine Umweltzone in Leipzig entsprechend den Vorgaben der Landesregierung zur Feinstaubreduzierung im Kreuzfeuer der Kritik seitens der CDU und eines Aktionsbündnisses Leipziger Firmen.

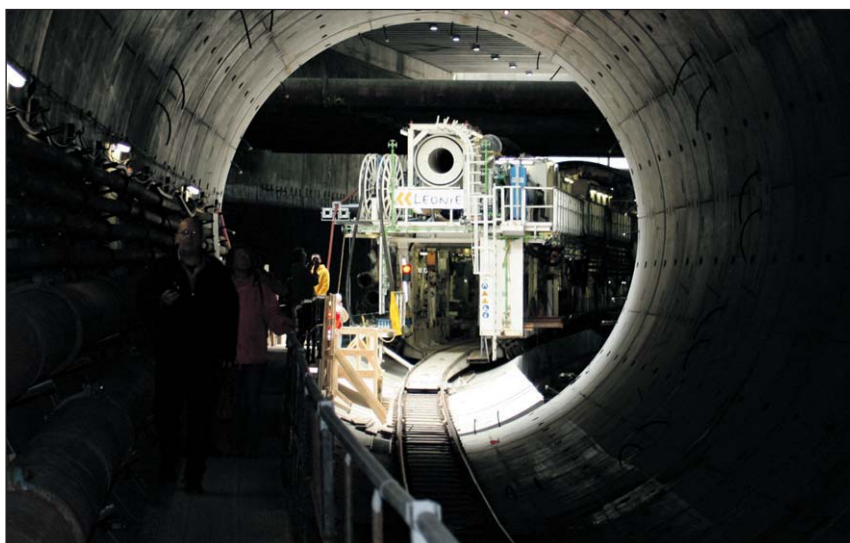
August

Brandschutzdirektor Schneider – in Ulm vom Stadtrat abgelöst und in Leipzig mit offenen Armen empfangen – schürt den seit Monaten andauernden Konflikt mit den freiwilligen Feuerwehren Leipzigs durch Verleumdung, Vorenthaltung von Informationen und ausstehende organisatorische Regelungen.

Zum Auftakt des Mordprozesses Michelle präsentieren das Gericht und Rechtsmediziner Hädrich vor den Zuschauern grausige Detailaufnahmen des Verbrechens. Die Schockdarstellung wurde als Verletzung der Würde des Opfers empfunden.

Vor und nach dem Fußball-Ortsderby zwischen dem FC Sachsen und dem 1. FC Lok kommt es außerhalb des Stadions zu gewalttätigen Konfrontationen zwischen Anhängern der beiden Klubs.

An der Hochschule für Grafik und Buchkunst geraten die Wahl eines Nachfolgers für den scheidenden Maler und Hochschullehrer Neo Rauch und damit verbundene zentralistische Umstrukturierungen zu langandauernden ungestümen Ausein-



Der City-Tunnel bleibt Skandal-Dauerbrenner: Kosten und Fristen vergrößern sich weiter.

Foto: Eiltzer

andersetzungen. Der von Rektor Blohm als Nachfolger Rauchs favorisierte Herbert C. Ottersbach und sein künstlerisches Profil werden von den Studenten und einer Reihe Hochschullehrer als Abkehr von Leipziger Traditionen abgelehnt. Der Prozess der Nachfolgerwahl und die Reaktionen zahlreicher Hochschulangehöriger, die sich auch in öffentlichen Wortmeldungen äußern, offenbaren ernsthafte Demokratiedefizite an der Hochschule.

Die traditionsreiche Pianoforte-Fabrik in Böhlitz-Ehrenberg muss wegen drastischen Auftragsenbruchs und Außenständen in Höhe von 1,4 Millionen Euro Insolvenz anmelden.

Als drei jugendliche Schläger das Grünauer »Theatrium« und seine Besucher überfallen, trifft die Polizei erst nach 45 Minuten am Tatort ein (der Notarzt bereits nach zehn Minuten), da das Revier in Grünau im Jahr zuvor geschlossen wurde und die Ordnungshüter aus der Richard-Lehmann-Strasse anrücken müssen und sich zudem viel Zeit lassen.

September

Die Stadt wird in diesem Jahr voraussichtlich 20 Millionen Euro weniger Steuern als geplant einnehmen, teilt Finanzbürgermeisterin Kudla mit. Für das kommende Jahr werde mit einem Haushaltsdefizit von 86,8 Millionen Euro gerechnet, das bis 2012 weiter anwachsen wird. Eine geheime Streichliste für die Ausgaben sieht u. a. die Auflösung der Musikalischen Komödie, eine reduzierte Finanzierung der Freien Szene, die Schließung eines der städtischen Hallenbäder und die Abschaffung des gerade erst eingeführten und von über 13 000 Leipzigern genutzten Sozialtickets vor.

Die Kosten für den City-Tunnel sind weiter gestiegen und nähern sich der 900-Millionen-Grenze. Ursprünglich waren 572 Millionen Euro geplant. Der Fertigstellungstermin 2012 wankt.

Die Firma PC Ware kündigt in Leipzig fristlos 60 ihrer 450 Stellen, deutschlandweit 170 von 700. Das Unternehmen hat im zweiten Quartal 2009 6,6 Millionen Euro Verlust gemacht.

Oktober

Der Leipziger Maler Fischer-Art stellt an Schulen ein Kinderbuch vor, in dem Text und Illustrationen ein extrem düsteres Bild von der DDR zeichnen, die in seinen

Darstellungen aus kaputten Häusern, leeren Läden, Waffen, Stacheldraht und Menschen mit tristem Antlitz besteht. Seinen Namenszug hat er aus Totenschädeln gestaltet. Selbst die LVZ sieht sich zu kritischen Bemerkungen genötigt.

Ein Report des Ordnungsbürgermeisters weist aus, dass die Stadt im vergangenen Jahr rund 1,8 Millionen Euro für die Beseitigung illegaler Graffiti bereitstellen musste.

Teilnehmer einer Neonazi-Demonstration bewerfen Polizisten mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern. Sechs Beamte werden verletzt, davon einer schwer. »Linksautonome« haben am Tag zuvor in Connewitz ihren Protest gegen die Rechtsextremen mit dem Demolieren von Autos, dem Anzünden von Müllcontainern und anderen anarchistischen Aktionen auf untaugliche Weise kundgetan.

Ein vom Landesrechnungshof vorgelegter Untersuchungsbericht zum Bau des Bildermusums macht gravierende Planungs- und Projektierungsfehler sichtbar, die zu einer Erhöhung der Baukosten um mehr als 15 Millionen Euro bei geplanten 58 Millionen Euro geführt haben. Unter anderem waren die Zeiträume für die Bauausführung zu gering veranschlagt, bei der Kostenplanung wurden bestimmte Leistungen schlichtweg vergessen, und allein 4,2 Millionen Euro mussten für zusätzliche gestalterische Wünsche in Kauf genommen werden.

Der eskalierende Streit zwischen dem Architekten des Universitätsneubaus, van Egeraat, und dem Sächsischen Immobilien- und Baumanagement zur Bauausführung und urheberrechtlichen Fragen kann nicht durch außergerichtliche Einigung der Parteien beigelegt werden. Der Rechtsstreit droht sich auszuweiten und einen generellen Baustopp herbeizuführen.

Eine Vorlage des Oberbürgermeisters für den Stadtrat sieht vor, dem scheidenden Opern-Intendanten Henri Mayer eine Abfindung in Höhe von über 278 000 Euro zu zahlen.

Das endgültige Aus für den Quelle-Verbandhandel führt in Leipzig zur Kündigung von zunächst 150 Mitarbeitern. Weitere Entlassungen werden nach Abschluss des Ausverkaufs folgen. Insgesamt geht es um rund 200 Arbeitsplätze.

Entsprechend einer Entscheidung der Aufsichtsräte der Kommunalen Wasserwirt-

schaft und der Leipziger Verkehrsbetriebe werden die unter dringendem Korruptionsverdacht stehenden Manager Heininger und Hanns nicht beurlaubt.

Im Haushaltplan-Entwurf der Stadt ist noch eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 10 Millionen Euro zu schließen.

November

Die modifizierte Südabkurvung vom Flughafen Halle/Leipzig, die Lärmentlastungen für Grünau und Rückmarsdorf bringen soll, verschlechtert die Situation u. a. für Lindenthal, Lützschena, Wahren, Möckern und Böhlitz-Ehrenberg. Das Bundesverfassungsgericht weist eine auf eine Verschärfung des Nachtflugverbots gerichtete Klage von Flughafen-Anwohnern zurück. Der Kläger-Rechtsanwalt erklärt, das Gericht habe die Brisanz einer verdeckten militärischen Nutzung des zivilen Flugplatzes verkannt.

Ein 10 Tonnen schweres Baugerüst an einem Wohnhaus in der Hermann-Liebmann-Straße / Ecke Ludwigstraße kippt wegen ungenügender Verankerung um.

Der Landesrechnungshof kritisiert, dass in das Wohnhaus Riemannstraße 52 eine Million Euro nicht gerechtfertigter Subventionen geflossen sind. Für die Sanierung und die Schaffung von 14 Sozialwohnungen erhielt die aus München stammende Rechtsanwältin Buchner-Hohner, die das Haus über eine ihr gehörende Firma gekauft hatte, von der Stadt bzw. vom Regierungspräsidium Städtebaufördermittel und Landesdenkmalsmittel, die weit über den Kosten liegen. Sie verkaufte die Wohnungen – mit Gewinn von 600 000 Euro – rechtswidrig weiter. Zudem wurde die Schaffung behindertengerechter Wohnungen, für die millionenschwere zinsverbilligte Kredite ausgereicht wurden, nicht realisiert. Der Rechnungshof fordert vom Innenministerium eine gründliche Prüfung mit dem Ziel, die Fördermittel zurückzuholen und von den Verantwortlichen Regress zu verlangen.

In Leipzig gibt es derzeit 25 Brücken, für die wegen Bauwerksmängeln Lastbeschränkungen angeordnet wurden.

Dezember

Obwohl das Leipziger Karstadt-Warenhaus zunächst von einer Schließung verschont bleibt, erscheint eine dauerhafte Rettung erst gesichert, nachdem im März oder April das Insolvenzverfahren abgeschlossen wird.

Statt die Pauliner-Aula im Neubau der Universität Leipzig mit ihrer Jubiläumsfeier einzuweihen, kann der Festakt zum 600-jährigen Bestehen der Alma mater wegen Verzugs am Bau nur auf einer provisorisch für die Feier hergerichteten Baustelle stattfinden. Die Aula ist erst im Rohbau fertig. Der Bauverzug beträgt mindestens ein Jahr. Der vorgesehene Universitätsball fällt aus.

Auf dem Weihnachtsmarkt wird ein Stand von der Scientology-Sekte betrieben. Von Käufern wird die Adresse verlangt, um Kontakt mit ihnen aufzunehmen. Eine Kennerin der Szene hatte die Stadtverwaltung bereits seit langem gewarnt.

Und das Jahr ist noch nicht zu Ende ...

Entdeckungen, Bauverzögerungen, Triumphales und ... Weihnachtsmusik

Eine Leipziger Konzertreise unterschiedlichster Art und Orte

Jedes Konzert der zweiten November- und der ersten Dezember-Hälfte hatte seine Besonderheiten. Eine großartige späte Entdeckung bereitete Jun Märkl mit dem Chor und dem Sinfonieorchester des MDR. Das in Leipzig (irrtümlich wie andere Spätwerke für weniger gelungen gehaltene) bisher negierte Requiem von Robert Schumann erklang im gut besuchten zweiten Matineekonzert und weckte tiefe Eindrücke. Schumanns durchaus persönliche Vertonung des lateinischen Textes gibt den Versen vom jüngsten Gericht weniger Raum. Dagegen erhalten mit zarten, ganz verinnerlichten Klängen die Worte des Trostes umso mehr Bedeutung. Wenige Tage später führten im (Warum nur?) mager besuchten dritten Rundfunkkonzert die gleichen Klangkörper unter Leitung von Howard Arman Schumanns selten in Leipzig zu hörendes Oratorium »Das Paradies und die Peri« auf. Für diese Geschichte von der gefallenen, den ins Paradies zurück führenden Weg suchenden Peri fand der Komponist ebenfalls seinen ganz eigenen musikalischen Ausdruck, der tief in das Seelenleben dieser zarten Gestalt eindringt.

Der britische Dirigent Christopher Hogwood kostete in seinem Gewandhaus-Gastspiel als Seltenheiten für Leipzig das Vorspiel zu Richard Strauss' letzter Oper »Capriccio« und die Suite der Schauspielmusik zu Molière/Hofmannsthals Komödie »Der Bürger als Edelmann« mit viel Sinn für die Feinheiten dieser Werke aus. Statt Niccolò Paganinis Violinkonzert D-Dur mit dem plötzlich erkrankten Christian Funke erklang Mozarts Prager Sinfonie und weckte ob der von Hogwood bedacht akzentuierten kühnen Harmonik Staunen.

Auch Sir André Previn und die großartig singende Felicity Lott erinnerten in einem

Gewandhauskonzert mit der Mondscheinsonate und dem »Capriccio«-Finale daran, dass da in der Oper Leipzig etwas nachzuholen bleibt. Als Neuheit dirigierte Previn vor der »Vierten« von Brahms den zum 100. Todestag dieses Meisters geschriebenen »Ersten Gesang für Orchester« von Wolfgang Rihm.

Mit großer Energie setzte sich der amerikanische Dirigent rumänischer Herkunft Lawrence Foster als Gewandhausgast für die 1914 vollendete zweite Sinfonie George Enescus ein – ein Werk, das mit seinem Ernst und seinen geballten Konflikten Gustav Mahler nahesteht.

Nach der triumphalen Ostasien-Reise des Gewandhausorchesters erlebte der erfolgsgewohnte Gewandhauschef Riccardo Chailly mit Beethovens »Pastorale« eine Überraschung: Der Beifall setzte erst nach mehreren auffordernden Gesten weniger jubelnd als sonst ein. An den schnellen, den Metronomvorgaben Beethovens entsprechenden Tempi kann es nicht gelegen haben. Die hatten auch Herbert Blomstedt und Roger Norrington für ihre Aufführungen dieser Sinfonie gewählt, aber mit der ihnen entsprechenden Spielweise. Riccardo Chailly favorisierte dagegen eine kompaktere Klanggebung. Zudem ließ er sich von seinem Temperament zu einem über ganze Teile gehetzt wirkenden Spiel drängen und erreichte im Ende auch keine richtige Schlusswirkung.

Von den für das 600-jährige Jubiläum geplanten Universitätsmusiken fielen zwar einige den Bauverzögerungen zum Opfer, doch mit den realisierten beeindruckten die Interpreten unter David Timms energischer Leitung nachhaltig. Gemeinsam mit dem Chor der Universität Sevilla führten der Leipziger Universitäts-

chor, das Mendelssohnorchester und Solisten in der Thomaskirche Giuseppe Verdis Requiem auf. David Timm betonte Verdis ausgesprochen musikdramatischen Umgang mit den das ganze Werk durchziehenden Textteilen vom jüngsten Gericht.

Am Gründungstag der Universität erklangen in Gemeinschaft mit dem Opernchor im Festakt und im Festkonzert am Abend unter Timms wiederum konzentrierter Leitung im provisorisch dazu eingerichteten, verholt »Paulinum - Aula/Universitätskirche St. Pauli« – genannten Raum als Uraufführung Bernd Frankes »Memoriam – Tempo e Tempi« und Felix Mendelssohn Bartholdys 1840 zum Gutenberg-Jubiläum komponierte Sinfonie-Kantate »Lobgesang«. Zum deutlich deklamierenden Chorsatz fügte Bernd Franke farbenreiche Orchesterklänge. Was unter den gegebenen Umständen möglich war, holte David Timm aus den Werken und Interpreten heraus. Bleibt auf eine gelungene Akustik im noch auszubauenden Gebäude zu hoffen.

Inzwischen haben längst die Weihnachtsmusiken mit Bachs Weihnachtsoratorium als Mittelpunkt begonnen. Einen, wenn nicht den Höhepunkt, schuf Thomaskantor Georg Christoph Biller mit den Thomanern und dem Gewandhausorchester mit der dreimaligen Gesamtauführung aller sechs Kantaten dieses populärsten Werkes von Bach. Es war bewundernswert, mit welcher Schönheit und Strahlkraft die Thomaner auch die Chöre der sechsten Kantate sangen. Neben Martin Petzold als stets beeindruckenden Evangelisten gestalteten am ersten Abend an Stelle von Dorothee Jansen die Thomaner Paul Bernewitz und Friedrich Praetorius die Solosopran-Partie mit erstaunlicher Sicherheit und Reinheit.

• WERNER WOLF

Galerie Schwind zeigt Willi Sitte

(D.M.) In Zusammenarbeit mit der Willi-Sitte-Stiftung für realistische Kunst Merseburg werden 40 Gemälde aus allen Schaffensperioden des seit 1947 in Halle (Saale) lebenden und arbeitenden Künstlers gezeigt.

Die frühen Gemälde von Willi Sitte, die für eine intensive Auseinandersetzung mit Picasso sprechen, hängen selbstbewusst neben seinen bekannten voluminösen, berausenden Akten. Ins Abstrakte hinein reicht der »Gruß zum Weltjugendtreffen« (1950). Dagegen wirkt sein »Frauenraub« aus dem Jahr 1953 (siehe Foto) wie ein Reflex auf ein gleichnamiges Gemälde von Lovis Corinth. Mit dem »Badenden Akt« (1965) und »Akte in der Brandung« (1972) wird es vertrauter. Bissig und doppelbödig erscheint auch heute noch sein mit Orden behängter Genießer »Am kalten Buffet« aus dem Jahr 1974.



Eine wunderbare Ausstellung, nur noch bis 23. Dezember 2009 zu sehen in der Galerie Schwind, Springerstraße 5, Leipzig, Di-Fr 10-18 Uhr, Sa 10-14 Uhr

(Foto: Galerie Schwind)

Tanz und Märchen zum Jahresende – zur Freude der Besucher



Foto: Birkigt

Originell und etwas anders: »Aschenputtel« in der Musikalischen Komödie

Sowohl das Leipziger Opernhaus als auch die Musikalische Komödie warteten im November mit Ballett-Premieren auf. Im Opernhaus schloss das Leipziger Ballett sein Strawinsky-Projekt mit dem dritten Teil ab.

Bei der Uraufführung »Der Gesang der Nachtigall« (Le Chant di Rossignol) nach des Komponisten gleichnamigen sinfonischem Poem zeichnet der Stuttgarter Ballettdirektor Marco Goecke nicht nur für die Choreographie, sondern auch für Bühne, Kostüme und Licht verantwortlich. Er setzt diesen Gesang auf dunkler Bühne vorwiegend mit den verschiedenartigsten, zunächst, aber nicht unbedingt auf Dauer faszinierenden Hand- und Fingerzeichen um. Eine fabelhafte Leistung der neun Tänzerinnen und Tänzer.

Es folgen – sozusagen als Intermezzi – die eigenwillige Umsetzung des Concertos in D als »Der Käfig« (The Cage) von Jerome Robbins und das etwas verspielte »Duo concertant« von George Balanchine, bevor der Abend mit dem musikalisch einzigartigen »Das Frühlingsopfer« (Le

Sacre du Printemps) in der raumgreifenden, von Bronwen Curry einstudierten Choreographie von Glen Tetley mit fast 30 Tänzern seinen Höhepunkt erreicht. Umsichtig bewältigt das Gewandhausorchester seine komplizierten Aufgaben. Die Musikalische Komödie besann sich auf die einzige direkt für ein Ballett geschriebene Musik von Johann Strauß und fügte noch zwei Ouvertüren von Gioacchino Rossini ein. Der Ballettmeister Mirko Mahr erzählt mit dem MuKo-Ballett die Geschichte von »Aschenputtel« zur Freude aller kleinen und großen Kinder höchst originell auf eine etwas andere Art.

• W. W.

**»Aschenputtel« in der MuKo
Noch bis Ende Januar
zu folgenden Terminen:
Am 22. und 29. Dezember
sowie am 12., 26. und 27. Januar**

Armer



Foto: Arnold

Tschechow!

Leipzig ist ein schwieriges Pflaster für Tschechow, dies musste schon Wolfgang Engel feststellen, als er »Onkel Wanja« (Regie: Markus Dietz) und »Drei Schwestern« (Regie: Antoine Uitdehaag) auf die Bühne brachte. Wenig Interesse sorgte damals für die Streichung des geplanten »Kirschgartens«. Jetzt hat Sebastian Hartmann die Chance, mit dem Stück die Zuschauer anzuregen oder aufzuregen. Anton Tschechow (1860-1904) verlegte 1898 wegen der sich verschlimmernden Lungentuberkulose seinen Wohnsitz von Melichowo nach Jalta. Dort schrieb er die Tragikomödie »Der Kirschgarten«, die von einem romantischen Gärtchen und seinem Völkchen handelt: Schuldner, Geschäftemacher, Müßiggänger und Revolutionäre.

»In dem Maße, wie sich die Atmosphäre verdichtete und die Revolution näherrückte, wurde Tschechow immer entschiedener ... Wer denn sonst, wenn nicht er, begann den herrlichen blühenden Kirschgarten abzuholzen, weil er erkannt hatte, dass seine Zeit vorüber war, dass das alte Leben unwiderruflich für den Abbruch bestimmt war«, so einst Stanislawski. Regisseur Sebastian Hartmann warnt das geneigte Publikum bereits im Foyer, dass es wegen einer Schießerei laut würde und man sich um die Ohrstöpsel bemühen solle. Das unguete Gefühl wird beim Blick auf den

Programmzettel bestätigt, wo eine Rollenverteilung der Schauspieler fehlt. Hartmann und sein Dramaturg Uwe Bautz langweilen mit Improvisationen. Witzig ist ja noch der rote LADA, mit dem die Meute in den Kirschgarten fährt. Nicht nur, dass es stellenweise an der Textverständlichkeit mangelt, es fehlt auch an einer »Fahrspur«. Der bereits im Programmzettel angedeutete Streit zwischen Tschechow und Stanislawski, ob es sich bei diesem Stück um eine Komödie oder Tragödie handelt, wird von Hartmann mit Slapstick beantwortet. Unpassender geht es nicht. Die wunderbare Sprache des Stückes wird niedergemacht. Die platte »Teebeutel-Szene«, wo ein Schauspieler mit seinem Morgentee spricht, oder die Schreie im LADA zeugen von der Infantilität des Konzepts.

Tiefe bekommt der Abend in der Stille, wo sich Protagonisten erklären und dem Spaß entkommen. Nach der Pause, die Reihen haben sich bereits gelichtet, geht die Schießerei los: Cowboy- und Indianer-Phantasien werden bedient. Später fliegt noch ein hochhackiger Schuh ins Publikum. Das Ensemble um Thomas Lawinky – trotzdem erstaunlich ruhig – gibt sich Mühe, mehr aber auch nicht. So einen Abend haben der große russische Autor und wir nicht verdient. Armer Tschechow, armes Publikum.

• D. M.

Alfred Hrdlicka ist tot



A. Hrdlicka (links) am 16.6.2007 auf dem Gründungsparteitag der Linken

Foto: Fiebelkorn

Ein Nachschrei von Hartmut Barth-Engelbart

Lieber Alfred,

das Hemd werde ich mir nicht zerreißen und keine Asche auf dem Haupt verstreuen, Trauer zeigen, mich vor deinen Steinen still verneigen? Ja, doch zu weinen werde ich mich scheuen. Aber ich verspreche Dir, ich werd' mir weiterhin den Kopf zerbrechen und schreiben, so wie du gehauen hast.

Ich wollte Dich besuchen und Deine Steine mit Wut und Zorn und Energie beschreiben.

Dein letztes Interview in dieser ZEIT hat mir nochmal gezeigt, wie engverwand sind meine Kladden mit Deinen Rohlingen, der Bleistift vor dem leeren Blatt, die Tastatur vor meinem Monitor mit Deinem Meißel.

Rohlinge, arbeiten, bearbeiten bis zum physischen und nicht politischen Umfallen. Mit Steinen hatte ich es nur sehr selten, auch nicht zum Werfen, weil die so und so die Richtigen nicht und nur die Falschen treffen. Ich wollte Stichwörter liefern und habe es getan. Den Leuten ihre abgegebenen und abgenommenen Stimmen zurückgeben, ihnen meine leihen, bis sie die eigne wieder finden und erheben können.

Jetzt bist Du gegangen – aber Du hast uns nicht verlassen.

Nur hätte ich so gern von Dir dazugelernt, wie man nicht nur die Worte meißelt.

Wie man mit Stein und Eisen: Ausbeutung, Unterdrückung, Unrecht geißelt ...

Alfred Hrdlicka wird am 19.12. auf dem Wiener Zentralfriedhof beigesetzt und auf eigenen Wunsch im Grab seiner Frau die letzte Ruhe finden.

Stollen – Vom Fastengebäck zum Exportschlager

Sie ist das bekannteste Backwerk Sachsens. Weit über die Grenzen des sächsischen Stollenlandes hinaus erfreut sich das köstliche Gebäck großer Beliebtheit und ist wie Glühwein, Gänsebraten und Lebkuchen aus der Weihnachtszeit nicht wegzudenken.

Es mag verwunderlich erscheinen, dass der heute mit zahlreichen Zutaten gebackene, kalorienhaltige Stollen ursprünglich ein Fastengebäck war. Nur aus Wasser, Hefe, einfachem Mehl, und etwas Rübenöl bestehend, wurde er in den klösterlichen Backstuben des Mittelalters von Mönchen angefertigt und diente diesen während der Fastenzeit als Nahrung.

Im Laufe der Jahrhunderte bildete sich aus dem mittelalterlichen Stollen eine kulinarische Spezialität heraus, die heutzutage weltweit Liebhaber hat. Der Stollen ist zu einem wahren sächsischen Exportschlager geworden. Zehntausende der gehaltvollen Gebäcke verlassen Jahr für Jahr die Öfen in alle Himmelsrichtungen. Viele treten sogar die Reise über Ozeane bis nach Australien, Amerika und Japan an. Das ursprüngliche trockene Fastengebäck würde sich dabei wohl kaum verkaufen lassen, zu sehr sind unsere Gaumen von süßem Zucker, guter Butter und hochwertigem Mehl sowie den unterschiedlichsten Gewürzen verwöhnt. Bis in den Kreml hat es das Backwerk geschafft. Dort steht die Spezialität in der

Kantine als »Sächsisches Früchtebrot« im Angebot. Der Stollen wird allerdings nicht von Deutschland aus angeliefert, sondern erblickt in der Stadt an der Moskwa das Licht der Welt. Seit 2004 gibt es eine Filiale eines Original Dresdner Stollenbäckers in Moskau. Dass der ehemalige russische Präsident Wladimir Putin, der als KGB-Mann einige Jahre in Dresden verbrachte, schon vom "sächsischen Früchtebrot" genascht hat, ist zu vermuten.

Auf das Abenteuer, Stollen im Ausland zu backen, ließ sich auch ein Lübecker Bäcker ein. Als er 1998 in Peking eine Bäckerei eröffnete, musste ein Übersetzer erst einmal ein chinesisches Wort für die Marzipanstolle kreieren. »Traditioneller Kuchen mit Mandelgeschmack und gelbem Butteröl, der zu Weihnachten gegessen wird« kam zwölf Schriftzeichen später heraus.

Dass der Stollen längst in der globalisierten Welt angekommen ist, wurde nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 deutlich. »Christstollen unter Verdacht: Anthrax oder Puderzucker?« lautete der Vorwurf. Statt der üblichen süßen Zutat könne ja Milzbrand-Pulver den Stollen bedecken, befürchtete die Regierung in Washington und stellte die importierte Ware unter argwöhnische Beobachtung US-amerikanischer Sicherheitsleute. Im



Da hatte der Bäckerbursche Pech und produzierte »Schneestollen«.

schlimmsten Fall drohte, nach dem Bio-terrorismus-Gesetz der US-Regierung, welches die Lebensmitteleinfuhr kontrolliert, die Sprengung des Stollenkartons. Das führte bei der stollenverschickenden deutschen Bäckerei zu großen Schwierigkeiten. Dank mancher Ausnahmeregelungen erreichen aber nach wie vor Tausende der Weihnachtsgebäcke ihre Liebhaber von New York bis San Francisco.

Was alles bei einer Weinverkostung passieren kann, davon zeugt das wohl ungewöhnlichste Stollenprodukt: Christstollen in Likörform. Der Erzählung nach philosophierten drei gestandene Herren, darunter auch Georg Prinz zur Lippe, bei einer Weinverkostung. Der Rebensaft machte hungrig und man aß ein Stück Stollen. Die Aromen von Wein und Stollen müssen sich so gut vertragen haben, dass schon bald die Frage im Raum stand, wie es denn wohl mit einem Brand oder Likör aus Stollen wäre? Gedacht, getan. Doch bedurfte es einiger Versuche, bis ein genießbares Produkt zum Vorschein kam und die Rezeptur feststand. Mit Alkohol extrahiert man die zum Backen des Stollens verwendeten Zutaten und bildet als Auszug den Grundstoff für den 25-prozentigen Likör. Eine alte Regel sollte man aber beim Verzehr des Stollens, ob nun als Likör oder als Backwerk, beachten: nicht mehr als drei Scheiben oder Gläser Stollen auf einmal verzehren. Das verdirbt den Geschmack, mit ein wenig Pech auch den Magen, auf jeden Fall aber die Figur.

• MICHAEL SCHULZE

Von unserem Autor zum Nachschmecken: Stollen. Geschichte und Gegenwart eines Weihnachtsgebäcks. Lehmsiedt-Verlag. Leipzig 2009, 65 S., zahlreiche hist. Abb., 9,90 Euro.

»Eine eingeeengte Weltsicht würde sich bitter rächen«

Der zehnte und letzte Band der Schriften Willy Brandts (Berliner Ausgabe) enthält 84 Dokumente aus den Jahren 1982 bis 1992 zu den Themen »Gemeinsame Sicherheit und deutsche Einheit«, von denen die meisten bisher nicht veröffentlicht wurden. Sie widerspiegeln im Agieren von Willy Brandt die Dramatik um den Erhalt des Friedens in der Welt, der insbesondere in der ersten Hälfte der 80er Jahre durch die Spannungen zwischen den USA und der UdSSR und dem damit verbundenen Wettrüsten latent aufs Gefährlichste bedroht war.

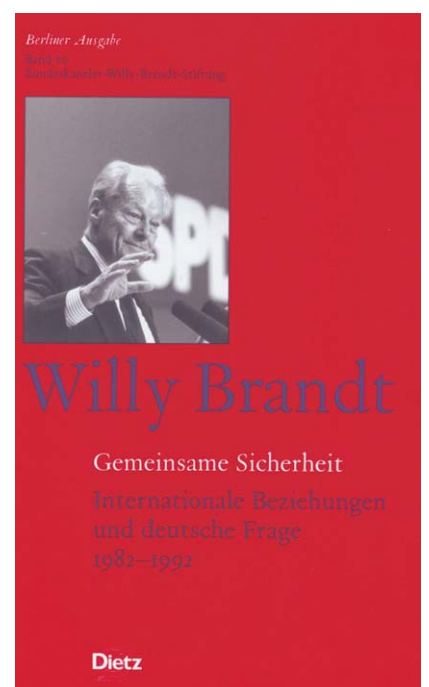
Da sind zum einen die Auseinandersetzungen in der SPD um den NATO-Doppelbeschluss, der in hohem Maße auf Helmut Schmidt zurückging und nicht Willy Brandts Zustimmung erfuhr. Seine kritische Distanz zur Hochrüstungspolitik der Reagan-Administration, die er für »einen gefährlichen Irrweg« hielt, begründete er klar und eindeutig in seinem Vortrag am 24. April 1985 bei dem renommierten Council on Foreign Relations in New York: »Es ist für mich unverständlich, warum die Konkurrenz ausgerechnet dort gesucht wird, wo sie am gefährlichsten ist: auf dem Gebiet der Waffen, während wir die Sowjetunion auf den Gebieten der Wirtschaft, der Gesellschaft, unserer Vorstellung von den Werten der einzelnen Menschen nicht angemessen herausfordern.« Er war eindeutig der Meinung, wie er im September 1983 sagte, dass es dem Westen »nicht gelingen werde, das kommunistische System von außen zu stürzen«. Vielmehr wird »das im historischen Prozess aus anderen Gründen geschehen, aber nicht als Ergebnis von militärischem Druck«. Diese seine Grundposition, die Doktrin der militärischen Abschreckung zu überwinden, verband er eng mit seinem Eintreten für ein Konzept der gemeinsa-

men Sicherheit, die eine europäische Friedensordnung einschließt – als einzige Alternative im Zeitalter atomarer Waffen. Aus dieser prinzipiellen Sicht betrieb Willy Brandt die von ihm mit Egon Bahr verfolgte »Neue Ostpolitik«, die Maßnahmen zur gegenseitigen Vertrauensbildung zwischen NATO und Warschauer Vertrag einschloss. Hierin sind auch die von Willy Brandt verfolgten Parteikontakte zwischen SPD und SED eingeordnet, die sich, wie dazu veröffentlichte Dokumente belegen, beiderseitig sachlich und ergebnisreich vollzogen. Im Laufe der achtziger Jahre entstand, angeregt durch deren Beziehungen, ein regelrechter »Polititourismus« in die DDR, an dem sich führende Bundes- und Landespolitiker aller Parteien beteiligten. Als Willy Brandt 1985 die DDR besuchte, eröffnete Erich Honecker die erste Unterredung mit einer ausdrücklichen Würdigung seines Gastes: »In der DDR werde (wird) W. Brandts persönlicher Anteil am Zustandekommen des europäischen Vertragswerkes und des Entspannungsprozesses der 70er Jahre hoch geachtet und nicht vergessen.« Uneinig blieb man bis zuletzt in der Frage der Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die BRD.

Nicht minder aufschlussreich sind die Beziehungen zwischen SPD und KPdSU. In seiner Bonner Rede am 21. Oktober 1982 beim deutsch-sowjetischen Expertengespräch über europäische Sicherheit brachte er seine tiefe Sorge darüber zum Ausdruck, dass die Welt in Gefahr ist, »sich zu Tode zu rüsten« und seine größte Sorge der Gefahr einer nuklearen Konfrontation gilt. Diese bereits in der Breschnew-Ära begonnenen Gespräche, führten später zu einem besonders intensiven Gedankenaustausch mit

Michael Gorbatschow. Hierzu werden erstmals Briefe der beiden Spitzenpolitiker und längere Auszüge aus den Protokollen ihrer Unterredungen publiziert. Anders als mancher seiner Parteifreunde lehnte Willy Brandt Kohls Zehn-Punkte-Programm zur Einheit Deutschlands nicht ab. Er habe mit Kohl darüber gesprochen und darauf verwiesen, was aus der Sicht seiner Partei unbedingt hinzugefügt werden müsse – vor allem die Anerkennung der polnischen Westgrenze. Der Sinneswandel, der sich diesbezüglich in der SPD insgesamt vollzog, dokumentierte am 3. Dezember 1989 eine Erklärung der Partei zur deutschen Frage. Die SPD plädierte nun für die Einheit der Nation, die von beiden Seiten gleichberechtigt gestaltet werden sollte. Von einem Weiterbestehen einer reformierten DDR war keine Rede mehr. Dergleichen war in der Rede Willy Brandts auf dem Berliner Parteitag der SPD vom 18.-20. Dezember 1989 vernehmbar. Seine Polemik richtete sich ohne Namensnennung gegen die, die den nationalen Weg ablehnten. Zu ihnen gehörten Günter Grass und insbesondere Oskar Lafontaine, für den die soziale Gerechtigkeit in der DDR und in der BRD Vorrang vor der staatlichen Ordnung hatte. Das von Willy Brandt prognostizierte Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1989, dass die SPD mit deutlichem Abstand stärkste Partei werden würde, erwies sich jedoch als Trugschluss.

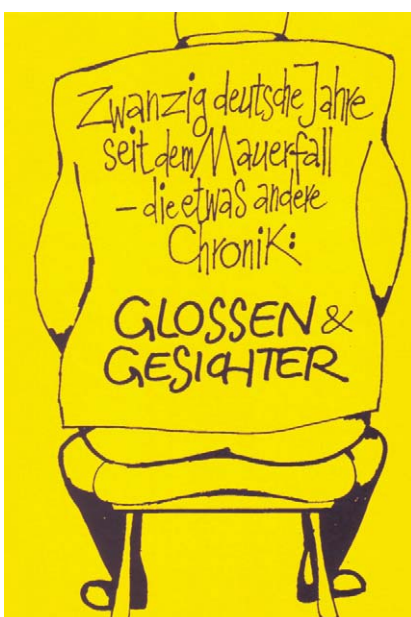
Willy Brandts letzten Worte im vorliegenden Band, gesprochen am 4. Mai 1992 vor Sozialdemokraten in Luxemburg, schließen auch diesen Text, der nicht die gesamte Vielfalt der Dokumentation behandeln konnte, ab: »Offenheit, Verständnis und Hilfsbereitschaft werden sich auszahlen. Eine eingeeengte Weltsicht



würde sich dagegen bitter rächen. Mir liegt sehr daran, auch dieses Element gemeinsamer europäischer Orientierung nicht zu kurz kommen zu lassen.« Fürwahr! Ein sehr ausführliches Vorwort der Herausgeber gibt dem Leser einen ausgezeichneten Einblick in die Vielfältigkeit des Bandes, der über einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat verfügt.

• KURT SCHNEIDER

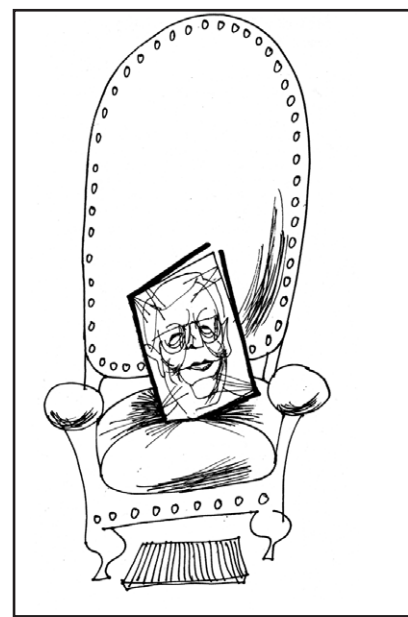
Willy Brandt: Berliner Ausgabe, Bd. 10. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992. Bearbeitet von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2009. 735 Seiten, 27,60 Euro



Hauptsache kopflos



Noch nie hat »Leipzigs Neue« die Rückseite eines Buches abgebildet, aber diese von Karikaturist Harald Kretzschmar und Feuilletonist Hans-Dieter Schütt kopflos durcheinander geschüttelten »Gesichter und Ereignisse« kann man auch so genießen und zwar mit Kopf und Herz und Verstand, und womit Sie sonst noch gern möchten. Darum »entzückte« mich auch dieser »schöne Rücken«.



Wir lesen jetzt eine Stelle ziemlich zu Beginn, ich zitiere: Heiner Müller hörte geduldig zu, wie Friedrich Schorlemmer über die Folgen des Mauerfalls sprach: »Da gab es plötzlich mehr Verkehrstote, die Selbstmordquote stieg sprunghaft an, viele hatten keine Arbeit mehr und begannen zu trinken ...« Da unterbrach ihn Heiner Müller: »Aber es gab auch Nachteile.«



Dieses Buch macht auf sehr intelligente Art politiksüchtig, durch Text und Karikatur. Natürlich kann ich mir ersparen, dass über meinen Zeilen Sabine Christiansen, Bernhard Vogel und Volker Braun karikiert wurden. Alles klar? Es gibt noch bedeutend mehr zu entdecken ... mit Köpfchen.

• MILZO

Hauptsache kopflos; Karl Dietz Verlag Berlin, 2009; 223 S. 16,90 Euro

Schon als Schüler den künftigen Beruf im Blick

Irene Markov, die Witwe des 1993 verstorbenen Historikers von Weltruf, übermittelte ihre Absicht, dessen nachgelassene Autobiographie herauszugeben, dem namhaften Verleger Elmar Faber. Dieser teilte ihre Meinung und anlässlich des 100. Geburtstags von Walter Markov lag das nachgelassene Manuskript als Buch vor. Auch jene, die mit seinem Werk und Leben vertraut sind, erfahren darin viel Neues.

Eine »HAUSPOSTILLE« beginnt mit den Vorfahren seines slowenischen Vaters, der in Graz die Interessen des Deutschen Kalisyndikats vertrat sowie seiner energischen Mutter, die als Wienerin sächsischer Herkunft eine begabte Sprachlehrerin wurde und seine schulische Entwicklung förderte. Walter kam am 5.11.1909 in Graz zur Welt. Hier sowie in Slowenien und Serbien erfolgte auch in den nationalen Unterrichtssprachen seine schulische Ausbildung. Noch wichtiger für den künftigen Universalhistoriker erwies sich, dass er im ersten Weltkrieg und unter seinen Folgen in zwei multinationalen Staatsgebilden aufwuchs: In der Habsburgermonarchie und nach deren Untergang 1918 im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Geschichte, die er hier erlebte, erweckte mit der wachsenden Kenntnis schon im Zehnjährigen den Wunsch, Geschichte zu studieren. Besonders beeindruckte ihn der Kampf Hannibals gegen Rom.

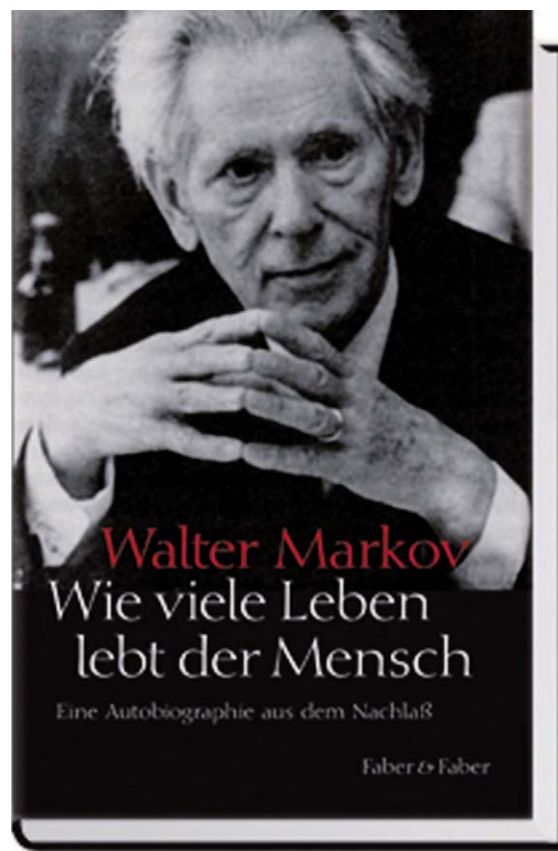
Ironisch wird mit »GAUDEAMUS IGITUR« der Lebensabschnitt überschrieben, in den er 1927 eintrat. Sofort nach dem Abitur nahm er zuerst an der Universität Leipzig das Studium der Geschichte auf. Einen Nachhall ihres einstigen Weltrufs meinte er noch bei den Historikern Brandenburg und Götz zu finden. Deren Geschichtsauffassung lehnte Markov, der sich bereits dem Marxismus zuzuwenden begann, jedoch ab. Über Berlin, wo er bei dem Osteuropahistoriker Hoetzsch, der mit der sowjetischen Geschichtswissenschaft kooperierte, und bei dem marxistischen Althistoriker Rosenberg studierte, führte ihn der Weg nach Bonn zum Universalhistoriker Fritz Kern.

Unter der Überschrift »DIE ILLEGALEN« geht er auf die Jahre 1933-1945 ein. Die Machtübertragung an die NSDAP beantwortete er mit dem Eintritt in die KPD und der Gründung ihrer »Gruppe Universität«. Diese entfaltete den antifaschistischen Widerstand. Prof. Kern, ein antinazistischer Liberaler, wusste dies und forderte Markov auf, rasch zu promovieren. Das erfolgte 1934 mit dem Thema »Serbien zwischen Österreich und Rußland 1897-1908«. Doch bereits 1935 wurde seine Gruppe verraten. Dieser Verrat, der Prozess und seine Verurteilung zu 12 Jahren Zuchthaus wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« werden relativ knapp behandelt. Im Zuchthaus Sie-

burg fand er Verbindung zu den anderen antifaschistischen Gefangenen, mit denen er einen Aufstand vorbereitete. Dieser wurde von ihm ausgelöst, als sich amerikanische Truppen dem Zuchthaus näherten. Nach Entwaffnung der Zuchthauswächter, empfing er eine amerikanische Einheit als Sprecher eines antifaschistischen Komitees vor dem Zuchthaus.

Unter »AKTIVA DER ERSTEN STUNDE« werden wesentliche Ereignisse und Entwicklungen von Bonn 1945 bis Leipzig 1949 geschildert: Das gilt für den Einsatz als aktives Mitglied der KPD in Bonn, wo ihn der spätere Vorsitzende der DKP Kurt Bachmann als ständigen Funktionär gewinnen wollte. Doch er strebte danach, vor allem als Historiker wirksam zu werden. Dafür bot ihm aber die Bonner Universität keine Möglichkeit. So folgte er der Einladung zu einer Historiker-Konferenz, die im Mai 1946 in Berlin stattfand. Nach einem Referat von Anton Ackermann beendete er ein peinliches Schweigen durch einen Diskussionsbeitrag, der solchen Anklang fand, dass ihm der Leipziger Rektor und der Greifswalder Dekan Berufungen antrugen. Er wählte Leipzig, wo er zunächst eine Assistentenstelle und Lehraufträge erhielt, die er nicht nur in Leipzig, sondern auch an der Universität Halle mit großem Erfolg wahrnahm. Seine Themen reichten von der Russischen Geschichte bis zu einer umfassenden Geschichte der Revolutionen. Nach dem Übertritt von der KPD zur SED erfüllte er als Mitglied ihrer Leitung in Sachsen zugleich eine Fülle kulturpolitischer Aufgaben. Nach erfolgter Habilitation zum Thema »Grundzüge der Balkan-Diplomatie. Ein Beitrag zur Geschichte der Abhängigkeitsverhältnisse« wurde Markov 1949 Ordentlicher Professor und Direktor des »Instituts für Kultur- und Universalgeschichte«. Mit der Formulierung: »Es war der erste Lehrstuhl für Geschichte, an dem in Deutschland der historische Materialismus gelehrt wurde, doch bei uns in Leipzig der letzte, den ein 'Parteiloser' innehatte!«, zielte er auf seinen skandalösen Ausschluss aus der SED 1951, den erst die SED/PDS aufhob. Zugleich bekannte er sich als »parteiloser Bolschewik«. Es folgt eine ausführliche Schilderung seiner bisherigen Parteilinie, die »an erster Stelle« gestanden habe sowie die Charakteristik von Parteifunktionären und Wissenschaftlern. Besonders fühlte er sich mit der Gewissheit in Leipzig verbunden und seine Vorlesungstätigkeit betrachtete er »als politische Aufgabe«.

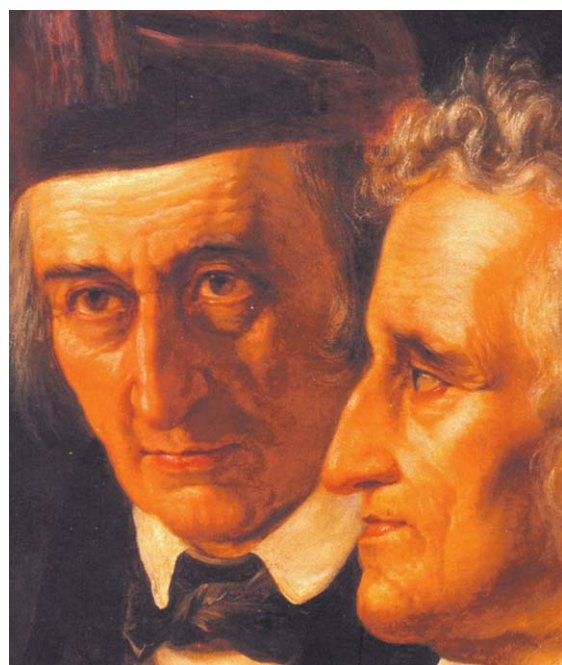
Andere Erinnerungen an die Jahre bis 1949 finden sich unter der Überschrift »Nestbau«. Als Enddreißiger ging er generalstabsmäßig ... auf Suche



nach der Mutter seiner »Kinder«. Er fand sie in Irene Bönninger, der Schwester eines Bonner Genossen, die zum Studium nach Leipzig kam. Aus ihrer Ehe gingen fünf Kinder hervor. Der letzte große Abschnitt »KALENDERBLÄTTER« ist vornehmlich der Familie, der Teilnahme an Weltkongressen u.a. internationalen Ereignissen, der illegalen Reise als persona non grata nach Paris 1957, um den Zugang zu den Quellen für sein Werk über Jacques Roux zu gewinnen, dem »Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung« an der KMU Leipzig und der bewegenden Schilderung einer »Rückreise in die Kindheit« gewidmet. Zu vermerken ist, dass im Personenregister nicht alle im Text genannten Personen zu finden sind.

• WERNER BERTHOLD

Walter Markov: *Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß*, Faber & Faber, Leipzig 2009, 398 S., 19,90 Euro



Es waren einmal

... zwei Märchensammler, die bis heute fast jedem Kind bekannt sind. Unzertrennlich waren Jacob und Wilhelm Grimm, sie unternahmen wahrlich fast alles gemeinsam. »Wir wollen uns einmal nie trennen«, versprachen sie sich gegenseitig als Studenten – selbst nach Wilhelms Heirat wohnten sie weiterhin zusammen unter einem Dach. Soweit die Lebenswirklichkeit und nicht das »Märchenhafte«, das die beiden seit jeher beschäftigte. Gerade zur rechten Zeit gibt es jetzt eine Anekdotensammlung über die Brüder – oft auch Gebrüder genannt –, die sich in aller Stille, aber auch hörbar hervorragend zum (Vor)Lesen im Kerzenschein eignet. Jeder der sich dafür interessiert, erfährt etwas darüber, warum Jacobs Frisur zu einem gesellschaftlichen Gesprächsthema wurde, welcher einzig große Irrtum Wilhelm Grimm als Sprachforscher unterlief, und wie ihre große einmalige Märchensammlung entstand. Ruth Oelze hat recherchiert, gesammelt und notiert. Von »A« wie es sich für ein Anekdotenbändchen gehört

bis »Z« wie Zwischentür.

Warum diese »Zwischentür« von den Brüdern nicht etwa genutzt, sondern mit Möbeln verstellt wurde, das ist schon eine Erklärung wert.

Unter »Y« gibt es beispielsweise eine Erläuterung, seit wann der »Yankee« ein Spottnamen für US-Amerikaner in Deutschland ist.

Genug der Aufzählung, denn eine solche Vorwahl tut dem damit notwendigerweise »Ausgelassenen« Unrecht, denn keine der oft sehr kurzen aber lebensklugen Anekdoten sollte beim Lesen ausgelassen werden. Das Büchlein ist dünn und somit im besten Sinne des Wortes »kurzweilig«. Und wenn sie nicht gestorben sind ..., lautet eine der bekanntesten Sprachwendungen. Die Brüder Grimm sind es schon längst und »leben« noch immer. Buch, sei Dank!

• MIZO

Und wenn sie nicht gestorben sind
Eulenspiegel-Verlag, Berlin 2009,
127 S., 10,20 Euro

Das Trauerspiel von Afghanistan

Theodor Fontane

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält.
»Wer da!« – »Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.«

»Afghanistan!« er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

»Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann,
Soldaten, Führer, Weib und Kind
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.«

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,
Sir Robert sprach: »Der Schnee fällt dicht,
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So laßt sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter, blast in die Nacht hinaus!«

Da huben sie an und sie wurden's nicht müd',
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,
Sie bliesen - es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,
Vernichtet ist das ganze Heer,
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.

Fontane: Gedichte [Ausgabe 1898].
Deutsche Literatur von Lessing bis Kafka, S. 12801

Vor 30 Jahren: Sowjetische Truppen in Afghanistan

Am zweiten Weihnachtsfeiertag 1979 erfuhr die überraschte Weltöffentlichkeit, dass sowjetische Truppenverbände in das benachbarte Afghanistan einrückten. Ein Land mit einer bewegten Geschichte – eigentlich bis dahin eher am Rande des Weltgeschehens – rückte plötzlich ins Zentrum des aktuellen Geschehens, und zwar mit weitreichenden Folgen.

Nach zwei Kriegen gegen die britischen Kolonialherren (1838–1842 und 1878–1888) mussten diese von dort weichen und Afghanistan wurde zum Pufferstaat zwischen Russland und Britisch Indien. In einem durch eine Stammesgesellschaft geprägten System wurde 1921 formell die staatliche Unabhängigkeit hergestellt. In beiden Weltkriegen blieb das Land neutral. 1955 nahm Afghanistan an der asiatisch afrikanischen Solidaritätskonferenz in Bandung teil und erneuerte im gleichen Jahr einen sowjetisch afghanischen Vertrag über Neutralität und gegenseitigen Nichtangriff.

Bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts waren die Afghanen ein Volk von Armen, Analphabeten und Geknechteten. Ein anachronistisches Herrschaftssystem von Stammeshäuptlingen und eine fast ohnmächtige Zentralregierung waren für den Zustand des Landes kennzeichnend. Der König wurde 1973 durch ein republikanisches Regime gestürzt. Es hatte sich die Volksrepublikanische Partei Afghanistans (VDPA) gebildet und eine erfolgreiche Entwicklung hätte die Lage in der Region dramatisch verändern können. Nach einer Revolution im April 1978 intensivierte sich die Gegenaktionen - vor allem auch von außen. In der VDPA wirkten sehr unterschiedliche Kräfte, die sich in der Folgezeit gegenseitig bekämpften und sogar physisch vernichteten. Ihr erster Premierminister, N. M. Taraki, schloss im Dezember 1978 einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion ab. (Der König hatte 1921 einen ähnlichen Vertrag abgeschlossen.)

Die geostrategische Lage Afghanistans ließ in der Zeit des kalten Krieges



Entsetzen über ein zerstörtes Dorf in den 1980er Jahren Foto: LN-Archiv

keine ruhige Entwicklung zu. Schon vom Herbst 1978 an war in der USA-Presse die Rede von einem Volkskrieg gegen die Regierung Taraki, sogar schon von »Moskaus Vietnam«. Der Bereitwilligkeit Pakistans zum Aufbau einer Gegenstreitmacht wurde weidlich nachgeholfen. Sondereinsatzgruppen der CIA koordinierten Geld und Waffenströme. Ganz aktiv war dabei der Spezialist für solche Fälle, US-Präsidentenberater Z. Brzezinski. Im Gefolge innerer Kämpfe in der VDPA wurde am 9. Oktober 1979 Taraki ermordet und Idi Amin neuer Präsident. Nach drei Monaten wurde auch er ermordet und Babrak Kamal dessen Nachfolger. Kamal veröffentlichte sogleich eine Erklärung und erbat Hilfe durch die sowjetische Regierung.

Die Sowjetregierung kam nicht leichtfertig zu dem Entschluss, Truppen in Marsch zu setzen. Zu deutlich war die Absicht der USA (Brzezinski), die Sowjetunion in einen zermürbenden Konflikt zu locken. Kurz vor dem Einmarsch hatten die Mehrheit des KPdSU Politbüros und die meisten Militärs dieses Abenteuer abgelehnt. Letztlich gab offenkundig die Sorge um die Bedrohung an der Südflanke den Ausschlag. Nun war im Kalten Krieg wieder ein heißer entflammt, der tatsächlich zum Vietnam der Sowjetunion wurde. Als in dem mit modernsten Waffen geführten Zer-

mürbungskrieg ab 1986 die Taliban von den USA mit Stinger Raketen ausgerüstet wurden, konnte auch dem Hubschraubereinsatz wirksam begegnet werden. Nach einem im April 1986 zwischen Afghanistan und Pakistan einerseits und den USA und der Sowjetunion als Garantmächten andererseits abgeschlossenen Abkommen mussten die sowjetischen Truppen faktisch geschlagen abziehen.

Peter Scholl Latour bemerkte 2007: »Die russische Generalität mag mit grimmiger Genugtuung beobachten, wie das westliche Bündnis sich heute in eine ähnliche Situation verfängt wie sowjetische Soldaten vor dreißig Jahren.«

Der derzeitige Afghanistan-Krieg dauert schon länger als der Zweite Weltkrieg. Es ist deutlich: In der Phase asymmetrischer Kriege kommt der waffentechnischen Überlegenheit nur begrenzte Bedeutung zu. Die USA sind an ihre Grenzen gestoßen und ihre NATO-Satelliten, darunter auch Deutschland, müssen das moralische und politische Fiasko mit ausbaden, wenn sie nicht endlich auf Abzug ihrer Soldaten aus diesem Land drängen. Einer Stammesgesellschaft kann man kein westliches Gesellschaftsmodell überstülpen – jetzt nicht und auch künftig nicht.

• WINFRIED STEFFEN

Anzeige

Das Wahlkreisbüro von MdL Dr. Dietmar Pellmann

wünscht allen Leserinnen und Lesern
von LN ein friedliches Weihnachten
sowie einen erfolgreichen Start
ins Jahr 2010.

Zugleich bedanken wir uns für die gute
und konstruktive Zusammenarbeit
im Jahr 2009.

Dr. Dietmar Pellmann
Andreas Halle

DIE LINKE.

UNO gegen Diskriminierung der Frau

Vor 30 Jahren, am 18. Dezember 1979, beschloss die UNO eine Konvention zur Überwindung der Diskriminierung der Frau. Grundsätzlich wurde festgestellt, dass die Diskriminierung der Frau die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung der Menschenwürde verletzt, die Frauen daran hindern, unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen. Die Vertragsstaaten bekundeten, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, einschließlich gesetzlicher Festlegungen, damit die Frau »die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt mit dem Mann ausü-

ben und genießen kann.«

Das Übereinkommen hob das Recht der Frau hervor, im politischen und öffentlichen Leben ihr Stimmrecht – aktiv und passiv – für alle öffentlich gewählten Gremien auszuüben, ihr Recht, öffentliche Ämter und Mitarbeit in politischen nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen wahrzunehmen, sowie das Recht auf gleiches Entgelt für gleiche Leistung. Es betonte, die Schaffung von Sozialdiensten, die es den Eltern ermöglichen, ihre Familienpflichten mit ihren beruflichen Aufgaben zu vereinbaren, insbesondere durch Errichtung und Ausbau eines Netzes von unterschiedlichen Kindergärten.

30 Jahre danach besteht in der Welt noch ein großer Handlungsbedarf, um die Gleichberechtigung der Frau zu bewirken. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist es noch möglich, Arbeit von Frauen um 20 bis 25 Prozent schlechter zu bezahlen, als die von Männern. Bei der Besetzung von leitenden Positionen und dgl. mehr haben Frauen schlechte Karten. Das System der Kinderbetreuung weist große Lücken auf. Eine Frau an der Spitze der Bundesregierung und eine Frau an der Spitze der evangelischen Kirche kann nicht darüber hinwegtäuschen, was alles noch für die wirkliche Gleichberechtigung der Frau notwendig ist.

• W. ST.

Diskussionen am »Runden Tisch«

Die Ereignisse überschlugen sich. Am 17. November 1989 nahm die im Auftrag der Volkskammer von Hans Modrow gebildete neue Koalitionsregierung der DDR ihre Arbeit auf. Am 1. Dezember strich die Volkskammer die Fixierung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung. Am 3. Dezember erklärten das ZK der SED und ihr Politbüro den Rücktritt. Wenig später, am 8./9. und 16./17. Dezember, fand der Außerordentliche Parteitag der SED statt, der »unwiderkürlich mit dem Stalinismus als System« brach und eine radikale Erneuerung der Partei einleitete, auf einen Demokratischen Sozialismus orientierte. Die SED/PDS entstand. Nach entsprechenden Vorverhandlungen, konstituierte sich auf Einladung der evangelischen und der katholischen Kirche, die auch die Moderatoren stellten, am 7. Dezember 1989 in Berlin im Kirchsaal des Bonhoeffer Hauses der »Zentrale Runde Tisch«. Neben der SED/PDS und den früheren Blockparteien, der VdgB und des FDGB, gehörten ihm sechs Bürgerbewegungen (NF, DJ, VL, IFM, Grüne Liga, UFV), drei neu gegründete Parteien (SPD, DA, Grüne Partei) sowie ein Vertreter des Sorbischen Runden Tisches (ohne Stimme) an. Die Stimmen der zusammenwirkenden »Alten Kräfte« und der »Neuen Kräfte« betrug 19:19 Stimmen. Ihre erste Erklärung bekundete, keine führende Rolle der SED zu dulden, aber die DDR zu erhalten und umzugestalten. Es war ein wesentliches Prinzip der Arbeit des Runden Tisches, Entscheidungen ohne Herrschaftspraktiken im Konsens durchzuführen. Zunehmend ging es darum, im Ergebnis von Verhandlungen am Runden Tisch Konsenspunkte zu formulieren, die eine Grundlage der Regierungsarbeit bilden konnten. Bereits im Vorfeld der Gründung des »Zentralen Runden Tisches« war es in den Bezirken, Kreisen und Städten zu Gründung Runder Tische, oftmals fachspezifisch für Kultur, Sport, Umwelt, Gesundheitswesen u. dgl., gekommen – eine basisdemokratische Bewegung, die nunmehr starke Impulse erfuhr. Aus wahltaktischen Gründen ließ am 25.

Januar 1990 die CDU ihre Ministerposten in der Modrow-Regierung ruhen. Um eine drohende Regierungskrise abzuwenden, bot Modrow am 28. Januar den Bürgerbewegungen den Eintritt in eine »Regierung der nationalen Verantwortung« an. Am 5. Februar 1990 wählte die Volkskammer acht Vertreter der Bürgerorganisationen und neu gegründeten Parteien zu Ministern ohne Geschäftsbezug. Zugleich wurde die Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März vorverlegt. Auf Antrag von Wolfgang Templin (IFM) sprach sich der Runde Tisch gegen das Auftreten von (Gast)Rednern aus der BRD im DDR-Wahlkampf aus. CDU, DA und SPD stimmten dagegen und machten deutlich, sich nicht daran zu halten. Noch am selben Tag vereinbarten in Westberlin die Vorsitzenden von CDU (Ost), CSU und DA im Beisein von Helmut Kohl das Wahlbündnis »Allianz für Deutschland«. Am 7. Februar wurde »Bündnis 90« gegründet, vier Tage später das Wahlbündnis aus LDPD, Deutscher Forumpartei und der neugegründeten FDP. Hier stand die westliche FDP Pate. Im Februar schicken die CDU, SPD und FDP sowohl Kohl als auch Brandt und Genscher in den DDR-Wahlkampf, der massiv durch sie geprägt wurde. Allein Kohl sprach im Verlaufe des Wahlkampfes vor rund einer Million DDR-Bürgern.

Von den verschiedenen Arbeitsgruppen des Runden Tisches ist vor allem auf die unter Leitung von Wolfgang Ullmann tätige Arbeitsgruppe »Verfassung der DDR« hinzuweisen, deren Ergebnis, ein neuer Verfassungsentwurf, von der de Maiziere-Regierung, deren Auftrag darin bestand, den Beitritt der DDR zur BRD abzusichern, unbeachtet blieb. Gerd Poppe hatte offensichtlich Recht, wenn er später feststellte, dass der Konsens, der zwischen den verschiedenen politischen Strömungen hergestellt wurde, zu spät erfolgte. »Vor allem wenn der Runde Tisch früher entstanden wäre und er dann gleich die Rolle gespielt hätte, die er dann ein bis eineinhalb

Monate später innehatte, wo er eigentlich Legislative war und aus seiner Mitte zugleich Leute hervorgingen, die Regierungsaufgaben übernahmen. (...) Alles hätte früher und konsequenter geschehen müssen.« Vor allem der Eintritt in die Regierung sei viel zu spät erfolgt, zumal der vorverlegte Wahltermin, den die Mehrheit des Runden Tisches abgelehnt hatte, es nicht mehr ermöglichte, Ressorts in der Regierung zu übernehmen.

Ohne Zweifel: Die Existenz und die Mehrheitsverhältnisse des Zentralen Runden Tisches, der – außer der CDU – zur Stabilisierung der Modrow-Regierung beitrug und als demokratisches Instrument gemeinsamer gesellschaftlicher Kräfte zunächst auf die eigenständige Entwicklung einer grundlegend reformierten DDR ausgerichtet war, widersprach – auch wenn sie sich als völlig illusorisch erwies – der von Helmut Kohl verfolgten Einheitsstrategie. Das traf auch auf die Vielzahl der Runden Tische zu, die sich als neue kommunalpolitische Machtorgane – so fasste beispielsweise der Leipziger Runde Tisch in 16 Sitzungen 96 Beschlüsse – nahezu über das ganze Land erstreckten und eine bisher in der deutschen Demokratiegeschichte nicht gekannte politische Erscheinung waren. So schwerwiegend die Gründe für die Vorverlegung der Volkskammerwahl auch waren, damit verkürzte sich jedoch zugleich die Lebensdauer des Zentralen Runden Tisches.

Gregor Gysi ist zuzustimmen, wenn er kürzlich feststellte, dass das Verdienst Modrows in dieser Zeit darin bestand, dass es unter seiner Führung und Initiative gelang, den Übergang bis zur Volkskammerwahl friedlich und ohne gewaltsame Zusammenstöße zu vollziehen. Dazu trug wesentlich bei, dass es ihm gelungen war, den Runden Tisch, der als basisdemokratisches Gremium weniger mit Legitimationsdefiziten belastet war als die Volkskammer, in die Regierungsarbeit zu integrieren.

• KURT SCHNEIDER

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt

Dass Straßennamen auf ehemalige Vororte und heutige Stadtteile verweisen ist normal. Nicht ganz so normal ist es, dass für einen eher unbedeutenden Vorort sechs Straßennamen vorhanden sind. So ist es im Falle von Schönaue.

Das Dorf, an der »via regia« (Königsstraße) gelegen, wurde erstmals 1285 erwähnt. Es dürfte aber schon früher als Rundling von den Sorben oder Wenden angelegt worden sein. Sein Name, damals als »Schonowe« bezeichnet, bedeutete »die schöne Aue«. Mitte des 16. Jahrhunderts gab es im Dorf 23 Bauerngüter. Große wirtschaftliche Bedeutung hatte die Schafzucht. Im 30-jährigen Krieg wurde es von schwedischen Truppen niedergebrannt. Erhalten blieb nur das Herrenhaus und die Kirche. Während Schönaue 1804 nur 177 Einwohner hatte, lebten hier um 1900 etwa 550 Menschen. Am 1.4.1930 wurde Schönaue nach Leipzig eingemeindet. Dadurch entstanden die Voraussetzungen für den Hafenbau des Elster-Saale-Kanals, der wohl berühmtesten Leipziger Bauruine. 1935/36 wurde die Flak-Kaserne gebaut, die bis zum Abzug der russischen Truppen erhalten blieb und auf deren Gelände das Neubaugebiet »Schönaue Welle« angelegt wurde und wird.

Auf Schönaue Flur entstand 1979 bis 1983 der Wohnkomplex 5.1 des Neubaugebietes Grünau. Dieser Name wurde von der ab 1919 errichteten Eigenheimsiedlung Grünau übernommen. Vom Dorf Schönaue blieben nur die Kirche und der Schönaue Park, der ehemalige Gutspark, mit einem wertvollen Baumbestand, erhalten. Interessant ist die Schönaue Wiesenlache, die durch Kiesabbau für den Hafen entstanden ist und heute unter Naturschutz steht.

• DIETER KÜRSCHNER



Schönaue Ring / Schönaue Straße und andere

Wenn Sie sich für Namensforschungen Ihrer Wohnadresse oder auch anderer Leipziger Straßen interessieren, dann geben sie doch unserer Redaktion bzw. dem Autor dieser Serie Dieter Kürschner mal einen Tipp. Er wird dann in Archiven stöbern und so manche Wissenslücke schließen helfen.

• KURT SCHNEIDER

Kalenderblatt

Vor 110 Jahren geboren: Ludwig Lambert Horn

Lambert Horn gehörte zu den 81 Kommunisten, die am 5. März 1933 trotz faschistischen Terrors in den Reichstag gewählt wurden, deren Mandat die Hitlerregierung jedoch vier Tage später wider Recht und Gesetz annullierte. Am 27. Dezember 1899 in Düsseldorf geboren, sein Vater war Eisenbahnsekretär, lernte L. Horn von 1913 bis 1915 Schlosser. Danach leistete er bis 1920 Dienst in der Kriegsmarine, zu der er sich freiwillig gemeldet hatte. Nach seiner Entlassung trat er der KPD bei und wurde Mitglied des Einheitsverbandes deutscher Eisenbahner, in dem er aktiv tätig war, u.a. als Leiter der kommunistischen Fraktion der Ortsgruppe des Einheitsverbandes Düsseldorf. 1925 wurde er wegen seines Kampfes gegen das Akkordsystem fristlos aus dem Eisenbahnerdienst entlassen. So wurde L. Horn zunächst Berichterstatter, später Redakteur des KPD-Bezirksorgans »Freiheit« in Düsseldorf. 1931 übernahm er die Aufgaben des Organisationssekretärs und im Mai 1932 – zuvor war er im April in den Preussischen Landtag gewählt worden – die des Politischen Sekretärs der Bezirksleitung Niederrhein der KPD. Mit Beginn der Illegalität wurde L. Horn im Mai 1933 vom ZK der KPD mit der Leitung der politischen Arbeit im Bezirk Berlin/Brandenburg beauftragt. Er war der Nachfolger von Wilhelm Florin, der um sich dem Zugriff der Gestapo zu entziehen, in die Emigration gehen musste. Besonders bemüht war L. Horn, Verbindungen zu sozialdemokratischen Funktionären aufzunehmen, um zu gemeinsamen Aktionen gegen das faschistische Terror-system zu gelangen.

Doch bereits im November 1933 wurde L. Horn nach Verrat zusammen mit John Schehr verhaftet. In den Berliner Gestapohöhlen Columbia Haus und Prinz-Albrecht-Straße entsetzlich misshandelt und grausam gefoltert, verurteilte ihn im November 1934 der »Volksgerichtshof« zu drei Jahren Zuchthaus, die er in Remscheid-Lüttringhausen verbrachte. Danach erfolgte jedoch nicht die erhoffte Freilassung, sondern die Einlieferung in das Polizeigefängnis Düsseldorf, von wo aus er in das KZ Sachsenhausen überstellt wurde. In der dortigen illegalen Lagerleitung tätig, gewann er, wie Luise Kraushaar schreibt, »wegen seiner Bescheidenheit und Güte, wegen seines Mutes und Treue« die Liebe und das Vertrauen der Häftlinge.

Am 2. Juni 1939 starb Lambert Horn an den Folgen der erlittenen Misshandlungen und Strapazen. Mithäftlinge berichteten, dass Hunderte politische Häftlinge trotz zu erwartender Repressalien an ihrem toten Kameraden vorbei defilierten, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Von den 24 Bezirkssekretären der KPD kamen in der Zeit der Herrschaft des Faschismus acht ums Leben. Einer von ihnen war Lambert Horn.

Der »Rest von Leipzig« wird 1964 DDR-Fußballmeister



Jens Fuge,
Der Rest von Leipzig
BSG Chemie Leipzig,
AGON Verlag 2009,
108 Seiten,
19,90 Euro.

Es wurde gefeiert,
wie es die DDR bis-
her kaum kannte.

Dass die Politik in den Sport eingreift, ist nicht nur heute so, das gibt es allerorten, gab es auch in der DDR.

So beschloss das ZK der SED 1962 in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 1964 die Weichen in Richtung Leistungssportförderung zu stellen. Im Leipziger Fußball hatte das folgende Konsequenz: Lok Leipzig sollte Leipziger »Spitze« im DDR-Fußball werden. Die BSG Chemie sollte in der »zweiten Reihe« spielen.

In der BSG Chemie Leipzig kam im Sommer 1963 eine Fußballmannschaft auf den Rasen, die kein Trainer – aus heutiger Sicht – so zusammengestellt hätte. Es war der so genannte »Rest von Leipzig«. Alfred Kunze, als Cheftrainer dieser Mannschaft, musste aus einem

zusammengewürfeltem »Haufen« ein leistungsstarkes Team formen.

Am 19. Mai 1963 begann das erste Training in Leutzsch. In der Saison gab es 13 Siege, neun Unentschieden und vier Niederlagen. Fast genau ein Jahr später, am 10. Mai 1964 hieß der DDR-Meister BSG Chemie Leipzig – die eigentliche »Spitzenmannschaft« landete auf dem dritten Platz. Im Sportecho vom 22./23. Mai 1964 benannte A. Kunze die Gründe für den Erfolg seiner Mannschaft: »Leistungswille, Begeisterung, Kameradschaft, mit zunehmender Dauer Abgeklärtheit und nervliche Ausgeglichenheit. Die Mannschaft hat nichts mehr erschüttern können.« Alles im »Rest von Leipzig« nachlesbar.

• RALF FIEBELKORN

Fußballrandale in Brandis mit Beteiligung der NPD

Fast pünktlich einen Monat nach dem Überfall auf Spieler und Fans des Vereins »Roter Stern Leipzig« beim Auswärtsspiel in Brandis ist es nun zu den ersten Verhaftungen gekommen. Nach fast 300 Zeugenvernehmungen und der Auswertung von umfangreichen Video- und Fotomaterial sind die ersten fünf Personen festgenommen worden. Mit den Verhaftungen ist die Einschätzung, dass es sich um einen Angriff von Neonazis gehandelt hat, bereits jetzt bestätigt. Alle Tatverdächtigen gehören dem gewaltbereiten Teil der extremen Rechten an. Zwei von ihnen ließen sich offenkundig auch von dem Umstand nicht abschrecken, dass sie noch unter Bewährung standen. Wenn sich unter diesen Personen auch ein Neonazi aus Görlitz befindet, ist dies ein deutliches Anzeichen für eine überregionale Vernetzung der Szene und die Planung des Überfalls im Vorfeld.

Bemerkenswert ist für mich, dass einmal mehr die Verflechtung der NPD mit der militanten Neonazi-Szene deutlich wird. Zu den Verhafteten gehört auch ein Gemeinderatskandidat dieser Partei aus der Gemeinde Bennewitz, der zugleich Sänger der Skinheadband »Storm of Mind« ist und der »Terror Crew Muldental« zugerechnet wird, die zuletzt am

3. Oktober ein Fußballturnier in Wurzen organisiert hat. Er soll ebenfalls an dem Überfall von etlichen Neonazis auf mehrere Besucher der Highland Games im September in Machern beteiligt gewesen sein und deshalb eine Anklage wegen dreifacher Körperverletzung erwarten. Die Mär der NPD von ihrer Friedfertigkeit dürfte damit endgültig zusammengebrochen sein.

*

Notwendig sind nunmehr baldige weitere Verhaftungen und ein zügiger Beginn der Prozesse, denn nur durch zeitnahe Verurteilungen kann die notwendige abschreckende Wirkung erzielt werden. Zu oft sind in Sachsen solche Verfahren bereits im Sande verlaufen. Ich erinnere nur an die Konsequenzen (oder besser: deren Ausbleiben) nach den Ausschreitungen im Anschluss an das Spiel von Lok Leipzig gegen Aue im Februar 2007. Anschließend mussten 36 Fans ärztlich behandelt werden. Spürbare strafrechtliche Folgen blieben aus. Natürlich ist das so, als ob ich zu den Schlägern ein freundliches »Du, du!« machen. Diese werden grinsen und die nächste Randalen planen. Zur Bekämpfung des Problems brauchen wird entschlossene Repression und umfassende sowie nachhaltige Prävention.

• KERSTIN KÖDITZ



Es gibt bereits alle guten Vorsätze,
wir brauchen sie nur noch anzuwenden.

Blaise Pascal (1623–62)

In diesem Sinne wünschen wir
allen Leserinnen und Lesern
von LEIPZIGS NEUE
ein besinnliches Weihnachtsfest
sowie ein glückliches
und erfolgreiches Jahr 2010.

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ein frohes Weihnachtsfest
und für 2010 Gesundheit, Optimismus und Kraft
im Kampf gegen Sozialabbau
wünscht das Wahlkreisbüro
von MdL Dr. Monika Runge.

MdL Dr. Monika Runge Wolfgang Denecke

DIE LINKE.



Anzeigen

Ein frohes Weihnachtsfest
und für das Jahr 2010
Kraft und Optimismus im Ringen
um ein sozial gerechteres
Miteinander

Das wünscht Ihnen Cornelia Falken
MdL Sachsen – Fraktion Die Linke

DIE LINKE.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern von
LEIPZIGS NEUE eine frohe Weihnacht
und ein gesundes und friedliches Jahr 2010.

Dr. BARBARA HÖLL

Zur LN-Serie: »Schalom Leipzig«

Schon öfter habe ich in »Leipzigs Neue« über Veranstaltungen und Begegnungen im »Ariowitsch-Haus« gelesen, zuletzt in der Ausgabe vom 13.11.2009.

Dieses Haus hat eine bewegte Geschichte hinter sich. Allerdings wird meistens nicht erwähnt, dass es 1942 von der Gestapo übernommen wurde.

Ich selbst habe mit diesem Haus Bekanntheit machen müssen und deshalb möchte ich daran erinnern, was im Sommer 1944 dort geschehen ist.

Durch Verrat und Bspitzelung gerieten viele Angehörige der Widerstandsgruppe in Leipzig in die Fänge der Gestapo und diese hat am 19. Juli 1944 zugeschlagen. An diesem Tag wurde mein Vater – Arthur Hoffmann –, meine Mutter, mein Bruder (14 Jahre) und ich von der Gestapo verhaftet und in die damalige Auenstraße geschleppt. Aber nicht nur ich, sondern auch Georg Schumann, William Zipperer, Kurt Kresse, Otto Engert, Karl Jungbluth, Alfred Frank, Gertrud Frank, Anna Hoppe, Paul Fritzsche und Helene Schmidt wurden neben anderen an diesem Tag verhaftet, auch die Frau von Karl Jungbluth mit der fünfjährigen Tochter waren darunter.

Was sich in den Räumen und Kellern des Hauses abgespielt und wie geprügelt und

gefoltert wurde ist kaum zu beschreiben. Nur ein Beispiel – Alfred Frank musste mit ansehen wie seine Frau Gertrud blutig geschlagen wurde, um von ihm ein Geständnis zu erpressen. Die Antifaschisten Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse wurden am 21. November 1944 zum Tode verurteilt und am 11. Januar 1945 in Dresden hingerichtet.

Arthur Hoffmann, Karl Jungbluth, Alfred Frank, William Zipperer und Georg Schwarz (siehe auch LN -Seite 4/5) wurden am 23. November 1944 zum Tode verurteilt und am 12. Januar 1945 in Dresden hingerichtet.

Ich selbst war auch wegen Hochverrat angeklagt, im gleichen Prozess mit meinem Vater und weiteren 14 Antifaschisten. Meine Mutter war bis Kriegsende im Polizeigefängnis Wächterstraße in Schutzhaft und wurde bis zuletzt wochenlang in die damalige Auenstraße zum Saubermachen geholt und musste mit ansehen, was sich in den Räumen und Kellern, in den sich lauter beschlagnahmte Gegenstände (Radios, Schreibmaschinen und Abzugsdruker) befanden, abspielte. All das gehört zur Geschichte des »Ariowitsch-Hauses« und darf nicht vergessen werden.

ELFRIEDE GEISENHAINER
(geb. Hoffmann), Leipzig

Stasi-Vorwürfe in Brandenburg

Das Buch der beiden Autoren, Herbert Kierstein und Gotthold Schramm, »Freischützen des Rechtsstaates – Wem nützen die Stasiunterlagen und Gedenkstätten« leistet einen wichtigen Beitrag, die politische Zweckbestimmung der »Behörde des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR«, im Volksmund Gauck-Behörde genannt, zu erkennen.

Wie man sehr leicht nach der Bildung einer rot-roten Koalitionsregierung im Lande Brandenburg feststellen kann, dienen die von dieser Behörde erhobenen Stasi-Vorwürfe gegenüber einigen Mitarbeitern der Landesregierung seitens der CDU-Opposition alleine dem Ziel, einen politischen Konkurrenten zu diskreditieren und loszuwerden, um damit schließlich im Nachhinein die bei den letzten Wahlen in Brandenburg zum Ausdruck gebrachte Volksmeinung zu konterkarieren.

Fragen wir doch einmal nach dem Lebenslauf des Herrn Joachim Gauck, der dieser Behörde ihren Namen gab. Joachim Gauck ist von Beruf evangelischer Pfarrer. Er war vor 1989 nie ein ernsthafter Kritiker der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR.

Sein Vater war während der Zeit des Faschismus Marineoffizier. 1951 wurde er von einem sowjetischen Gericht aufgrund gefundener Unterlagen und zahlreicher Zeugenaussagen verurteilt, weil er während der Zeit des Faschismus an der Erschießung politischer Gefangener teilgenommen hatte. Erst 1955 wurde er auf Grund der bekannten Fürbitte Adenauers in Moskau zusammen mit mehreren Tausend weiteren verurteilten deutschen Strafgefangenen des 2. Weltkrieges und

der Nachkriegszeit begnadigt und vorzeitig freigelassen.

Sein Sohn, Joachim Gauck, konnte in der DDR das Abitur machen und von 1958 bis 1965 an der Universität Rostock Theologie studieren. Später bekam er eine Pfarrstelle und wurde dann als Kreis- und Stadt-Jugendpfarrer eingesetzt. Ab 1982 war er Leiter der Kirchentagsarbeit in Mecklenburg und später Mitglied des Präsidiums des deutschen evangelischen Kirchentages. In dieser Funktion saß Herr Gauck bei Kongressen neben hohen Staats- und Parteifunktionären der DDR und anderer sozialistischer Staaten, ja er verhandelte mit ihnen.

Wie oft er zu DDR-Zeiten heimlich die Faust in der Hosentasche geballt hat, kann er ebenso wenig beweisen, wie die Opfer der Gauckbehörde, die dieses für sich nun in Anspruch nahmen und nehmen. Beweisbar ist: Joachim Gauck hatte im Gegensatz zu den Meisten, die er später mit den Stasi-Akten (ob echt oder gefälscht und manipuliert) belasten ließ, auch schon vor 1989 das Privileg, das nur sehr wenigen auserwählten DDR-Kadern zustand, jederzeit nach Westdeutschland und in andere westliche Länder reisen zu dürfen, ausgestattet mit Staatsgeldern der von ihm angeblich schon damals so gehassten DDR.

Über seine West-Reisen und West-Besuche berichtete er auch treu und brav den DDR-Oberen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ernannte Joachim Gauck am 3. Oktober 1990 zum Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Gaucks weiteres Wirken ist allgemein bekannt.

BRIGITTE QUECK, Potsdam
HANS-J. FALKENHAGEN, Berlin

Dank an alle Freunde und Unterstützer

Die AG »Cuba sí« Leipzig möchte sich bei allen, die im Jahr 2009 politische, finanzielle und materielle solidarische Unterstützung für Kuba geleistet haben, recht herzlich bedanken.

Diese Spenden waren sowohl für die Weiterführung der zentralen Milchprojekte von »Cuba sí« als auch für die Unterstützung des Leipziger Projektes, den Kindergarten in Matanzas, bestimmt. Dabei sollen, ohne Geringschätzung der Ergebnisse aller durchgeführten Listensammlungen, insbesondere folgende Spenden hervorgehoben werden:

Für den Kindergarten in Matanzas wurden gespendet:

250,00 Euro von ISOR e.V.,

150,00 Euro von der Ortsgruppe DIE LINKE Leipzig-Holzhausen

150,00 Euro von Genn. Gerda Uhlig

Weiterhin hat Genn. Uhlig ihre diesjährigen Geburtstagsgratulanten gebeten, anstelle von Geschenken, Geld für »Milch für Kubas Kinder« zu spenden; das ergab **470,00 Euro**.

Bei der Sammelaktion materieller Spenden im Oktober 2009 konnten 24 Kartons gepackt werden, was einem Volumen von 1,2 m³ entspricht.

Dafür nochmals ein besonderes Dankeschön.

Auf der Veranstaltung am 8. April 2009 in Leipzig betonte der Botschafter der Republik Kuba in Deutschland, Gerardo Peñalver Portal, noch einmal ausdrücklich die Bedeutung der weiteren Solidarität mit Kuba im Kampf gegen die Wirtschaftsblockade der USA, für die Befreiung der Cuban Five und für die Beseitigung der Folgen der Hurrikanschäden. Kurz gesagt: Die Solidarität geht weiter!

Wir wünschen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010.

Zur Arbeitsweise der Birthler-Behörde

Mit penetranter Regelmäßigkeit veröffentlichten die Birthler-Behörde und ihre Außenstellen die aktuelle Zahl der Antragsteller zur Einsicht in die vom MfS angeblich angelegten Vorgänge. Diese Zahlen haben jedoch keinerlei Aussagekraft um die Arbeitsweise des MfS sachlich bewerten zu können. Viel interessanter ist doch, bei wie viel Personen, die Akteneinsicht beantragten, überhaupt Vorgänge angelegt und archiviert wurden. Eine Gegenüberstellung dieser Zahlen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit ergeben, dass das Märchen von der »flächendeckenden Überwachung« der DDR-Bürger (die technisch und logistisch gar nicht machbar war!) jeder Grundlage entbehrt. Solche Zahlenvergleiche werden aber bewusst unterlassen, weil die Herrschenden daran interessiert sind, dass sich bei den Bürgern die simple Gleichung Antragsteller = Vorgang gedanklich festsetzen soll.

Auch Pfarrer Gauck, der es durch sein damaliges Wirken in der gleichnamigen Behörde eigentlich besser wissen musste, reitet im Kommentar zu seinem neuen Buch »Winter im Sommer – Frühling im Herbst« (LVZ v. 05./06.12.09) wiederum auf dieser Zahlenakrobatik herum. Nebenbei soll nicht verschwiegen werden, dass sich unter den Antragstellern eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen befindet, die diese Akteneinsicht aus

reinem Voyeurismus und Sensationsgier anstreben, weil die Arbeit von Nachrichtendiensten seit jeher vom Hauch des Geheimnisvollen umwittert ist. Leider gehören im jetzigen Gesellschaftssystem Voyeurismus und Sensationshascherei zu angesehenen Tugenden. Noch einmal zurück zu Pfarrer Gaucks Auslassungen. Um deutlich zu machen wie »furchtbar« das Leben in der DDR war, trifft er folgende Aussage: »Ich kenne Leute, die wachen noch heute nachts auf und meinen in der DDR zu sein!« Dem entgegne ich: Eine nicht unerhebliche Zahl von DDR-Bürgern stellt sich noch heute die Frage, was habe ich verbrochen, um seit 1989 unfreiwillig in der BRD leben zu müssen.

Um auf den Ausgangspunkt meiner Darlegungen zurückzukommen. Ist es nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung nicht höchste Zeit die Archive der Sicherheitsbehörden in Köln und Pullach zu öffnen, damit dort DDR-Bürger nachfragen können, ob und von wem sie bis 1989 im Auftrag bundesdeutscher und anderer westlicher Geheimdienste bspitzelt wurden. Das wäre viel aufschlussreicher als die mehr als zweifelhafte Tätigkeit der Birthler-Behörde. Allerdings habe ich wenig Hoffnung, dass der »Rechtsstaat« BRD diesem meinen Anliegen folgt.

G. FLEISCHHAMMER, Leipzig

Die Texte und Zuschriften auf dieser Seite können bei Wahrung ihres Sinngehaltes gekürzt sein und widerspiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion.



Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

- ☐ Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
☐ Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
☐ Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
☐ Internet-Abo (15,00 Euro im Jahr)

Solidaritätspreis:

- ☐ Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

- ☐ Ich bitte um Rechnung
☐ Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird bundesweit über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion künde.

Wir trauern um unser ältestes Mitglied
der AG Senioren
beim Stadtvorstand Leipzig der LINKEN
Genossen **Herbert Grunewald**,

der am **22. November**
seine Augen für immer geschlossen hat.

Sprecherrat der AG

Wir trauern um Genossen

Herbert Grunewald

geboren am 23. Januar 1915

gestorben am 22. November 2009

Das Ziel, mitzuwirken an der Schaffung
einer besseren und friedlichen Welt, hat er nie aufgegeben.
Seine Lebenshaltung war und bleibt uns Vorbild.

Hertha Grunewald,
die Kinder Dr. Christel Neuhaus geb. Grunewald mit Familie
und Hans Grunewald mit Familie,
Enkel und Urenkel,
Renate Weniger,
Verwandte und Freunde.

Die Trauerfeier findet am 18. Dezember 2009,
um 10 Uhr auf dem Südfriedhof Leipzig,
die Urnenbeisetzung um 12 Uhr
auf dem Selterhäuser Friedhof statt.



Rosa XV. Internationale Luxemburg Konferenz

**Samstag
09.01.2010**

URANIA-HAUS, An der Urania 17,
10787 Berlin. Einlaß ab 10.00 Uhr

Beiträge ab 11.00 Uhr

Wer nicht alles ändert, ändert gar nichts

Parallelprogramm ab 14.00 Uhr

Wie holen wir die Bundeswehr aus Afghanistan?

Diskussionsrunde mit Vertretern
verschiedener Jugendorganisationen

Podiumsdiskussion ab 18.00 Uhr

**Um uns selber müssen wir uns
selber kümmern**

Gewerkschaften im 21. Jahrhundert

ab 22.00 Uhr

Fete im Loft (Öffnung ab 21.00 Uhr)

Konzert mit Pol Mac Adam,
IG Blech, The Pokes

Konferenzsprachen: Englisch, Spanisch, Deutsch (es wird
simultan übersetzt)

Eintrittspreise: Gesamtkarte (Vorträge, Podium, Fete)

16,- Euro, ermäßigt 12,- Euro; Podiumskarte (nur für Podiums-
diskussion) 05,- Euro, ermäßigt 04,- Euro

Informationen, Kartenverkauf und Reservierung:

Aktionsbüro junge Welt, Tel.: 0 30/53 63 55 10, in der JW-Ladengalerie, Torstraße 6,
10119 Berlin und unter www.jungewelt.de bzw. www.rosa-luxemburg-konferenz.de

Veranstaltet von:

Die Tageszeitung
jungeWelt

Unterstützt von:

Cubasi



EVRENSEL Freidenker dielinke.sos UZ unsere zeit lunapark melodie&rhythmus RotFuchs PIZOTRAXTH



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 12. Januar, 18 Uhr, Leipzig ***

Buchvorstellung und Diskussion: *Die Linke im Epochenumbruch*. Mit Dr. Edelbert Richter, Weimar.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 13. Januar, 19 Uhr, Dresden ***

Vortrag und Diskussion: *Das 41. Jahr der DDR: Die Wirtschaftspolitik der Modrow-Regierung – Aufbruch und Abbruch*. Mit Prof. Dr. Christa Luft, Wirtschaftsministerin und stellv. Ministerpräsidentin November 1989–März 1990. Haus der Begegnung, Großenhainer Str. 93

Donnerstag, 14. Januar, 17 Uhr, Bautzen ***

Buchvorstellung und Gespräch: *Nationalistische MACHT und nationale MINDERHEIT. Jan Skala (1889–1945). Ein Sorbe in Deutschland*.

Mit dem Autor Dr. Peter Kroh, Neubrandenburg. Haus der Sorben, Postplatz 2

Freitag, 15. Januar, 16 Uhr, Kamenz ***

Buchvorstellung und Gespräch: *Nationalistische MACHT und nationale MINDERHEIT. Jan Skala (1889–1945). Ein Sorbe in Deutschland*. Mit dem Autor Dr. Peter Kroh, Neubrandenburg. Stadttheater, Pulsnitzer Str. 11

Freitag, 15. Januar, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Gespräch: *»Rosa Luxemburgs Tod«. Historische Tatsachen und aktuelle Erwägungen*. Mit Prof. Dr. Annelies Laschitzka, Berlin, und Klaus Gietinger, Sozialwissenschaftler, Autor und Regisseur, Frankfurt/Main. Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Sonnabend, 16. Januar, 16 Uhr, Leipzig
Verleihung des Wissenschaftspreises und Neujahrsempfang.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt

Die Veranstaltungen sind öffentlich.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Neu bei uns:

Heike Schneider, Adelheid Wedel: *Vom Privileg des Vergleichs..* Miltitzke, 22,90 Euro

Franziska Kleiner (Hrsg.): *Leben in der DDR. Bilder und Geschichten*. Eulenspiegel, 19,90 Euro

Volker Kluge Hrsg.): *Lexikon Sportler in der DDR* Verlag Neues Leben, 24 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Filiale Wallmann

04155 Georg-Schumann-Str. 52

Wir danken unserer verehrten Kundschaft für ihr entgegengebrachtes Vertrauen und wünschen ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein gesundes Neues Jahr.

Die Mitglieder und Sympathisanten der Initiative »Christliche Linke« in Leipzig wünschen allen Lesern von LEIPZIGS NEUE ein geruhsames Weihnachtsfest und ein gesundes friedvolles Jahr 2010.

Nächste Veranstaltung

11.1.2010, 18 Uhr Gemeindegottesdienst der Nikolaikirche Leipzig: *Sport und Gesellschaft*. Vortragender: Dr. Werner Scholz

Lieber Vater, Opa und Urgroßvater, lieber Genosse Prof. em. Dr. Hans Lauter!

Wir feiern am 22. Dezember Deinen

95. Geburtstag.

An diesem fast einem Jahrhundert hast Du als linker Politiker mitgeschrieben, und das nicht zu knapp. Ob im KJVD, im Zuchthaus, im Moor – auch Zerwürfnisse mit den SED-Oberen haben Dich nicht abgehalten, immer wieder aufzustehen, mit gerader Haltung. Du warst stets Linker und Humanist. Bitte, bleibe das möglichst lang – und das in Gesundheit!

Deine Kinder, Enkel, Urenkel, Genossen und Kameraden

Wir gratulieren!

Unsere Genossinnen

Margot Müller und Christa Schwarzbach

feierten am 5. bzw. am 15. Dezember,

ihren 82. Geburtstag.

Am 30. Dezember begeht unsere Genossin

Eva Bauch

ihren 75. Geburtstag.

Allen Jubilarinnen herzliche Glückwünsche!

Eure Genossinnen und Genossen

der Basisgruppe Löbnitz der Partei Die LINKE

Unser Kamerad, Prof. Dr. Hans Lauter, Verfolgter des Naziregimes, Leipzigs letzter Moorsoldat, wird am 22. Dezember 95 Jahre alt.

Lieber Hans, wir gratulieren dir ganz herzlich zu deinem Ehrentag und wünschen dir noch viel Kraft und Gesundheit, damit du deine Erfahrungen aufschreiben und somit vor allem an junge Menschen weitergeben kannst.

Danke für deinen Kampf für ein Leben aller Menschen in Würde und Frieden, gegen jegliche Form von Rassismus, Faschismus und Antisemitismus.

Deine Kameradinnen und Kameraden des Stadtverbandes der VVN-BdA Leipzig und des Bundes der Antifaschisten Leipzig e.V.

Allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei DIE LINKE in Löbnitz ein frohes und geruhsames Weihnachtsfest, verbunden mit herzlichen Grüßen zum Jahreswechsel und den besten Wünschen für 2010.

Der Vorstand der Basisgruppe Löbnitz der Partei DIE LINKE

Die Freidenker des Leipziger Verbandes wünschen allen Leserinnen und Lesern von LEIPZIGS NEUE ein erfolgreiches Jahr 2010.

Stadtgeschichtliches Museum

Leipzig, Markt 1

Ausstellungen

Ständig, im 1. OG: Stadtgeschichte vom Mittelalter bis zur Völkerschlacht.

Veranstaltungen

1.1., 15 Uhr: Begegnung mit Johann Sebastian Bach. Vergnüglicher Museumsrundgang mit dem Thomaskantror. Eintritt: 6 Euro

6.1., 17 Uhr: Kostenlose Führung durch die ständige Ausstellung.

14.1., 16 Uhr: Führung durch Schatzkammer und Gefängniszellen, sowie Turmbesteigung.

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

SONDERAUSSTELLUNG

Glanzlicher 2008 – Siegerbilder des Internationalen Naturfotowettbewerbs, bis 31.1.2010

VERANSTALTUNGEN

14.1., 15 Uhr, Sonderveranstaltung für Kinder: Warum brauchen Saatkrähen kein Futterhäuschen? Kosten: Eintritt zzgl. 1 € für Material



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345 E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de Internet: www.leipzigs-neue.de Bankverbindung: Sparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:

Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock (V.i.S.P.)

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Dezember 2009

Die nächste Ausgabe erscheint am 15. Januar 2010



Kein obdachloser Pianist sondern Spielen im öffentlichen Konzertsaal dieses Jahres – auf der Leipziger Petersstraße. Wer zahlen wollte, spendete. Fast alle Vorbeigehenden hörten und blieben stehen, hatten etwas Geld. Und Pianist Arne Schmidt hatte nicht nur »Glück bei Frau'n«, wie über einen anderen Klavierspieler einmal gesungen wurde.

Erreichtes Ziel

Da klassische Musik sehr angenehm sein soll,
beschallte Bregenz am Bodensee
rund um die Uhr seine Arkaden mit Bach.
Keineswegs habe man damit gerechnet,
so die Stadtoberen,
dass die ununterbrochene Musikberieselung
wie Kriegslärm wirken
und Bettler und Trinker vertreiben könnte.
Aber selbstverständlich werde man die Beschallung
beibehalten, denn die positiven Effekte
überwögen doch bei weitem.

Norbert Büttner

Kürzlich suchte ich »mein Dokument«. Kein Mensch weiß heute mehr, was »mein Dokument« einmal war. Es bedeutet mehr als ein Geschenkgutschein bei H&M, ein Jagdschein für Kleptomane, mit dem sie fröhlich kostenlos einkaufen können, oder eine BVG-Monatskarte. »Mein Dokument« ist das heilige Mitgliedsbuch der SED. Und das war verschwunden.

Ich weiß – ein Unding! Ein Genosse hat zu wissen, wo das ist, er findet es ohne Licht zu machen. Laut Parteitagebeschluss von 1971 hatte es stets im Küchenschrank des Mitglieds unter der Rondo-Kaffeebüchse zu liegen und wenn das Mitglied in unstetes Ausland fuhr – z. B. zu den rumänischen Genossen – war es vorsorglich im Tresor des Parteisekretärs einzuschließen. Aber weil schon ein halbes Leben lang keine Mitgliederversammlung mehr stattgefunden hat, bei der man es vorzeigen musste, ist es außer Kontrolle geraten. Panik befiel mich, unter Stalin wäre ich für den Verlust des Dokumentes erschossen worden. Meine Frau behauptete, sie habe »das Ding« im Keller gesehen, in dem Karton mit den Einlegesohlen. Für diesen defätistischen Zungenschlag wäre sie natürlich unter Stalin auch ... aber lassen wir das, es war nicht alles schlecht. Ich wollte es meinem Enkel zeigen. Der Anlass ist eine Ankündigung, die dem

Außer Kontrolle

von Mathias Wedel

Genossen Müntefering kürzlich entflochte. Mit aller gebotenen Sensibilität äußerte er, dass man vielleicht eines fernen Tages, womöglich noch in diesem Jahrhundert, die Enkel von SED-Mitgliedern wie normale Menschen behandeln könne. Also mit vollem Wahlrecht und – gewissenhafte Lustration durch Marianne Birthler, makelloser polizeiliches Führungszeugnis und lückenloser Nachweis der Zahnprophylaxe vorausgesetzt – sogar mit einer SPD-Mitgliedschaft! Deshalb wollte ich »mein Dokument« dem Kleinen unbedingt zeigen – und auch, weil er auf dem Töpfchen immer was zum Spielen braucht, sonst kommt nur heiße Luft. Müntefering hat mich gerührt. Dass er schon der dritten Generation das Böse verzeihen kann, das die Großväter der Sozialdemokratie angetan haben, zeugt von charakterlicher Schönheit. Und selbst ich, an dessen Händen Blut klebt (1978 ein Kaninchen geschlachtet, das ein sowjetischer Unteroffizier im Kasernengelände mittels Falle gefangen hatte, anschließend mit viel Wodka und Trinksprüchen auf den Weltfrieden verzehrt), habe zwar »lebenslanglich« gekriegt, bin aber seit fast zwanzig Jahren im offenen Vollzug!

Gut, verglichen mit dem Gen. Stani Tillich, war ich ein Waisenknabe. Der hat sich nicht nur auf jener Hochschule rumgedrückt, auf der gelehrt wurde, wie man als Parteifunktionär im Staatsapparat – in diesem Fall als Funktionär der CDU – von missliebigen Bittstellern und aufrechten (aber heimlichen) Sozialdemokraten unauffällig Geruchsproben entnehmen konnte. Er hat auch im gesamten Kreis Kamenz den Kriegskommunismus in Fragen der Ernährung und Körperpflege durchgedrückt, die Hausfrauen gezwungen, ihre Familien mit Weißkraut in allen Varianten zu ernähren (auch süßsauer als Ananassersatz), ihre Kinder morgens mit einem Stück Braunkohle auf der Stulle in die Schule zu schicken und sich mit Resten aus der Reifenproduktion zu waschen. Ein schlimmer Finger! SED-Mitglied musste im Prinzip jeder werden – Zuteiler für Elendsrationen aber wurde man nur, wenn man echt Spaß an der Folter der Bevölkerung hatte. Wenn sich jetzt noch herausstellen sollte, dass der Stani im Fragebogen der CDU-Parteikontrolle unter der Rubrik »eigene Verbrechen seit 1945« gemogelt hat, ist er es nicht wert, der ostdeutsche Enkel von Kurt Biedenkopf

genannt zu werden. Mein Parteibuch habe ich immer noch nicht wiedergefunden. Aber ein altes Foto in einer Ritze. Es zeigt mich, wie ich als Fünfjähriger im Regen vor dem Zelt meiner Eltern auf dem Campingplatz Prerow hocke und Rotz & Wasser heule, wahrscheinlich vor Hunger. Meine Frau sagte, mit diesem Foto könnte ich glatt als DDR-Opfer in die Schulen gehen und die Kinder das Fürchten vor dem Kommunismus lehren. Solche Leute werden jetzt überall dringend gesucht. Sie sollen rund um den zwanzigsten Jahrestag der Befreiung von Erich Honecker morgens als sogenanntes Gruselgeschwader ausrücken und sogar Schulschwänzer vor »Saturn« abpassen und ihnen mit der Frage »Weißt du, was der Gulag war?« Angst und Schrecken vor der Zukunft einjagen. Die Agitatoren kriegen eine Armbinde – durchgestrichenes DDR-Emblem – und vielleicht sogar ein lustiges Käppi, einen Vepflegungsbeutel, der auch Prothesenkleber enthält, und ein Bienchen beim Verfassungsschutz. Aber um da mitzumachen, bin ich demokratisch wahrscheinlich doch noch nicht reif genug.

Mehr von Mathias Wedel
in »Wie schön, dass wir
die Doofen sind«.
Erschienen 2009 im
Eulenspiegel Verlag.

Wir leben in einem Gesellschaftssystem, das viele Egoisten erzeugt.
Michael Wolfssohn im mdr 23.11.

Die Grenze zwischen realem und digitalem Leben scheint sich zusehends zu verschieben.
zdf-Text 24.11.

Die jetzige durch Angela Merkel kurzfristig eingesetzte sehr junge Familienministerin gilt als ausgeprägter Helmut-Kohl-Fan.
DLF 28.11.

Bis man eine Tasse Kaffee genießen kann, werden insgesamt auf der Welt 110 Liter Wasser benötigt.
»Maybrit Illner« ZDF 3.12.

Beim »Runden Tisch« in der DDR war nicht schon deshalb ein Gedanke falsch, weil er von der damaligen politischen Opposition kam. Eventuelle solidarische Vorstellungen wurden trotzdem nicht mehr verabschiedet.
DLF 7.12.

Aus der Vergangenheit kann jeder lernen. Heute kommt es darauf an, aus der Zukunft zu lernen.
Leitspruch im KISA-Geschäftsbericht (Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen)

FUNDSACHEN

Ob Deutschland tatsächlich Verantwortung übernimmt, wie seine Kriegspolitiker tönen, ob Armee und Politik und Öffentlichkeit für diese »neue Rolle« gewappnet sind, wird sich daran zeigen, wie diese Affäre zu Ende geführt wird.
WZ-Freitag, Nr. 49

Wer zu labil ist geht vor die Hunde. Wenn Selbstmörder sich vor den Zug werfen, leiden die Lokführer oft ein Leben lang an den Erlebnissen.
Hildesheimer Allgemeine 7.12.

Wer berühmt sein will, braucht Schlagzeilen, und wer Schlagzeilen will, braucht Skandale. Aber eigentlich sind die Klatschpressedramen auch langweilig, so oft wiederholt und damit so vorhersehbar sind das Rein und Raus aus Entzugskliniken, das öffentliche Verlieben und Entlieben, das Streiten und Versöhnen.
KulturSPIEGEL 12/2009

Die Jobvermittlung der Agentur für Arbeit Leipzig nimmt nur noch bis 11. Dezember Aufträge für den Weihnachtsmann entgegen. Dann fangen die 40 gemeldeten Weihnachtsmänner an, ihre Auftritte abzusprechen und zu koordinieren. Das Honorar für den Einsatz ist Verhandlungssache.
LVZ 10.12.

Die Angst vor dem Islam wird zum Testfall für die abendländische Toleranz.
WZ-Freitag Nr. 50

GELESEN, GESEHEN, GEHÖRT UND
NOTIERT VON SIEGFRIED KAHL

Reinhard Lochners Weisheiten

Wen die Götter
strafen wollen,
den lassen sie sein Herz
verlieren und den Verstand
wieder finden.

Es gibt Menschen,
die sich nicht gern
ihre schlechte Laune
verderben lassen.

Über Geschmack
lässt sich nicht streiten,
über Geschmacklosigkeit schon.

